

der Vernunft, dieser Frage größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und darum darf ich Sie abschließend ersuchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold: Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Namens unserer Fraktion hat bereits Präsident Feldgrill zu diesem wichtigen Kapitel der Wohnbauförderung im Landesvoranschlag Stellung genommen und auch die positiven Auswirkungen der Wohnbauförderung erläutert. Nachdem es aber in der Steiermark von 544 Gemeinden 182 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von unter tausend gibt, sei mir gestattet, ausnahmsweise einmal vom Standpunkt eines Bürgermeisters einer kleinen Gemeinde aus einige Feststellungen zur Wohnbauförderung und hier insbesondere der Förderung des Eigenheimbaus zu treffen.

Wenn man als aufmerksamer Beobachter durch unser Land fährt oder wandert, so wird man feststellen, daß sich nicht nur die von der bäuerlichen Bevölkerung zu bearbeitenden Flächen in ihrer Struktur verändert haben oder verändert wurden, sondern daß sich auch im Bauwesen vieles getan hat. Zu den vielen Wohnbauten der Gemeinden und Wohnbauvereinigungen und den Althausanierungen kommt eine große Anzahl von schmucken Eigenheimen, die in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten errichtet wurden. Im Volksmund, meine sehr verehrten Damen und Herren, spricht man immer von den Häuslbauern, in Wirklichkeit aber zeugen viele Ein- und auch Zweifamilienhäuser von der Eigeninitiative fleißiger Menschen, darunter vieler junger Ehepaare, von dieser Eigeninitiative sich ein eigenes Heim, ein Haus und damit ein Eigenheim zu schaffen, eine Familie zu gründen, im ländlichen Raum, im Dorf zu bleiben und in Gemeinschaft mit den Nachbarn diesen ländlichen Raum zu beleben und auch weiterhin zu bevölkern. Wenn man als Bürgermeister bei Endkommissionierungen dabei ist, so muß man sich einfach mit diesen Häuslbauern mitfreuen, die voll Stolz erzählen, was sie selbst an ihrem Haus alles geleistet haben. Wieviel finanzielle Mittel sie sich als Voraussetzung erarbeitet und erspart haben und sich auch darüber freuen, daß es ihnen auch die Wohnbauförderung möglich machte, ihr Eigenheim zu errichten. Man muß staunen, auch die Wohnkultur in diesen Eigenheimen kann sich bereits sehen lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder Bürgermeister im ländlichen Raum ist froh, wenn es in seiner Gemeinde viele Eigenheimbauer gibt und keiner sieht es gern, wenn die Einwohnerzahl in der Gemeinde sinkt. Gerade jetzt bei der Erstellung der Flächennutzungspläne wird oft eine Verdichtung der noch lückenhaften Ortskerne versucht und wird auch erreicht werden. Man kann sicherlich darüber geteilter Meinung sein, ob dieses oder jenes Einfamilienhaus landschaftlich und architektonisch richtig eingeordnet ist. Ich glaube aber, die grund-

sätzliche Frage ist die, daß es wichtig ist, daß in diesen Eigenheimen zufriedene glückliche Eltern und gesunde Kinder in einer unbeschwertem Jugend aufwachsen können. Das war wohl auch eine grundsätzliche Überlegung beim letzten Landesbäuerinnentag vor zwei Sonntagen hier in Graz, wo die Bäuerinnen die Anhebung der Wohnraumnutzfläche auf 180 Quadratmeter gefordert haben, bei den Direktdarlehen. Sie haben sich sicherlich bei dieser Forderung etwas gedacht. Sie haben sich sicher in dieser Richtung etwas gedacht, wenn man bedenkt die Bevölkerungsentwicklung und die Geburtenentwicklung in unserem Land, wie sie bereits gestern Kollege Stoisser in echter Sorge dargestellt hat.

Große Leistungen wurden im Rahmen der Wohnbauförderung für den Eigenheimbau schon vollbracht. Seit dem Jahr 1949 wurden in der Steiermark 54.861 Wohneinheiten gefördert. Davon wurden an Direktdarlehen 1760 Millionen Schilling und an Hypothekendarlehen mit Zinszuschüssen 3188 Millionen Schilling vergeben.

Mit dieser Feststellung komme ich schon zum Abschluß. Ich darf nur eines noch sagen. Niemand im ländlichen Raum will, daß das Dorf stirbt oder daß gerade dieser ländliche Raum verödet. Daher muß er weiterhin besiedelt werden. Wenn das weiterhin durch die Wohnbauförderung und auch durch die Häuslbauer mit Unterstützung der Wohnbauförderung — wenn möglich mit mehr Förderungsmitteln — möglich ist, wird laufend eine große und menschliche Aufgabe erfüllt. Damit danke ich für die Erfüllung dieser Aufgabe auch unserem steirischen Wohnbaureferenten Landeshauptmann Dr. Niederl recht herzlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Sehr verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Loidl hat in seiner Ansprache recht, wenn er über die wirtschafts- und arbeitspolitische Wirkung der Wohnbauförderung Aussagen gemacht hat. Ich darf Ihnen die zweite Frage beantworten, daß im Wohnbauprogramm 1977/78, also für zwei Jahre, 2243 Wohneinheiten beim Stockwerksbau gefördert werden. Das ist wesentlich weniger als in den vergangenen Jahren. Das möchte ich offen zugeben. Aber wir haben, wie Sie wissen, gerade in den Jahren 1974/75 im Interesse der Bauwirtschaft und der dort arbeitenden Menschen ganz wesentliche Vorgriffe gemacht, die wir einfach in den nächsten Jahren, vorläufig bis 1981, einsparen werden. Es ist daher leider nicht möglich, in naher Zukunft diese Summe von Wohnungen zu fördern, die Sie hier, Herr Abg. Loidl, als Idealvorstellung gesagt haben. Aber eines möchte ich doch klarstellen. Wir haben im Landesbudget für das Jahr 1978 2.136.285.000 Schilling an Budgetmitteln enthalten und diese Mittel werden ausgegeben. Sie bleiben nicht übrig. Ich glaube, das muß man klarstellen. Auch wenn weniger Wohn-

einheiten gefördert werden, das Geld, das ich jetzt genannt habe, wird im Jahr 1978 voll und ganz der Bauwirtschaft zufließen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muß einfach das bezahlt werden, was in der Vergangenheit bereits an Förderungszusicherungen hinausgegangen ist. Dazu muß man noch die Eigenleistungen rechnen, die jeder aufbringt oder auf dem Kreditweg aufgebracht werden, so daß wir mit einer Summe von etwa 4,5 bis 5 Milliarden Schilling im Jahr 1978 rechnen können, die aus dem Sektor der Wohnbauförderung, der Eigenleistungen der einzelnen, der Gemeinden oder der Wohnbauvereinigungen dieser Bauwirtschaft zufließen. Sie werden zur Arbeitsplatzsicherung sicher groß beitragen.

Am 23. November 1977 fand die 2. Grazer Wohnbauquote zum Thema „Alternativen zum sozialen Wohnbau“ statt. Es wurde aufgezeigt, daß es zwar keine Alternativen zum sozialen Wohnbau gibt, daß es aber laufender Anstrengungen bedarf, um an einer Verbesserung und Weiterentwicklung der Wohnbauförderung immer wieder zu arbeiten. Es ist geradezu bezeichnend für den sozialen Wohnbau, daß an seiner Gestaltung pausenlos gearbeitet wird. Das zeigen einerseits die häufigen Novellierungen der Wohnbauförderungsgesetze und andererseits die laufenden wesentlichen Änderungen der Förderungsrichtlinien. Das ist darauf zurückzuführen, daß erfreulicherweise seit längerem die primäre Aufgabe der Wohnbauförderung für eine quantitative Bedarfsdeckung zu sorgen als weitgehend erfüllt angesehen werden kann, wenn ich Ihnen auch zugebe, daß natürlich ein Wohnungsfehlbestand noch vorhanden ist. Aber es treten immer mehr, wie Sie erwähnt haben, Herr Abgeordneter Loidl, Qualitäts- und Umweltsprobleme hier in den Vordergrund. Daher ist es notwendig, die gesetzlichen Bestimmungen immer wieder den modernen Bedürfnissen, die eben vorkommen, anzupassen. Das Land Steiermark ist bekanntlich mit dem Landeswohnbauförderungsgesetz 1974 im Rahmen der Wohnungsverbesserung in die Bresche gesprungen und hat die Förderungsmöglichkeiten der Wohnungsverbesserung auch auf die Instandsetzung ausgedehnt.

Ich darf an dieser Stelle auch die Möglichkeiten der Erlassung eines Wohnungsförderungsgesetzes ins Auge fassen, in welchem der Bund zwar die Grundsätze regelt, den Ländern jedoch die Gestaltung entsprechend den unterschiedlichen Notwendigkeiten überlassen soll. Ein solches Gesetz könnte etwa die derzeit kaum zufriedenstellend durchführbare Altstadt- und Althausanierung vorantreiben. Gerade an diesem Problem zeigt sich die Problematik des derzeitigen Problems. Es gibt eine Vielzahl von Förderungsmöglichkeiten, die nicht nur den Laien vor Probleme stellen; keine Förderungsmöglichkeiten gibt es jedoch für einen Mieter, der eine Wohnung hat oder einen Dachboden ausbauen will, wobei ich zugeben muß, daß gerade ein solcher Ausbau sich natürlich nur auf Einzelfälle beschränken und nicht Allgemeingut werden kann. Aber die finanzielle Situation auf dem Wohnbausektor ist eben angespannt und daher haben wir hier mit besonderer Sorgfalt vorzugehen und auch immer zu

beachten, was wir fördern, um den optimalen Effekt zu erfüllen. Die zur Verfügung stehenden Mittel veranlassen uns, die Wohnbauleistungen im Geschosbau, wie ich bereits eingangs gesagt habe, in den nächsten Jahren einzuschränken und bei den sonstigen Förderungsarten auch längere Wartezeiten vorzusehen.

Eine Möglichkeit, zusätzliche Mittel zu bekommen und auch das soll man aussagen, wäre eine Umwidmung der heute so nach dem Gießkannenprinzip wirkungslos versickernden Wohnbeihilfe von 30 Schilling pro Monat. Weiters müßten Überlegungen angestellt werden, die Aufbringung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes nicht nur an das Einkommensteueraufkommen zu binden, sondern weitere Quellen zu erschließen. Eine andere Möglichkeit, zu einer größeren Effektivität der Wohnbauförderungsmittel zu gelangen, bestünde darin, den sozialen Wohnbau von vermeidbaren Belastungen zu befreien. Ich meine hier vor allem die Mehrwertsteuer. Es ist nicht zu verstehen, daß im sozialen Wohnbau als einer Sozialleistung der öffentlichen Hand 18 Prozent Mehrwertsteuer bezahlt werden müssen und sodann diese Mehrwertsteuer wie die übrigen Baukosten hauptsächlich aus Förderungsmitteln finanziert werden müssen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Wohnbauförderung des Bundes!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Loidl hat die Frage Annuitätenzuschüsse oder nicht, angeschnitten. Ich bin aber der Meinung, daß man zumindest prüfen müßte, eine weitere Möglichkeit zu eröffnen, ob nicht die Herabsetzung und Beseitigung der Annuitätenzuschüsse aus der Förderung und ihre Ersetzung durch eine verstärkte Subjektförderung vorzunehmen. Denn eines würde damit zumindest vermieden werden — man soll es hier sagen — daß 14 Jahre lang für jeden Wohnungsinhaber, ganz gleich wie reich oder wie arm er nach zehn oder zwölf Jahren ist, Annuitätenzuschüsse bezahlt werden müssen, obwohl es z. B. infolge der gestiegenen Einkommen des Wohnungsinhabers nicht mehr erforderlich wäre, und ich glaube daher, daß der Annuitätenzuschuß nicht nur eine teure, sondern auch da und dort eine unsoziale Förderungsart darstellt. (Beifall bei der ÖVP.) Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das genau zu prüfen, wie weit man durch eine solche Maßnahme auf der anderen Seite die Wohnbeihilfe so anheben müßte, daß sie verlorene Zuschüsse wären, und ich bin der Meinung, daß sich die Zuständigen, die sich in dankenswerter Weise auch in der Vergangenheit immer wieder damit befaßt haben, auch in der Zukunft mit dieser Frage befassen sollen und daß man eine Kostennutzenrechnung anstellen soll, was nun das Bessere von beiden Teilen ist.

Nun, ein ungelöstes Problem des sozialen Wohnbaues besteht darin, daß der Erwerb einer geförderten Wohnung nicht jedem unserer Mitbürger so ohne weiteres möglich ist. Wir geben zwar in der Steiermark in einem Ausmaß, das in Österreich seinesgleichen sucht, für den Erwerb von geförderten Wohnungen Eigenmitteldarlehens. Im Jahre 1977 wurden in 2600 Fällen insgesamt 158,972.000 Schilling für diesen Zweck bewilligt.

Diese Eigenmitteldarlehensdarlehen können nur den vom Wohnungserwerber aufzubringenden Teil der Baukosten finanzieren, nicht jedoch die anteiligen Grund- und Aufschließungskosten. Diese anteiligen Grund- und Aufschließungskosten müssen vom Erwerber einer Eigentumswohnung selbst bezahlt werden. Für minderbemittelte Wohnungssuchende bleibt daher nur die Möglichkeit eine Mietwohnung zu bekommen. Daß dieser Personenkreis sehr groß ist zeigt der Umstand, daß allein in Graz bei der Stadtgemeinde rund 3000 Bewerber um eine Mietwohnung vorgemerkt sind und ich glaube daher, daß es notwendig ist, Überlegungen anzustellen, die Grund- und Aufschließungskosten in anderer Form als bisher zu finanzieren, damit jedem, auch jenem, der kein höheres Einkommen hat, also jedem Wohnungssuchenden und auch jenen, die keine mitfinanzierenden Verwandten haben, der Erwerb einer Eigentumswohnung möglich wird. Ich weiß sehr wohl, daß es auch hier Probleme gibt, denn wenn man Grund- und Aufschließungskosten finanziert, könnte es zu einem Steigen der Grundpreise zusätzlich kommen. Man müßte sich daher überlegen, was man macht, damit hier Bremsen eingeschaltet werden.

Und nun zur künftigen Wohnbaupolitik. Die Bemühungen werden sich künftig darauf richten, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen und Fehlentwicklungen weitgehendst zu vermeiden. Eine wichtige Weichenstellung in diese Richtung stellt die Neufassung der Wohnbauförderungsrichtlinien, die Mitte dieses Jahres vorgenommen wurde, dar. Auf Grund dieser Richtlinien wird es künftig nicht mehr möglich sein, an für Wohnbauten ungeeigneten Standorten geförderte Wohnungen zu errichten, und es wird an allen für die Wohnbauförderung Verantwortlichen liegen, daß diese Richtlinien nicht nur auf dem Papier bleiben.

Weniger spektakulär als diese Richtlinienänderung ist die zielstrebig verfolgte Anhebung der Anforderung an den Schall- und Wärmeschutz, wie es Präsident Feldgrill in seinen Ausführungen bereits betont hat, und speziell hinsichtlich des Schallschutzes kann — ich möchte es noch einmal betonen, lieber Freund Feldgrill — bereits auf imponierende Erfolge verwiesen werden. Denn heute ist z. B. kaum mehr ein ungenügender Trittschallschutz feststellbar. Ich erinnere mich sehr gerne an Diskussionen in diesem Haus, wo darauf hingewiesen wurde, und auf sehr groteske Weise. Hier wurde von allen Beteiligten ganze Arbeit geleistet und diese Erfolge sollen Ansporn sein in Richtung einer Qualitätssteigerung weiterzuarbeiten. Das wird vor allem für den Wärmeschutz gelten, den es wegen der Energieproblematik und der notwendigen Reduzierung der Heizungskosten eben auch zu verbessern gilt. Die Qualität des Wohnstandards und der Bauausführung wird nur dann zu einer voll zufriedenstellenden Wohnsituation führen, wenn die Wohnungen den Bedürfnissen und Vorstellungen der künftigen Bewohner gerecht werden. Es wird Aufgabe der Wohnbauträger sein, künftig diesen Gegebenheiten mehr Beachtung zu schenken. Das Bauen für einen anonymen Wohnungskäufer wird künftig nur mehr in Ausnahmefällen vertretbar sein.

Eine wesentliche Aufgabe der Wohnbaupolitik besteht darin, die Raumordnungspolitik voll und ganz zu unterstützen. Der Landesentwicklungsplan wird hier die maßgeblichen Zielsetzungen vorgeben. Als raumordnungspolitisch besonders bedeutsam kann ich auf die Förderung des verdichteten Flachbaues verweisen, es wurde bereits hier erwähnt. Diese Förderungsart ermöglicht nicht nur eine weitgehendst optimale Wohnform, sondern unterstützt durch die Forderung nach geordneten bauplatzsparenden Bauten die Bestrebungen der Raumordnung. Auch in der verstärkten Hinwendung auf die Erhaltung und Verbesserung bestehender Wohnungen sehe ich einen wesentlichen Beitrag zu einer günstigen Entwicklung unseres Landes. Die Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Bausubstanz verringert die Nachfrage nach teuren neuen Wohnungen, erhält oder erneuert die Lebensfähigkeit der Innenstädte, spart Bauland und macht kostspielige Erschließungen unnötig. Und im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten haben und werden wir daher der Wohnungsverbesserung die größtmögliche Beachtung auch schenken.

Nun zu den Leistungen, die Präsident Feldgrill bereits aufgezeigt hat, noch eines. Lassen Sie mich abschließend kurz auf die im zu Ende gehenden Jahr 1977 erbrachten Förderungsleistungen doch noch etwas sagen. Sie können sich sehen lassen, sie wurden bereits hier einhellig gewürdigt und so konnten bisher gefördert bzw. bewilligt werden: 2760 Stockwerksbauten, 3079 Eigenheimbauten, 2600 Eigenmitteldarlehen, 9372 Wohnbeihilfen, 1695 Wohnungsverbesserungen, 662 Althausinstandsetzungen und 1804 Hausstandsgründungen von Jungfamilien. Das sind nüchterne Ziffern, aber wenn man sie ins Leben umsetzt, dann erkennt man schon, daß es tausend Steirern dadurch ermöglicht wurde, in einer den heutigen Anforderungen gerechtwerdenden Wohnung zu leben.

Bei dieser Leistungsbilanz ist es nicht uninteressant auch aufzuzeigen, welche Förderungsleistung für die Landeshauptstadt zu verzeichnen ist. Von 1949 bis zum 20. September 1977 wurden für natürliche Personen in Graz 5237 Wohneinheiten gefördert. Hiefür wurden Darlehen von 171,116.000 Schilling aufgewendet und für Kapitalmarktdarlehen 215,419.400 Schilling an Zinszuschüssen gewährt. Im selben Zeitraum wurden in Graz 39.312 Geschoßwohnungen gefördert. Hiefür wurden an Darlehen 6.456,068.000 Schilling aufgewendet und für Kapitalmarktdarlehen 1.749,292.000 Schilling an Annuitätzuschüssen gewährt. Erfreulich ist auch die Zahl der Förderungen von Wohnungsverbesserungen und -instandsetzungen. Hier wurden in 2283 Fällen für insgesamt 246 Millionen Schilling Annuitätzuschüsse und Zinszuschüsse gewährt. (Abg. Hammerl: „Haben Sie die Zahl auch für die übrige Steiermark!“) Bitte sehr, ich habe es nicht da, aber ich kann es Ihnen nachher sagen. Aber für Graz darf ich es heute sagen. (Abg. Hammerl: „Herr Landeshauptmann, im Vergleich zu Graz!“)

Mit dem herzlichen Dank an alle, die mich bei dieser Arbeit im Rahmen der Wohnbauförderung unterstützen, möchte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Wunsch verbinden, daß es

uns auch in Zukunft gelingen möge, Wohnraum für die Menschen unseres Landes in guter Qualität und in guter Lage zu schaffen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abgeordneter Fellingner: Ich wiederhole meinen anfangs gestellten Antrag, das Hohe Haus möge der Gruppe 4 seine Zustimmung geben.

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Gruppe 5: Gesundheit

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich, dem ich das Wort erteile.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 5, Gesundheit, beinhaltet in den Abschnitten 51 bis 58 mit den dazugehörigen Unterabschnitten die im Voranschlag ausgewiesenen Ansätze, die das gesamte Gesundheitswesen, den Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste sowie die Veterinärmedizin umfassen. Trotz der angespannten Finanzlage des Landes war es möglich, bei verschiedenen Ansätzen Erhöhungen, die im Interesse der allgemeinen Gesundheit erforderlich sind, vorzunehmen. Dies trifft besonders für die medizinische Bereichsversorgung, die Familienberatung, Krankenpflege und medizinisch-technische Dienste, Schwerpunktstandardkrankenanstalten und Sonderkrankenanstalten sowie Maßnahmen der Veterinärmedizin, zu. Der Finanzausschuß hat diese Ansätze beraten und namens dieses Ausschusses stelle ich den Antrag, die Einnahmen dieser Gruppe von 2.600.300.000 Schilling und die Ausgaben in der Höhe von 2.738.677.000 Schilling sowie den Sondervermerk in der Höhe von 60.350.000 Schilling zu beschließen.

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Jahre 1971 ist die Regierung Kreisky mit dem Versprechen angetreten, im Interesse der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung für eine Neuregelung der Spitalsfinanzierung vorzusorgen. In wenigen Wochen, meine Damen und Herren, schreiben wir das Jahr 1978. Die Spitalsdefizite in den Bundesländern haben mittlerweile die Rekordhöhe von insgesamt 7,5 Milliarden Schilling erreicht. Die einzige Lösung, die die Bundesregierung nach 7 Jahren nun anzubieten hat, ist ein zentral verwalteter Krankenanstaltenfonds, in den der Bund selbst nicht einen Groschen mehr einzahlt als bis-

her schon den Ländern, und zwar primär auf Grund seiner gesetzlichen Verpflichtung, gegeben hat. Das sind 840 Millionen Schilling aus dem Titel der Zweckzuschüsse, das sind 250 Millionen Schilling für die bisherige Investitionsförderung. Dazu kommen 810 Millionen Schilling von der Krankenversicherung durch die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und 800 Millionen Schilling von den Länderanteilen aus dem dritten Mehrwertsteuersatz, also Gelder, meine Damen und Herren, die den Ländern nach dem Finanzausgleichsgesetz sowieso zustehen. Nach dem Willen der Bundesregierung ist die Konstruktion dieses Fonds so angelegt, daß dort die Länder jederzeit überstimmt werden können. Dieser zentrale Fonds wäre somit, meine Damen und Herren, wenn er so beschlossen wird, wie ihn die Bundesregierung angelegt hat, auch ein Lenkungsinstrument des Bundes, mit dem er in die Kompetenzen der Länder eingreifen und damit, wenn Sie so wollen, auch jederzeit in die Länder hineinregieren kann.

Meine Damen und Herren, in anderen Staaten geht die Tendenz deutlich zur Dezentralisierung und zu kleinen, überschaubaren Einheiten. In Österreich strebt die sozialistische Bundesregierung trotz wiederholter offizieller Bekenntnisse zum Föderalismus immer stärker zum Zentralismus. Statt der versprochenen Verwaltungsvereinfachung gibt es halt wieder ein Stück mehr an Bürokratismus. Von einer echten Lösung des Finanzierungsproblems für die Spitäler sind wir aber noch immer weit entfernt, meine Damen und Herren. Nach wie vor aufrecht sind daher die Vorschläge der Landeshauptleutekonferenz vom 28. Oktober 1976, wonach die Lösung der Finanzierung des Betriebsabganges in den Spitälern in der Form gefunden werden soll, daß der Bund und die Sozialversicherungen zusammen 80 Prozent und die Länder 20 Prozent der Kosten künftig tragen sollen. Nun weiß ich, meine Damen und Herren und Herr Kollege Loidl, daß diese Vorschläge bei den Krankenversicherungen nicht unbedingt Beifall auslösen, weil diese sich ja heute selbst in einer nicht eben günstigen finanziellen Situation befinden und von der Bundesregierung praktisch ebenfalls im Stich gelassen worden sind, die Bundesregierung auch nichts zu einer längst fälligen Reform und Sanierung in diesem Bereich getan hat, obwohl sie dreimal versprochen hat, die Krankenkassen zu sanieren. Nicht einzusehen ist, daß alle österreichischen Kassen, und somit auch die Steirische Gebietskrankenkasse, die Wiener Gebietskrankenkasse subventionieren, was so vor sich geht, meine Damen und Herren, daß aus dem Ausgleichsfonds, in den alle einzahlen, das jährliche, und ich wiederhole, das jährliche Defizit des Hahnusch-Krankenhauses, das der Wiener Gebietskrankenkasse gehört, in einer Größenordnung von 80 Millionen Schilling pro Jahr zu 100 Prozent abgedeckt wird. Und hier muß man auch fragen, meine Damen und Herren, ob es gerechtfertigt ist, daß in Wien, wie übrigens in Innsbruck auch, ein Verpflegskostensatz von täglich 464 Schilling bezahlt werden kann, in der Steiermark hingegen nur 415 Schilling. Am 1. Dezember konnte man in den Zeitungen lesen, daß die Wiener Landesregierung

mit ihrer SPO-Mehrheit per Verordnung die Pflegegebühren nunmehr ganz gewaltig hinaufgesetzt hat, und zwar im allgemeinen Krankenhaus in Wien auf 1562 Schilling und für die anderen Spitäler auf 1050 Schilling pro Tag. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß die Wiener Gebietskrankenkasse und Wiener Krankenkassen ab 1. Jänner 1978 pro Verpflegstag 780 Schilling für das Allgemeine Krankenhaus und 520 Schilling für die anderen Spitäler zu zahlen haben. Diese Ungleichheit zwischen Wien und Graz setzt sich auch fort bei den Tarifen der Privatversicherungen. So werden beispielsweise in Wien für eine Blinddarmoperation 6500 Schilling bezahlt, in Graz, meine Damen und Herren, und Sie hören richtig, nur 1470 Schilling, für eine Gallenblasenoperation in Wien 13.000 Schilling, in Graz 3550 Schilling, für einen großen operativen Eingriff an Herz und Lunge in Wien 26.000 Schilling und in Graz 7130 Schilling.

Meine Damen und Herren, ich glaube, auch über diese enormen Differenzen wird man einmal reden müssen. Wir haben in Graz an unseren Kliniken — und ich möchte das ausdrücklich festhalten — die gleichen Spitzenleistungen wie in Wien und daher sind diese exorbitanten Unterschiede zwischen Wien und Graz sachlich durch nichts zu begründen und auch nicht vertretbar. (Abg. Loidl: „Ich werde das schon begründen, Frau Kollegin!“)

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unseren Krankenanstalten. Durch die Streichung bei den linearen Ermessenskrediten ist bei unseren Landeskrankenanstalten zum ersten Mal der veranschlagte Abgang mit 651 Millionen Schilling knapp unter der Vorjahresziffer geblieben. Dazu muß man aber sagen, daß im Zentralkrankenhaus Graz im letzten Jahr seit dem Amtsantritt des neuen ärztlichen Leiters, Herrn Primarius Dr. Stepantschitz, erstmals echte Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden sind. Als Beispiel nenne ich hier die Einführung von Einwegspritzen, was wesentlich billiger kommt als die Verwendung und laufende Reinigung von Metallspritzen. Auch in diesem Jahr ist es gelungen, die Verweildauer um durchschnittlich einen Tag zu verkürzen, allein durch das Verlangen, daß die außerhalb der Krankenanstalten erhobenen Vorbefunde im Landeskrankenhaus Graz nun nicht mehr wiederholt werden. Durch die Einstellung eines Biomediziners — ebenfalls eine Initiative des neuen ärztlichen Leiters — konnte das medizinische Apparatebudget für 1977 gegenüber den Ansätzen für dieses Jahr um 5 Millionen Schilling und gegenüber dem Erfolg 1976 sogar um 7 Millionen Schilling gesenkt werden.

Meine Damen und Herren, die Steigerung für den gesamten Sachaufwand bleibt im Jahre 1977 im Landeskrankenhaus Graz ebenfalls erstmals deutlich unter der Inflationsrate. Auch beim Personal wird sparsam vorgegangen. Für das Jahr 1978 gibt es für den gesamten großen Bereich Landeskrankenhaus Graz nur eine Vermehrung von neun Dienstposten.

Meine Damen und Herren, am Beispiel Krankenhaus Graz zeigt sich nun, daß durch ein gutes Management in kurzer Zeit einiges erreicht worden ist. Durch weitere Rationalisierungen im Kranken-

hausbereich, und dessen können wir sicher sein, kann hier noch vieles eingespart werden. Aber auch zum Rationalisieren gehört ein Plan. Meine Damen und Herren, vor rund 10 Jahren haben wir vom damals zuständigen Spitalsreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, in einem Landtagsantrag die Erstellung eines steirischen Spitalsplanes erstmals gefordert. (Abg. Pözl: „Es redet ihnen aber noch immer der Sebastian hinein!“) Und dieser Spitalsplan sollte unter anderem auch — ich bitte hier, alle unsere Anträge nachzulesen — ein Konzept für Rationalisierungsmaßnahmen erhalten. Meine Damen und Herren, 10 Jahre Nichtbeachtung wichtiger und wiederholt gestellter Landtagsanträge sind wahrlich ein Rekord in diesem Haus! Und ich stelle fest, der Spitalsplan steht bis heute noch aus, denn was uns vom vormaligen Spitalsreferenten vorgelegt worden ist, war ein Zwischenbericht und ein Teilstück, wie wir hier anläßlich der Behandlung dieser Vorlage im Hause festgestellt haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Jetzt wissen wir, was die Sozi vom Planen halten!“)

Und nun wurde vor einem Jahr der Ressortwechsel vollzogen und ein neuer Spitalsreferent bestellt. Wir wissen, Herr Landesrat Bammer, daß Sie hier ein schwieriges Erbe übernommen haben und wir haben auch volles Verständnis dafür gezeigt, daß die Einarbeitung in ein Ressort seine Zeit braucht. Wir haben ein volles Jahr hindurch weder urgiert noch gedrängt. Doch glauben wir, daß es jetzt langsam Zeit wird, wichtige Fragen einer Lösung zuzuführen. (Abg. Pözl: „Die Frist ist um!“) Wir haben am 30. Juni 1976 als ÖVP-Landtagsklub hier im Landtag Ihrem Vorgänger, Herr Landesrat, ein 13-Punkte-Vorschlagspapier überreicht, und zwar als konstruktiven Beitrag für die weiteren Arbeiten zur Erstellung eines steirischen Spitalsplanes. (Abg. Pözl: „Das war der Grund, warum er weggegangen ist!“) Wir glauben, Herr Landesrat, daß mit der endgültigen Erstellung des Spitalsplanes nicht länger zugewartet werden kann. Neben der Akutkrankenversorgung geht es auch um die Versorgung für die Langzeitkranken, wir brauchen eine Konzeption für die Rationalisierung und wir brauchen eine Konzeption für die Koordinierung in den Krankenanstalten, um teure Mehrfachinvestitionen auszuschließen. Es ist sicher kaum vertretbar, hochspezialisierte Einrichtungen, die dann nirgends voll ausgelastet sind, breiter zu streuen. Die hochspezialisierten Abteilungen und Einrichtungen sollen dem klinischen Bereich im Zentralkrankenhaus vorbehalten bleiben.

Im Spitalsplan, meine Damen und Herren, sind auch notwendige Reformen durch innere Umorganisationen in den bestehenden Anstalten, wie beispielsweise die Errichtung von Pflegeabteilungen, zu berücksichtigen. Denn auf die Dauer, glauben wir, ist es sicher zu aufwendig, Pflegefälle und Langzeitkranke in teuren Akutbetten im Intensivpflegebereich zu versorgen. Allein hier könnte, und zwar ohne Nachteil für die Patienten, viel eingespart werden. Zu berücksichtigen wird auch sein, daß durch den Neubau von Spitälern die Gesamtbettenanzahl unserer Landeskrankenanstalten nicht erhöht wird. Die Steiermark, meine Damen und Herren, liegt ja bei der Bettenanzahl schon heute weit über

dem internationalen und auch dem nationalen Schnitt. Auch hier wird also ein Plan für entsprechende Umschichtungen erforderlich sein. Und im Interesse der Humanisierung im Krankenhaus — und das war ja ein zentrales Thema auch der Steirischen Akademie in diesem Herbst — haben wir seit Jahren verlangt — und das ist auch ein Punkt in unserem Vorschlagspapier — jene Abteilungen des Krankenhauses, die eine Größenordnung erreicht haben, die die internationalen Normen der Weltgesundheitsorganisation übersteigt, in überschaubare Verantwortungsbereiche zu unterteilen.

Wir werden uns, glaube ich, daher auch bemühen müssen, bei der Novelle zum steirischen Krankenhausanstaltengesetz, das zur Zeit in Beratung steht, entsprechend dem Grundsatzgesetz und entsprechend diesen Grundsätzen, die wir hier auch vorgelegt haben, für kleinere, überschaubare Abteilungen vorzusorgen. Das ist, meine Damen und Herren, nicht nur eine ökonomische Frage, das ist vor allem eine menschliche Frage, weil nur in kleinen, überschaubaren Einheiten die menschliche Zuwendung der im Gesundheitsbereich Tätigen an die Betroffenen überhaupt erst ermöglicht wird.

In der Steirischen Akademie zum Thema Gesundheit ist in zahlreichen Referaten zum Ausdruck gekommen, daß das Krankenhaus immer mehr als inhuman erlebt wird. Meine Damen und Herren, wenn meiner Meinung nach hier auch die Dinge zum Teil zu wenig differenziert dargestellt worden sind, so läßt sich, glaube ich, doch nicht leugnen, daß in Monsterkliniken und in Monsterabteilungen zufolge des Systems, und weil diese einfach unüberschaubar geworden sind, die Humanität zweifellos zu kurz kommt. Darunter leiden nicht nur die Patienten, darunter leidet auch das dort beschäftigte Personal. Über inhumane Zustände — man könnte auch gegenteilige Beispiele hier anführen, das möchte ich ausdrücklich festhalten — in Monsterabteilungen wäre hier im einzelnen vieles auszusagen, denn die Klagen von Patienten sind hier kaum mehr überhörbar. Ein wünschenswertes Arzt-Patient-Verhältnis, über das also heute gerade stark diskutiert wird, kann unter solchen Bedingungen jedenfalls nicht gedeihen. Es ist ein System für die Unzweckmäßigkeit, um nicht zu sagen Unmenschlichkeit, in so einem unübersichtlichen Monsterbereich — oder ein Symptom dafür, wenn der Chef nicht einmal alle seine Mitarbeiter kennt, gar nicht zu reden von den Patienten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden heute alle zusammen sehr viel von der menschlichen Nähe und von der Erkenntnis, daß diese sich nur in kleinen, überschaubaren Räumen und Einheiten entwickeln kann. Es wäre unverständlich, meine Damen und Herren, wenn wir ausgerechnet jenen Bereich, wo der Mensch diese Nähe am meisten braucht, wenn er krank im Spital liegt, aus diesen Erkenntnissen ausklammern und man weiter an einem System festhalten wollte, das auf Grund seiner Struktur von vornherein die Hinwendung zur menschlichen Nähe unmöglich macht oder erschwert. Daß sich hier einiges ändern müssen, kann, glaube ich, wohl nicht bestritten werden und ich stehe nicht an, hier offen auszusprechen: Allzu-

große persönliche Rücksichtnahmen sollten nicht weiter hinderlich sein, hier lange anstehende Probleme einer guten Lösung zuzuführen. Mit den vorgeschlagenen inneren Reformen wird man also nicht länger zuwarten dürfen, diese sollen nun endlich in Angriff genommen werden.

Schließlich, meine Damen und Herren, geht es auch um die Frage, was man tun kann, um die Spitäler zu entlasten. Eine dieser Maßnahmen ist zweifellos die Hauskrankenpflege, die auch auf Grund eines unserer Landtagsanträge durch den Gesundheitsreferenten, Herrn Landesrat Prof. Jungwirth, und zwar innerhalb kurzer Zeit, realisiert worden ist durch die Konstituierung des Vereines der Hauskrankenpflege, die nunmehr in der Steiermark aufgebaut wird und wenn sie einmal voll angelaufen ist, zweifellos zu einer echten Entlastung in den Spitälern beitragen wird.

Es bedarf aber daneben sicher auch weiter einer gezielten Förderung, um zu erreichen, daß sich auf dem Land in ausreichender Zahl frei praktizierende Ärzte niederlassen. Einen Fortschritt hat hier ja das Distriktsärztegesetz gebracht, doch müssen, glaube ich, alle verantwortlichen Stellen, ich meine hier wirklich alle, dafür vorsorgen, daß das Netz von Ärzten auf dem Lande, und so weit das notwendig ist, auch noch im städtischen Bereich dichter wird. Wünschenswert wäre auch die Forcierung von Gruppenpraxen, hier stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung, und wünschenswert wäre auch im Sinne der rechtzeitig vorbeugenden Maßnahmen der weitere Ausbau des schulärztlichen Dienstes.

Meine Damen und Herren, eine umfassende Gesundheitsvorsorge schließt aber mit ein, die Bevölkerung in geeigneter Weise für ein gesundheitsbewußteres Leben zu gewinnen, denn die Krankheitserreger sind ja heute nicht mehr primär Infektionserreger, was heute vielfach ernsthafte Erkrankungen auslöst, ist zu viel Essen, ist zu wenig Bewegung, ist der Mißbrauch von Alkohol und anderen Genußmitteln. Gerade das, meine Damen und Herren, hat die Steirische Akademie deutlich gemacht. Nur wäre es, glaube ich, völlig falsch, den Schluß daraus zu ziehen, wie das beispielsweise ein Referent im Rahmen der Akademie versucht hat, daß wir in Zukunft keine Krankenkassen und keine Ärzte mehr brauchen. Wir brauchen auch in Zukunft Ärzte, wir brauchen auch in Zukunft Spitäler und die Spitalsbehandlung (Abg. Prensberger: „Aber Krankenkassen brauchen wir keine mehr!“) und wir wollen auch den weiteren Fortschritt der Medizin. Denn wo würden wir stehen, meine Damen und Herren, wenn es diesen Fortschritt nicht immer wieder gegeben hätte? Um uns aber auch in Zukunft das alles leisten zu können, muß es rechtzeitig zu Reformen und, wo es möglich ist, auch zu Einsparungen kommen. (Beifall bei der OVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Probleme des Gesundheitswesens stehen nach wie vor weltweit im Mittelpunkt heftiger Auseinan-

dersetzungen und Diskussionen. Wir sind davon nicht ausgenommen. Es ist schon gesagt worden, daß viele sehr geschickte Leute aus dem In- und Ausland in letzter Zeit Vorträge gehalten haben, tiefstürfendste Untersuchungen wurden angestellt, höchst interessante Analysen geliefert und aufregende Theorien erstellt. Ob ich die Ausführungen, die der Präsident Piaty hier im Haus gemacht hat, darin einbeziehen soll, bin ich nicht ganz sicher. Sie waren bestimmt geschickt, aber sie waren vor allen Dingen auch aufreizend und nicht aufregend und nach meiner Meinung nicht immer ganz richtig. Aber immerhin beweist das, was hier geredet wird, wie brisant die Sache ist. Es wurde viel Bekanntes bestätigt, es wurden verborgene Zusammenhänge bloßgelegt, Fehler und Mängel sonder Zahl aufgezeigt, und wie schon gesagt, viele, viele Theorien entwickelt. Ich glaube auch, daß dies notwendig ist, um gewissen Erstarrungen entgegenzuwirken und neues eben vorzubereiten.

Wie schwer es aber ist, meine Damen und Herren, auch die besten Vorschläge und Theorien in die Praxis umzusetzen, kann man sehr leicht ersehen, wenn man sich die Mühe macht, die stenographischen Protokolle der letzten Jahre nachzulesen und zu vergleichen, worüber wir jetzt auch wieder sprechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte versuchen, die Probleme unseres Spitalswesens zuerst einmal so zu sehen, wie sie die Menschen sehen, die wir hier vertreten und für die wir eigentlich handeln und entscheiden sollten. Sie erwarten, daß ihnen im Rahmen der objektiv gegebenen Möglichkeiten ein Höchstmaß an gesundheitlicher Betreuung zuteil wird. Ich glaube, sie sehen durchaus ein, daß das nicht umsonst ist und nicht umsonst sein kann. Sie wollen den Fortschritt, die technischen Möglichkeiten uneingeschränkt haben. Sie wollen, daß alles genutzt wird, wohl wissend, daß das immer teurer wird. Was im allgemeinen, von egoistischen Interessenstandpunkten abgesehen, ebenfalls eingesehen wird, ist die Notwendigkeit, daß diese Lasten sozial gerecht verteilt werden. Aber diese Einsicht und dieses Verständnis wird sicher mit der Erwartung verbunden, daß die Mittel, die aufgebracht werden, zweckmäßig, wirtschaftlich und sparsam verwendet werden.

Wie schaut es, ganz grob gesehen, mit unseren Spitälern im Lande aus: Da möchte ich zunächst einmal feststellen, was man nicht oft genug tun kann, daß das Gesundheitswesen, insbesondere das Spitalswesen, in die Kompetenz des Landes fällt. Auf Grund dieser Kompetenzen hat sich die Steiermark nach eigenen Vorstellungen ein Spitalswesen aufgebaut, das ohne weiters Vergleiche mit anderen Bundesländern aber auch mit anderen Staaten durchaus aushalten kann. Unserer Bevölkerung stehen mehr Spitalsbetten pro 1000 Einwohner zur Verfügung, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist, und wir liegen auch international weit über dem Durchschnitt. So hat die Steiermark 13,3 Betten pro 1000 Einwohner, Niederösterreich 9,6, Vorarlberg 9,5, Oberösterreich 9,2 und international ist in vergleichbaren Ländern die Zahl sogar nur 6 bis 7.

Die Spitälern wurden durch Bereitstellung von vielen, vielen Millionen in den letzten Jahren mit den modernsten medizinischen Geräten ausgestattet, wobei man sagen muß, daß es gewiß noch Mängel gibt. Unsere Ärzte und Schwestern sind ohne Zweifel nicht weniger tüchtig als anderswo auch. Was gibt es, so könnte man fragen, an den Spitälern selbst, an den Leistungen noch auszusetzen?

Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß trotz des überdurchschnittlich großen Angebotes an Betten es leider oft vorkommt, daß Schwer- oder Schwerst- kranke nur mit größter Mühe ein freies Spitalsbett finden können. Der Grund ist uns bekannt. In den teuren Betten liegen vielfach Menschen, die aus rein medizinischen Gründen dort nicht oder nicht mehr liegen müßten. Die Ursachen sind auch bekannt, lange, lange bekannt und sind sehr vielfältig. Der zweite Punkt könnte sein, daß die Spitalsbetten im Land sehr ungerecht verteilt sind, geographisch ungerecht verteilt sind. Das dürfte vor allem ein Grund sein, daß in Deutschlandsberg die Errichtung eines Spitals so vehement gefordert wird. Die dritte Sache wird sein, wie die Frau Abgeordnete schon gesagt hat, daß die Behandlung in den großen Spitälern häufig sehr unpersönlich ist.

Aber, meine Damen und Herren, wir, die wir hier versammelt sind und viele, viele mit uns wissen natürlich, worum es in Wirklichkeit geht und das ist die Kardinalfrage: Wie wird das Gesundheitswesen jetzt und in der Zukunft finanziert? Wir kennen auch die Gründe der Kostensteigerung, wir wissen, daß vielfach sparsamer, zweckmäßiger und ohne Qualitätsverlust gewirtschaftet werden könnte. Es ist hier viel im einzelnen darüber geredet worden — ich könnte das wiederholen, ich will das nicht tun — von den Doppeluntersuchungen usw., von der Ausnützung der Einrichtungen, von dem Nebeneinander auch der Sozialversicherungsinstitute, der Spitälern und so fort. All das wissen wir, all das brauche ich nicht zu wiederholen, aber übrig bleiben die Abgänge, welche früher oder später abgedeckt werden müssen, und die können wir nicht wegdiskutieren. Und das zu lösen, meine ich, glauben die Menschen draußen auch, ist Sache der Politiker, dazu haben sie uns gewählt.

In dieser Beziehung, meine Damen und Herren von der OVP, hat sich inzwischen bei Ihnen ein beträchtliches Unterlassungs- und Verschuldungskonto angesammelt. Warum? Sie machen sich sonst immer so stark, das ist nichts Schlechtes, für den Föderalismus und für alle Eigenständigkeit. Ich brauche nicht zu betonen, daß wir auch für Föderalismus und für Kompetenzen sind. Aber ich glaube, wenn man Kompetenzen will, wenn man sie auch hat, dann muß man auch die Verantwortung für diese Kompetenzen übernehmen, und zwar nicht nur in guten und angenehmen, sondern auch in schlechten und unangenehmen Zeiten. In einer solchen Zeit sind wir halt jetzt. Dann darf sich, so meine ich auch, der Föderalismus und die Eigenständigkeit nicht darin erschöpfen, daß man ununterbrochen verlangt — und, Frau Abgeordnete, das haben Sie jetzt wieder getan —, der Bund soll handeln, der Bund soll entscheiden, der Bund soll schließlich zahlen, der Bund sind wir schließlich

ja alle miteinander. (Abg. Dr. Heidinger: „Der Herr Bundeskanzler hat doch ein eigenes Ministerium dafür geschaffen!“) Herr Kollege, mir ist es unverständlich, daß überzeugte Verfechter des Föderalismus, die Sie ohne Zweifel sind, durch eine solche Einstellung in Wirklichkeit dem Föderalismus einen solchen Schaden zufügen können. Genau das, meine Damen und Herren, wird getan. Ich frage Sie, was ist in den letzten Jahren, wo hier diskutiert wurde, tatsächlich geschehen? Wofür waren Sie bereit, die politische Verantwortung zu übernehmen, um wirklich zielführende Maßnahmen zu setzen? (Abg. Doktor Heidinger: „Für einen eigenen Wirtschaftskörper!“) Der Bund hätte uns, wie Sie wissen, eine Steuerermächtigung gegeben. Damit wären wir rechtlich in die Lage versetzt gewesen, im eigenen Wirkungsbereich eigenständig das zu tun, was unbedingt notwendig gewesen und daher von der Bevölkerung auch verstanden und verantwortet worden wäre. Sie haben keinen Gebrauch davon gemacht. Wenn es jetzt überhaupt einen Lichtblick (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der Zigarettenschilling!“) gibt, so ist dies einzig und allein der Bundesregierung, welche vor der Bevölkerung die alleinige Verantwortung für die zu beschließenden Maßnahmen übernimmt, zu verdanken. Die Bundesregierung ist, wie Sie wissen, bereit, die erwarteten Mehreinnahmen, immerhin ein Betrag von 2,6 Milliarden Schilling, aus den Erträgen des dritten Mehrwertsteuersatzes und der erhöhten Krankenversicherungsbeiträge den Spitälern in Österreich zur Verfügung zu stellen. Wie man hört, soll ja über die Modalitäten in den Grundzügen zumindest weitgehende Übereinstimmung bestehen. (Abg. Pränckh: „Das ist im Finanzausgleich geregelt!“)

Herr Präsident Piaty hat zwar in diesem Zusammenhang wieder einmal ziemlich wütend so nach allen Seiten um sich geschlagen und vom Verrat an Grundsätzen gesprochen. So habe ich das jedenfalls gelesen. Ich weiß zwar nicht, von welchen Grundsätzen er gesprochen hat und was er da meint. Ich könnte mir eines allerdings schon vorstellen. Denn der Herr Präsident hat ja bei seinen Demonstrationen in die an sich allgemeine Propaganda oder Propagandamacherei der ÖVP mit besonderer Heftigkeit eingestimmt, daß es sich bei dem beabsichtigten Maßnahmenpaket der Bundesregierung um einen nahezu brutalen Raubzug auf die Taschen der Österreicher handelt. Das hat man ja oft gehört. Würde man das ernst nehmen — ich tu' das nicht so ganz —, so würde es sich bei den hereingebrachten Geldern um sogenannte Raubgelder handeln, Herr Präsident. Das gebe ich zu nach Ihrer Auffassung. Es mag tatsächlich mit moralischen Grundsätzen nicht vereinbar sein, daß man geraubte Gelder dann hinterher annimmt, aber ich könnte dem entgegen — das mildert das ganze wieder —, daß in vielen alten Volksliedern eindeutig die Räuber als Wohltäter und Volkshelfer besungen werden (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der Finanzminister net, das ist der Schinderhannes!“), weil sie den Reichen was wegnahmen, um es den Armen zu geben. Ja, der Schinderhannes zum Beispiel.

Meine Damen und Herren, aber nun wieder zum Ernst: Die Hilfe, die der Bund ohne Zweifel leistet,

darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit das Finanzierungsproblem noch lange nicht gelöst ist, sondern maximal, wenn nichts Weiteres geschieht, für absehbar kurze Zeit gemildert erscheint. Es ist aber höchste Zeit, daß wir uns nach vielen und langen Diskussionen über Grundsätze einigen und zu diesen bekennen, diese konsequent verfolgen und auch verantworten. Das ist ja immer das Wichtigste, aber das Schwerste auch. Einer dieser notwendigen Grundsätze scheint mir vor allem zu sein, daß es infolge der ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Bettenanzahl trotz des Baues von neuen Spitälern keine Vermehrung der Spitalsbetten geben darf. Ob das angenehm ist oder nicht, das ist eines der dringendsten Erfordernisse. (Abg. Jamnegg: „Das habe ich auch gesagt!“) Das muß für private und sonstige Spitalerhalter genauso gelten wie für die Landeskrankenhäuser, das heißt, zumindest für alle, welche Zuschüsse der öffentlichen Hand begehren oder Verträge mit der Krankenversicherung abschließen. Als flankierende Maßnahmen sind die Anstrengungen fortzusetzen, daß in den teuren Spitalsbetten wirklich nur jene Patienten liegen, die dort unbedingt sein müssen. Hier kann man erfreulicherweise feststellen, daß die Verweildauer übrigens seit dem Jahre 1960 von 19,9 Tage auf 16,4 Tage 1976 gesenkt werden konnte. Wir können uns also mit dieser Verweildauer durchaus überall sehen lassen.

Ein weiterer Grundsatz müßte sein, daß die sogenannten Normkosten so rasch als möglich fixiert werden. Es ist auf die Dauer einfach untragbar, meine Damen und Herren, von der öffentlichen Hand zu verlangen, daß unüberschaubar und unkontrolliert zustande gekommene Abgänge mit prozentuellen Fixbeträgen, nach welcher Höhe immer, abgedeckt werden. Sowohl die den Krankenversicherungsträgern zumutbaren Verpflegsgebühren — darauf werden wir noch zu sprechen kommen, Frau Abgeordnete —, als auch die Zuschüsse der öffentlichen Hand müssen sich einfach in Zukunft an diesen Normkosten orientieren und an nichts anderem, weil ich überzeugt bin, und viele andere der damit Beschäftigten auch, daß nur dadurch die Spitalverwaltungen veranlaßt werden können, bei ihrer ganz gewiß unerhört schwierigen Tätigkeit nicht den Weg des geringeren Widerstandes zu gehen, nämlich in höhere Abgänge auszuweichen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang steht auch das legitime und verständliche Verlangen der Krankenversicherungsträger, welche durch die zu leistenden Pflegegebühren einen großen Teil der finanziellen Aufwendungen der Spitäler zu tragen haben, nach Einräumung eines entsprechenden Mitspracherechtes bei der Führung und Verwaltung der Spitäler. Hier, meine Damen und Herren, muß ich auf den Antrag der Abgeordneten der ÖVP zu sprechen kommen, der verlangt, daß von den Kassen bei den Verhandlungen zu verlangen sei, daß pro Verpflegstag mindestens der gleiche Betrag bezahlt wird wie ihn das Land Wien als Spitalerhalter bekommt. (Abg. Dr. Heidinger: „Herr Kollege Loidl, ganz einfach, Normkosten und Normzahlungen, warum soll das in Wien mehr sein als hier!“) Zunächst habe ich mir gedacht, na ja, das

ist halt die konsequente Fortsetzung der OVP-Aktivitäten, vom Bund und von den Krankenkassen zu verlangen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die ärztliche Versorgung ist in Wien besser?“ — Abg. Jamnegg: „Es geht um die Chancengleichheit für alle Kassen!“) Zunächst habe ich beinahe angenommen, es geht hier um die Zerschlagung der sozialen Krankenversicherung. Wie ich aber gesehen habe, daß der Präsident Piaty nicht unterschrieben ist, ist dieser Verdacht wieder von mir gewichen, denn das hätte er sicher unterschrieben. (Abg. Jamnegg: „Er kann ja nicht, er ist ja nicht Mitglied des Finanzausschusses!“ — Abg. Dr. Schilcher: „So leicht sind Sie zu beeinflussen?“) Es könnte auch sein, daß er angesichts der laufenden Honorarverhandlungen — er schaut so erfreulich drein, scheinbar hat man sich geeinigt mit den sehr, sehr überspitzten Forderungen, die der Herr Kollege Dr. Heidinger sicherlich als ungemein unverantwortlich bezeichnen würde im Verhältnis zu dem, was er in seiner Rede gesagt hat — (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist ja das Maß der Dinge, die Handelsangestellten!“) — des verantwortungsvollen Verhaltens der Gewerkschaft, kann ich mir nur vorstellen, daß das diese Sache ist. (Abg. Dr. Heidinger: „Verlangt haben die Handelsangestellten auch mehr!“) Ich war zunächst verwundert und jetzt stehe ich verständnislos hier. (Abg. Dr. Heidinger: „Nur 7 Prozent, nicht mehr!“) Ich gebe Ihnen das zu, Frau Abgeordnete Jamnegg, daß Sie als Mitglied des Vorstandes der Gebietskrankenkasse einen solchen Antrag unterschrieben haben. (Abg. Jamnegg: „Sie haben nicht genau zugehört, was ich gesagt habe! Chancengleichheit für alle Kassen — ich habe das Wiener Hanusch-Spital gemeint!“) Moment, das werde ich Ihnen gleich sagen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich bedaure es zum ersten Mal, wir kennen uns schon sehr lange, daß Sie eine Frau sind, weil ich jetzt viel leichter reden würde, wenn Sie ein Mann wären. Ich müßte annehmen, nachdem Sie schon viele Jahre in der Krankenkasse sind, nachdem Ihnen alles zugänglich ist, was mir auch zugänglich ist. (Abg. Jamnegg: „Ich weiß das und habe auch nicht gegen die Krankenkassen geredet!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Ein bißchen mehr ist Ihnen schon zugänglich!“) Gar nicht mehr. Sie müßten wissen, daß man bei Vergleichen nur vom Gleichen ausgehen kann. Sie müßten wissen, daß niemand, auch eine Krankenkasse nicht, mehr zahlen kann als er hat oder einnimmt. Sie müßten wissen, daß die Beitragsgrundlagen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen, mit 6210 Schilling an achtletzter Stelle vor dem Burgenland mit 5824 Schilling aller Bundesländer liegen. (Abg. Jamnegg: „Herr Kollege Loidl, Sie wissen, was ich gesagt und gemeint habe!“) Hier steht es! ... den gleichen Betrag als Wien zu verlangen. Frau Abgeordnete, Sie müßten wissen, daß Wien, obwohl es an zweiter Stelle beim Beitragsdurchschnitt liegt, nach Salzburg, für die Spitäler von ihren Beitragseinnahmen 25,9 Prozent im Jahre 1976 aufgebracht hat, daß die Steiermark 30 Prozent aufbrachte. (Abg. Jamnegg: „Dann ist es kein Wunder, wenn der Ausgleichsfonds für das Hanusch-Krankenhaus zahlt!“) Sie wüßten wissen,

Frau Abgeordnete, daß mit 415 Schilling 64 Prozent der Normkosten der steirischen Spitäler abgedeckt sind, während Wien lediglich 52 Prozent abdeckt. Sie müßten ferner wissen (Abg. Jamnegg: „Das weiß ich alles!“), daß sich die Gesamteinnahmen, und nur an den Einnahmen vermag man sich zu orientieren, je Versichertem von 1970 — (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Man kann ja erhöhen!“) — ja, Herr Abgeordneter, Sie verschließen sich solchen Zahlen gerne, aber das sollten Sie als Industrieller nicht tun, weil ich nehme an, daß Sie in Ihrem Betrieb auch rechnen müssen, zumindest tun Sie das bei den Lohnverhandlungen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich verschließe mich überhaupt nicht! Das ist eine reine Unterstellung!“), von 1960 bis 1976 sind die Einnahmen um 333,7 Prozent gestiegen, die Ausgaben, der Aufwand für Spitäler im gleichen Zeitraum um 608 Prozent. Das, liebe Frau Abgeordnete, sind jene Tatsachen, die ein verantwortungsvolles Mitglied eines Vorstandes einer Körperschaft kennen und beurteilen muß. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Also qualifizieren!“ — Beifall bei der SPO. — Abg. Jamnegg: „Sie reden an dem, was ich gesagt habe, vorbei!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Sie verwechseln den Landtag mit dem Vorstand der Gebietskrankenkasse!“) Frau Abgeordnete, was Sie hier sagen, wäre dann ernst zu nehmen in diesem Zusammenhang, wenn es sich mit der klaren Aussage dieses Antrages deckt. (Abg. Jamnegg: „Das ist ernst zu nehmen!“) Ich kann völlig verstehen, wenn der Herr Primarius Dr. Stepantschitz diesen Antrag unterschreibt, dem ist das Hemd näher als der Rock. (Abg. Prim. DDr. Stepantschitz: „Wir haben uns erkundigt!“) Wenn es der Abgeordnete Dorfer unterschreibt, kann ich es auch verstehen, für den ist die Krankenkasse ein rotes Tuch, obwohl er sich als Direktor des Wirtschaftsbundes bei den Arbeitgebervertretern in der Krankenkasse, maßgeblichen prominenten Wirtschaftsleuten, erkundigen hätte können, ob ein solcher Antrag überhaupt zu verantworten und zu vertreten ist. (Abg. Prim. DDr. Stepantschitz: „Wir haben uns ja erkundigt!“) Denn Frau Abgeordnete, wir werden Sie fragen am Dienstag in der Vorstandssitzung (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Mein lieber Herr, bitte keine Drohungen! Das ist der frei gewählte Landtag!“), seit wann (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein bißchen vornehmer, bitte!“ — Abg. Jamnegg: „Sie sind auch hier vereidigt! Das ist ungehörig!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Frau Abgeordnete, wenn es ungehörig ist, anzuknüpfen, daß man in einem Vorstand, wo man zusammensitzt, eine Frage stellt (Abg. Premsberger: „Das können Sie ihm nicht verbieten!“), dann formuliere ich das anders, dann werden wir Sie halt höflichst um Auskunft bitten (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „In welcher Form Sie das gesagt haben!“ — Beifall bei der SPO.), wie Sie sich es vorstellen (Abg. Brandl: „Dann müssen Sie es wissen, wenn man Sie um Auskunft bittet!“), wenn die Steiermärkische Gebietskrankenkasse um 80 Millionen Schilling mehr, und das wäre die Verwirklichung Ihres Antrages, an Spitalsgeldern zu bezahlen hat, wo wir sie einsparen. Dann werden Sie sagen — (Abg. Jamnegg: „Ich müßte noch einmal ans Rednerpult. Sie reden an meinen Ausführungen vorbei — ich

bedauere das!") Frau Abgeordnete, ich sage Ihnen noch einmal: Es gibt keine andere Konsequenz, wenn Sie diesen Antrag ernst meinen, den Sie unterschrieben haben, dann gibt es nur eine Konsequenz, mehr zahlen um 80 Millionen Schilling und mehr Einnahmen erschließen, das heißt, Erhöhung der Beiträge. Wollen Sie das, oder wollen Sie das nicht? (Abg. Jamnegg: „Ich habe Ihnen das erklärt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Reden Sie für den Steiermärkischen Landtag oder für die Steiermärkische Gebietskrankenkasse?“ — Abg. Heidinger: „Für beide!“ — Abg. Jamnegg: „Sie sind auch Abgeordneter hier!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sind Sie Sprecher für den Landtag oder für die Gebietskrankenkasse?“) Frau Abgeordnete, ich betrachte die Tätigkeit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse im Interesse der Volksgesundheit als ebenso wichtig als die Tätigkeit, die wir hier ausüben. Dort sitze ich als Mitglied des Vorstandes und Ihre Herren sitzen auch dort, Herr Abgeordneter Fuchs. Dann reden Sie mit denen einmal. Das ist nicht möglich, daß man hier verlangt und dort dann auch fordert, das ist unmöglich. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sind Sie bei der Gebietskrankenkasse oder beim Land? Reden Sie dort umgekehrt so, wie Sie hier reden?“)

Meine Damen und Herren, es ist zu hoffen (Abg. Nigl: „Ich hoffe, daß die Sozialisten auch einmal vernünftig werden!“), daß von dem, was sich hier auf allen Ebenen tut, und da schließe ich diese heftige Auseinandersetzung mit ein, daß uns das endlich weiterbringt, zur tatsächlichen Bewältigung eines Teiles der riesigen Probleme des Gesundheitswesens. Das geht halt nicht, wenn man nichts anderes macht als immer sagt, der oder jener soll zahlen, und selbst ist man nicht bereit, etwas zu übernehmen. (Abg. Jamnegg: „Wer ist nicht bereit, zu zahlen? Das Land vielleicht?“) Nein. Sie sind nicht bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wo die Mehrkosten hereingebracht werden. Sie verlangen ununterbrochen nur vom Bund und von den Krankenkassen, ohne zu sagen, wo sowohl der Bund als auch die Krankenkassen das Geld hernehmen sollen. Das sagt uns der Herr Primar auch nicht bei den Honorarverhandlungen. (Abg. Koiner: „Du verlangst das ja vom Land genauso!“) Das sind die Kompetenzen des Landes und nicht die des Bundes. (Präs. Ileschitz: „Es geht um die Interessen der Landesgesundheit. Ist das Land verpflichtet, die Spitäler zu erhalten? Wer trägt die Verantwortung?“ — Einige weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, leider muß ich jetzt noch auf etwas zu sprechen kommen, was Sie wahrscheinlich auch nicht beruhigt, obwohl ich das gerne sehen würde. Ich muß wieder auf die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz zu sprechen kommen, weil im vorliegenden Budget wieder ein Ansatz von 1,4 Millionen Schilling und 2 Millionen Schilling mit Sondervermerk aufscheint. In der Budgetdebatte vor zwei Jahren habe ich die Tätigkeit dieser Gesellschaft, wie ich zugebe, überaus heftig kritisiert. Ich habe ihr damals unkontrollierte, unzweckmäßige, verschwenderische und in einem Fall auch uneigenständige Verwendung von Steuergeldern vorgeworfen. Ein damals eingebrachter Resolutionsantrag, in dem die Landesregierung aufgefor-

dert wurde, dafür Sorge zu tragen, daß die der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend verwendet und termingerecht abgerechnet werden sowie einen detaillierten Verwendungsnachweis ehestens dem Landtag vorzulegen, wurde von der ÖVP-Mehrheit abgelehnt. Was mir der Präsident dieser Gesellschaft, Herr Dr. Piaty, auf meine inzwischen durch einen Kontrollbericht Punkt für Punkt bestätigten Vorwürfe in seiner unnachahmlichen Art, möchte ich sagen, erwidert hat, kann man in den Protokollen nachlesen. (Abg. Dr. Piaty: „Erhoben und nicht widerlegt!“) Na ja. Widerlegt ist bis jetzt kein einziges Wort. Darauf komme ich jetzt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Erhobene Vorwürfe, nicht widerlegte Vorwürfe!“) Außer vom Beschuldigten.

Infolge der Schwere der Vorwürfe haben wir am 1. Februar dieses Jahres erneut einen Antrag unter Hinweis auf den Kontrollbericht eingebracht (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ihr werdet immer noch einen einbringen!“), Herr Abgeordneter, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß die an die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz vorgesehenen Förderungsmittel sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich verwendet werden, damit der größtmögliche Effekt für die medizinische Beratung und Betreuung der steirischen Bevölkerung erreicht werden kann, um dem Landtag bis 30. Juli 1977 einen Bericht über die Tätigkeit dieser Gesellschaft und eine detaillierte Aufstellung über die getätigten Ausgaben vorzulegen. Geschehen ist bisher nichts. Ich frage daher den Herrn Landesrat Jungwirth, wann wird dieser Bericht dem Landtag vorgelegt? Ich glaube nämlich, hier nach dem Rechten zu sehen, gehört auch zu den Bemühungen für Lösungen des anstehenden Problems. Vor allem geht es um die Gesinnung, wie man dazu steht. Wir lassen jedoch über unsere Auffassung sowohl im großen als auch im kleinen keinen Zweifel. Und jetzt, meine Damen und Herren, liegt es an Ihnen. (Beifall bei der SPO.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte also Kollegen Loidl folgendes fragen: Er ist auf die Anträge von ÖVP-Abgeordneten eingegangen, die sich auf Ersätze von Kosten, die in den Landeskrankenanstalten anfallen, beziehen. Er hat hier eine Menge von Zahlen genannt, die ich nicht bezweifle. Diese werden sicher stimmen. Aber, Herr Kollege Loidl, was mir an und für sich dabei unklar ist — und das möchte ich klarstellen —, wieso de facto einer Landtagsabgeordneten, die auch in der Krankenkasse im Vorstand vertreten ist, ein Vorwurf gemacht wird, weil sie sich als Abgeordnete dieses Landtages Gedanken darüber macht, wie die Abgänge in den Landeskrankenanstalten de facto zu vermindern sind. Was als Vorwurf für die Kollegin Jamnegg gilt, das müßte doch eigentlich auch als Vorwurf für einen Landtagsabgeordneten, der im Vorstand einer Krankenkasse ist, gelten,

ob er nun hier als Vertreter einer Krankenanstalt oder als Abgeordneter da ist, der auch dafür Sorge zu tragen hat, daß die Defizite im Bereich der Krankenanstalten auf ein Maß reduziert werden können, wie das in Anbetracht der anderen Aufgaben erwünscht ist. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Loidl: „Du würdest dich auch wehren, wenn das auf Kosten der Bauern gehen würde!“)

Herr Kollege Loidl, ich hätte noch eine zweite Frage: Wenn wir die Versicherungsanstalten und die Krankenanstalten als soziale Einrichtungen deklarieren — und als solche sind sie ja wohl gedacht —, dann verstehe ich nicht, wieso man auch als sozialer Mensch dafür eintreten kann, daß in Wien für die gleiche Leistung — ich weiß nicht, ob sie um so viel besser ist (Abg. Prensberger: „Aber höher!“) — 13.000 Schilling bezahlt werden und bei uns nur 3000 Schilling. Warum geht denn dann nicht die Sozialversicherungsanstalt her und sagt auch hier: Sozialer Ausgleich! Wenn Wien um so viel besser gestellt ist, dann bitte schön, holen wir uns das dort. Wenn aber Wien nicht bereit ist, warum dann nur das Land und vor allem Sie als Landtagsabgeordneter. Das sind für mich zwei Kernfragen. (Abg. Prensberger: „Das Einkommen in Wien liegt im Durchschnitt höher als in der Steiermark, daher sind die Beiträge höher!“) Denn es darzustellen, daß es gerecht ist, in Wien für eine Operation, meine Damen und Herren, das Fünffache wie in der Steiermark verlangen zu können, das ist mir unbegreiflich! (Präs. Ileschitz: „Der Vergleich hinkt!“) Das ist mir einfach unbegreiflich! (Abg. Prensberger: „Das Einkommen ist im Durchschnitt höher als in der Steiermark. Das ist eine Tatsache!“) Ich kann doch nicht als Abgeordneter sagen: Land zahle selbstverständlich, und Land, wenn du nicht bereit bist, dann geh' du zum Bund betteln, um dort dann die Gegenforderung de facto serviert zu kriegen: Na, wenn ihr schon zu uns kommt und wir ein Geld dazugeben, dann bitte schön, wollen wir aber auch bestimmen. Ja, da ist also dann die Kompetenz völlig verschieden. (Abg. Loidl: „Es ist einfach: Wenn du sagst, wo man die 80 Millionen hernehmen soll, dann sind wir einverstanden!“)

Ich möchte eine andere Frage stellen. Kollege Loidl, wenn du der Frau Jamnegg den Vorwurf machst, daß sie hier nicht im Sinne eines Vorstandsmitgliedes einer Krankenkasse gehandelt hat, dann ist zumindestens der Vorwurf oder die Frage berechtigt, was also du als Abgeordneter in der Sache zu sagen hast, in Vertretung der Landesinteressen. (Abg. Dr. Maitz: „Da wird mit verschiedenem Maß gemessen!“ — Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich nur ganz kurz zum Thema Krankenhaus Deutschlandsberg zu Wort melden. Kollege Aichhofer hat vor einem Jahr hier vom Referenten sehr nachdrücklich einen Termin für den Baubeginn

des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg gefordert. (Abg. Nigl: „Der Referent hat inzwischen das Kind weggelegt!“) Grundsätzlich natürlich ein berechtigter Wunsch nicht nur vom Kollegen Aichhofer, sondern von der ganzen Bevölkerung des Bezirkes Deutschlandsberg. Ich gebe zu, daß ich im Vorjahr diese Frage eher als einen Beitrag zur notwendigen Öffentlichkeitsarbeit gesehen habe. Nach meinem Informationsstand war vor einem Jahr erstens die Notwendigkeit zur Versorgung des Raumes Deutschlandsberg bereits außer Streit und zweitens war die Form der Finanzierung weitgehend geklärt. Man hat sich darauf geeinigt, daß sowohl Deutschlandsberg als auch Rottenmann ein Bauvolumen umfaßt, das noch über eine Leasing-Finanzierung möglich erscheint. (Abg. Prof. Doktor Eichinger: „Haben Sie sich nicht gesorgt?“) Ich unterstreiche das nur und bestätige das. Ich darf auch unterstreichen, daß es uns natürlich in erster Linie um die ärztliche Versorgung des Raumes geht, aber dazu kommt, meine Damen und Herren, und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, der Faktor, daß wir doch eine sehr kritische Arbeitsbeschäftigtenlage im Bezirk Deutschlandsberg haben. Das brauche ich hier nicht breittreten, Sie wissen das, Sie kennen die Arbeitslosenraten, Sie kennen die Pendlerraten. Das Konzept hätte es zumindest zugelassen, vielleicht geht es noch, daß man den Bau sinnvollerweise direkt an das Bauvorhaben, das für unsere Begriffe große Bauvorhaben des Bundesschulzentrums Deutschlandsberg anschließt. Um diesen Anschluß zu gewährleisten, wo immerhin eine große Anzahl Firmen und mit diesen Firmen über 200 Menschen schon in dieser Bauphase Arbeit finden würden, hat es einen ganz konkreten Vorschlag der Stadtgemeinde Deutschlandsberg gegeben, einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluß vom 24. Februar 1977, ich betone das, der dem Land folgendes Anbot unterbreitet hat: Also, gerafft geschildert, würden auf einem der Gemeinde gehörenden Areal von ca. 70.000 Quadratmetern das Krankenhaus mit 240 Betten nach Plänen der Firma Siemens errichtet werden. Die Stadtgemeinde Deutschlandsberg würde die erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 260 Millionen Schilling im Kreditwege beschaffen, während das Land die Ausfallhaftung übernehmen müßte. Die Leasing-Rate hätte sowohl die Darlehensrückzahlung als auch die Kosten des Grundstückes zu enthalten. Als Bauherr würde, wie beim Bundesschulzentrum, die Stadtgemeinde Deutschlandsberg auftreten, die Planung sowie die Bauaufsicht würde unter Einflußnahme des Landesbauamtes und der Rechtsabteilung 12 erfolgen. Ähnlich wäre der Vorgang in Rottenmann, mit dem Unterschied, daß eben ein vorhandenes Projekt ausgebaut würde; auch dort würde, nachdem formalrechtliche Regelungen durchgeführt werden, die Stadtgemeinde Rottenmann in Form einer Leasing-Finanzierung bzw. das Land den Bau ermöglichen. Die Stadtgemeinde Rottenmann müßte durch Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes Steiermark ebenfalls in die Lage versetzt werden, 125 Millionen Schilling bei Geldinstituten aufzubringen. Das fertige Bauwerk würde sodann vom Land Steiermark

in einem Leasing-Vertrag von der Städtgemeinde Rottenmann angemietet werden. Dieser Leasing-Vertrag müßte weiters beinhalten, daß die gesamte Verwaltung des Bauwerkes durch das Land Steiermark als Rechtsträger des Landeskrankenhauses besorgt wird und auch alle Betriebskosten direkt vom Land bezahlt werden.

Wenn ich hier gleichzeitig mit Deutschlandsberg für Rottenmann eintrete, so aus zweierlei Gründen: Erstens, wer die Verhältnisse dort kennt, weiß, daß sowohl für Patienten als auch für Personal die Zustände einfach nicht länger tragbar sind und zweitens, weil eben eine Leasing-Finanzierung eine umgehende Sanierung ermöglichen könnte.

Ich darf abschließend nur noch sagen, daß in beiden Fällen, wenn ich hier keinerlei parteipolitische Interessen (Abg. Ing. Stoisser: „Ein menschliches Wort!“), sondern ein gemeinsames Anliegen vorbringen sollte, eigentlich nur mehr wirklich kleine Schritte zu tun sind, damit endlich mit dem Bau bzw. mit der Sanierung begonnen werden kann.

Ich darf hier abschließend ganz kurz feststellen — für meinen Kollegen Aichhofer feststellen —, daß es zur Zeit weder am zuständigen Referenten noch am Finanzreferenten liegt. (Landesrat Dr. Krainer: „Warum schauen Sie zu mir?“ — Abg. Zinkannell: „Im Zweifelsfalle immer Krainer!“) Ich weiß nicht, warum anläßlich einer Finanzausschusssitzung im Frühjahr die OVP plötzlich Parteienverhandlungen verlangt hat, nachdem bereits ein einstimmiger Regierungsbeschluß vorlag. Diese Parteienverhandlungen haben leider bis heute noch nicht stattgefunden. Es wäre für mich jetzt reizvoll, heute ein Datum zu verlangen. Ich möchte das nicht tun. (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe gesucht, wer da zuständig ist. Ich kann mich nur erinnern, wer die Parteienverhandlungen verlangt hat. Ich kann mich noch gut erinnern. (Abg. Doktor Schilcher: „Irgendeiner ist sicher schuld!“) Ich möchte das nicht tun, ich möchte nur wirklich bitten, daß man außer dem Problem der ärztlichen Versorgung, ich betone, meine Damen und Herren, auch die Beschäftigungssituation berücksichtigen möge. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist erfreulich, daß sich zum Budgetkapitel Gesundheitspolitik viele Abgeordnete zu Wort gemeldet haben. Sicher nicht zuletzt deshalb, weil gerade für dieses Budgetkapitel beachtliche Mittel ausgegeben werden und im Landtag auch darüber eingehend beraten werden soll. Wenn in städtischen Bereichen und Ballungszentren die Gesundheitseinrichtungen zur Selbstverständlichkeit geworden sind, so haben auch die Landgemeinden ein gleiches Anrecht darauf. Wir haben daher bei der Beschlußfassung dieses Budgets einen Resolutionsantrag zur Verbesserung der gesamtärztlichen Versorgung eingebracht, der Versorgung mit praktischen Ärzten, Fachärzten und insbesondere Zahnärzten.

Es sei mir gestattet, dazu auch einige Zahlen zu bringen. Es gibt in städtischen Bereichen um viermal mehr Zahnärzte, um dreimal mehr praktische Ärzte und sogar um achtmal mehr Fachärzte als in Landgemeinden. Das ist sicher leicht zu erklären, denn dort, wo es Ballungszentren gibt, wird sich auch die Ärzteschaft eher niederlassen als am Lande. Es ist daher zu begrüßen, daß das Land Steiermark mit der Beschlußfassung des Distriktsärztegesetzes einen neuen, sehr modernen Weg gegangen ist. Mit Förderungsmitteln des Landes und der Ärztekammer wird damit die Ansiedlung von jungen Ärzten in den ländlichen Bereichen gefördert. Die Versorgung mit praktischen Ärzten, Fachärzten und Zahnärzten am Lande ist in anderen Bundesländern zum Teil deutlich besser, aber in den Bundesländern Burgenland und Vorarlberg noch wesentlich schlechter. Wir wissen aber auch, daß die gesundheitliche Versorgung, und hier vor allem die Ansiedlung von Ärzten am Lande, nicht von heute auf morgen vorangetrieben werden kann. Mit Sorge verfolgen wir eine Entwicklung, die uns zeigt, daß gerade praktische Ärzte mit Planstellen der Krankenkassen schon in ein Alter geraten, wo ihnen sicher nicht mehr ein voller Einsatz zuzumuten ist. Wir wissen aber, daß diese Frauen und Herren, die als praktische Ärzte am Land tätig sind, trotz ihres fortgeschrittenen Alters immer wieder bereit sind, bei Tag und Nacht den Patienten zu helfen und dort zu helfen, wo sie gerufen werden. Ich möchte all diesen Ärzten den herzlichen Dank dafür aussprechen. Der Arzt oder der Doktor am Lande genießt in der Gesellschaft des Dorflebens mehr Wertschätzung als in den städtischen Bereichen.

Es wäre zu wünschen, daß außer Zahnärzten am Lande auch vermehrt Kinder-, Frauen- und Röntgenfachärzte angesiedelt werden. Wir wissen, daß Fachärzte in Landgemeinden vielfach nicht einzeln Ordinationen einrichten können, weil sie sehr teuer sind. Es wurde heute schon die Anregung von Gemeinschaftspraxen gemacht, und hier möchte ich diese Anregung ganz besonders für die Landgemeinden unterstreichen. Wir möchten uns wünschen, daß ein Arztedarfsplan und in Ergänzung dazu selbstverständlich der lang geforderte Krankenanstaltenplan endlich der steirischen Bevölkerung offeriert werden kann. Diese Forderungen sind ja zum wiederholten Mal von Abgeordneten dieses Hauses verlangt worden.

Für eine bessere Gesundheitspolitik am Lande wäre wohl vordringlich, die Heimkrankenpflege zu forcieren. Hier wäre anzuregen, daß die Gebietskrankenkassen und Sozialversicherungen finanziell mithelfen. Wir wissen, wie schwer das ist, denn verschiedene Sozialversicherungsträger sind finanziell ohnedies ausgelastet und überlastet. Man sollte aber, um einen sozialen Ausgleich schaffen zu können, hier wenigstens den Versuch anstellen.

Für die Landbevölkerung wäre der Betriebs-, Haushalts- und Familienhilfsdienst noch weiter auszubauen und finanziell dort und da noch deutlicher zu unterstützen. Ich danke aber dem Land Steiermark für die maßvolle Unterstützung und es wäre zu wünschen, daß auch von den Bundesstellen —

ich möchte dabei nicht polemisch werden — ein gebührender Anteil geleistet wird.

Wir wissen, daß die Zentral- und Regionalkrankenhäuser wichtig sind. Wir möchten aber in Erwähnung bringen, daß die Standardkrankenhäuser zur Entlastung der großen Krankenhäuser dringend notwendig sind und daß eben diese kleineren Krankenhäuser überschaubarer und dadurch in der kommerziellen Führung sicherlich billiger sind als große Monsterkrankenhäuser. Wir sollten aber bestehende Krankenhäuser nicht nach dieser Richtung hin noch weiter zu Großkrankenhäusern ausbauen. Wir freuen uns daher, daß die Errichtung von neuen Krankenhäusern in ländlichen Bereichen, in Deutschlandsberg und in Rottenmann, angestrebt wird.

Eine dringliche Angelegenheit wäre die Freigabe von Planstellen der Krankenkassen für Gemeinden bis 3000 oder meinetwegen bis 5000 Einwohner, um damit zu erwirken, daß sich vor allem jüngere Ärzte, also Ärzte, die neu eine Praxis eröffnen, auf das Land begeben.

Notwendig wäre für die Landbevölkerung der Ausbau des ärztlichen Not- und Funkdienstes. Wir haben hier ein Beispiel in Kärnten, das einigermaßen gut funktioniert.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Rettung, Fachärzten und Krankenhäusern wäre zu erwägen, und zwar in der Form, daß auch bei dringendem Fachärztebedarf die Rettung für die Lieferung der Patienten zu Fachärzten eingesetzt werden kann, insbesondere bei der ambulanten Behandlung von Kindern und Frauen.

Die bäuerliche Bevölkerung muß wohl mit aller Deutlichkeit den Zahnärztevertrag für die Sozialversicherung der Bauern, der schon jahrelang immer wieder von den Vertretern der Bauernschaft verlangt wird, fordern. Das Muttergeld, eine sozialpolitische und gesundheitspolitische Frage, eben das Karenzgeld, muß auch für die Bäuerin Selbstverständlichkeit werden. In den Landgemeinden leben keine anderen Menschen als in den städtischen Bereichen und Ballungszentren. Gesundheitspolitische Maßstäbe, wie sie in der Stadt längst schon Selbstverständlichkeit sind, müssen daher auch für die Landbevölkerung in Anwendung gebracht werden.

Nicht mit mehr Geld wird eine bessere oder noch bessere Gesundheitspolitik gemacht, sondern durch mehr Beziehung zum Patienten, zum kranken und auch zum gesunden Menschen. Es wäre zu hoffen, daß die Gesundheitspolitik keine parteipolitische Frage, sondern für alle Gebietskörperschaften eben eine dringende Aufgabe ist und daß Bund, Land und Gemeinde gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden. Das soll für uns im Hohen Hause des Steiermärkischen Landtages auch eine Selbstverständlichkeit sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimmler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bezirk Liezen kann mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß der Voranschlag 1978 für den

weiteren Ausbau des Landeskrankenhauses Rottenmann eine Sonderfinanzierung vorsieht. Ich danke dem Kollegen Kohlhammer dafür, daß er sich auch in seiner Wortmeldung für das Landeskrankenhaus Rottenmann und seinen Ausbau verwendet und eingesetzt hat. (Präs. Ileschitz: „Er ist ja ein steirischer Abgeordneter!“) Sowieso! Ich möchte meine Ausführungen zur seinerzeitigen Vorlage über den Ausbau des Landeskrankenhauses Rottenmann nicht wiederholen, sondern nur die Dringlichkeit dieses Ausbaues noch einmal mit der Tatsache unterstreichen, daß Teile des Bezirkes Liezen weiter vom Krankenhaus Rottenmann entfernt sind als viele Gebiete der Steiermark vom Landeskrankenhaus Graz. Ich erlaube mir, die damals an Herrn Landesrat Bammer gestellte, aber nicht beantwortete Frage zu wiederholen, wie weit die Verhandlungen mit der VOEST-Alpine bzw. über die Finanzierung überhaupt gediehen sind und wann mit einem Weiterbau gerechnet werden kann.

Meine Damen und Herren, ein mehrwöchiger Krankenhausaufenthalt im Vorjahr und die dabei gemachten Beobachtungen haben mich veranlaßt, mich von der Warte eines Laien aus ein wenig mit der Problematik der Krankenanstalten zu befassen. Mir ist dabei klar geworden, daß die Schaffung eines zentralen Spitalfonds, wie er derzeit zur Debatte steht, mit den zusätzlichen Mitteln, wie es heißt von je 800 Millionen Schilling Bund und Krankenkasse, nicht geeignet ist, das Problem auf Dauer zu lösen. Mein Kollege Turek hat das ja auch schon in seiner Generalrede erwähnt, weil ich meine, daß jede Einnahmenerhöhung nur eine zeitlich begrenzte Entlastung bringen kann und der Beweis dafür wurde in der Bundesrepublik Deutschland erbracht, wo trotz eines im Jahre 1973 beschlossenen Finanzierungsgesetzes die Kostenexplosion nicht in den Griff zu bekommen war und derzeit ein Kostendämpfungsgesetz in Beratung steht. Die Kosten meines Krankenhausaufenthaltes zum Beispiel hätten bedeutend verringert werden können, wenn ich anstelle eines Krankenvettes ein Hotelbett in Anspruch nehmen hätte können und nur zum Tablettenschlucken, zur Blutabnahme und zum Blutdruckmessen, um das etwas krasser auszudrücken, ins Krankenhaus gekommen wäre.

Unserer Meinung nach, meine Damen und Herren, sind die Hauptursachen der Kostensteigerung vor allem im Fortschritt der medizinischen Diagnostik und der Therapie, in der Änderung des Altersaufbaues, im steigenden Leistungsanspruch in quantitativer und qualitativer Hinsicht, in der geänderten Sozialstruktur und in den geänderten Lebensgewohnheiten, um nur einige zu nennen, zu suchen. Hier in diesem Bereich wären die Lärmschädigungen im besonderen anzuführen, die zu den häufigsten Berufskrankheiten heute gehören, die große Zahl der Sport- und Verkehrsunfälle, aber auch die chronischen Erkrankungen, bei denen es infolge des technischen Fortschrittes durch Herzschrittmaher und andere Apparate ermöglicht wird, heute das Leben zu verlängern. Unter diesen Gegebenheiten, meine Damen und Herren, kann die Behauptung von Fachleuten zutreffen, die meinen, daß alles, was wir heute zur Bestreitung unserer

öffentlichen Aufgaben brauchen, um die Wende des zweiten Jahrtausends allein vom Gesundheitsdienst einschließlich Umweltschutz aufgefressen wird. Ein Krankenhaustag kostet, glaube ich, heute schon mehr als eine vierteljährliche Behandlung beim praktischen Arzt. Für uns in Österreich, und das ist heute schon erwähnt worden, kommt dazu, daß die durchschnittliche Verweildauer, auch Kollege Turek hat das erwähnt, mit 21 Tagen höher ist als in anderen Ländern. So beträgt die Verweildauer zum Beispiel in den USA sieben Tage, in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland 16 Tage. Wenn die Kosten für einen Verpflegstag — er wird mit 1200 bis 1500 Schilling angegeben — 1500 Schilling ungefähr betragen, und wenn man davon ausgeht, daß die Fixkosten 70 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, dann kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen, was es bedeutet und welche Einsparungen erzielt werden, wenn man nur einen einzigen Tag der Verweildauer herabsetzen kann. Es ist erfreulich zu hören, daß diese Herabsetzung im Bereiche des Landeskrankenhauses Graz schon erfolgen konnte. Diese Herabsetzung der Verweildauer würde außerdem für die Krankenversicherungsträger eine Einsparung bedeuten, so daß auch hier die Möglichkeit gegeben wäre, den Verpflegskostenanteil der Krankenkasse zu erhöhen, der ohnedies von 60 Prozent nach dem Kriege auf derzeit 33 bis 45 Prozent abgesunken ist. Wenn man weiter bedenkt, meine Damen und Herren, daß die österreichischen Krankenversicherungen im Jahre 1976 nicht weniger als 130 Millionen für Abfuhrmittel und 230 Millionen für Schmerztabletten ausgeben mußten, die nur zum Teil oder überhaupt nicht verbraucht worden sind, dann kann man sich auch daraus ein Bild machen, welche Einsparungsmöglichkeiten noch gegeben sind.

Wenn man aber, und ich glaube, auch das muß dabei in Betracht gezogen werden, die Menschen zum krassen Materialismus erzogen hat, dann wird es eben nicht leicht sein, hier wieder eine entsprechende Spargesinnung zu erziehen und aufkommen zu lassen. Weitere Einsparungsmöglichkeiten hat Kollege Turek in seiner Generalrede schon genannt. Ich möchte darauf nicht mehr weiter eingehen. Ich möchte nur meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß ein vernünftiges, sozial gestaffeltes System des Selbstbehaltes auf die Dauer nicht zu vermeiden sein wird.

Meine Damen und Herren, nach diesen allgemeinen Betrachtungen ein paar Anregungen aus eigener Beobachtung im Landeskrankenhaus Graz. Es scheint mir unzweckmäßig, daß in mehreren Gebäuden nur Telefonautomaten vorhanden sind, die für den Einwurf von Ein-Schilling-Stücken geeignet sind, während außerhalb der Gebäude, in der Nähe der Trafik und in der Nähe der Auskunft, Apparate aufgestellt sind, in denen auch Zehn-Schilling-Stücke verwendet werden können. (Abg. Pözl: „Das sind die sogenannten Allesschlucker!“) Meiner Meinung nach ist das Erfordernis gerade umgekehrt, weil den Patienten, die die Gebäude nicht verlassen können, das Hamstern von Schillingstücken eben nicht ganz leicht fällt. Eine Änderung, meine Damen und Herren, wäre ohne Schwierigkeiten vorzuneh-

men. Hier könnte auch nicht zur Ausrede genommen werden, daß mangelnde finanzielle Mittel die Ursache sind, weil es bräuchten nur die Apparate ausgetauscht zu werden.

Was die Grünanlagen betrifft, tut einem das Herz weh, wenn man sieht, wie unbekümmert diese besonders nach dem winterlichen Frost aufgeweichten Rasenflächen befahren und im wahrsten Sinne des Wortes umgeackert werden. Ich habe nie beobachten können, daß irgendwelche Beanstandungen erfolgt wären. (Abg. Pözl: „Es getraut sich niemand!“)

Und zum Schluß ein Hinweis zur Auskunft. Mir kommt es wie vor 100 Jahren vor, wenn die Namen der Patienten in mehreren überdimensionalen Indexbüchern vermerkt werden und ein Auffinden der einzelnen im Krankenhaus untergebrachten Patienten äußerst umständlich ist. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist Nostalgie!“) Meiner Meinung nach könnten Karteikarten, die im Durchschreibeverfahren gleich bei der Aufnahme in den Stationen ausgefertigt und zugleich mit der Mitteilung an die Verwaltung dort in die Auskunft gehen, für eine wirklich exakte Evidenzführung sorgen, die dann auch stets am laufenden wäre und wo auch die Möglichkeit einer genauen alphabetischen Einordnung gegeben wäre und das Aufsuchen erleichtern würde. Die Ausgeschiedenen könnten in einer zweiten Kartei festgehalten werden. (Abg. Pözl: „Die Entlassenen, bitte!“) Die Entlassenen.

Meine Damen und Herren, es war ein Versuch aus eigenen Wahrnehmungen und als Laie, einige Überlegungen anzustellen.

Zum Schluß vielleicht noch eine Frage an den Herrn Primarius Stepantschitz, ob nicht auch in Fällen schwieriger Diagnosen die Zusammenarbeit der einzelnen Chefs in irgendeiner Weise verbessert werden könnte. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ehrlich gesagt bin ich mir nicht ganz sicher, ob ich der Frau Abgeordneten Bischof noch das Wort erteilen soll, jetzt vor der Abendpause, weil wir an sich von 18 Uhr bis 18.30 Uhr die sogenannte Lüftungspause einschalten wollen und dann weiterberaten bis 22 Uhr, zumindest bis zum Ende der Gruppe 5. Frau Abgeordnete, ich habe überhaupt weder das Recht noch die Absicht, Ihre Redezeit in irgendeiner Weise zu beschränken. Ich möchte Sie nur aufmerksam machen, daß wir uns jetzt darauf eingestellt haben. Aber wenn Sie jetzt das Wort wünschen, bitte, sonst unterbrechen wir jetzt.

Abg. Bischof: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der dritte Gang am heutigen Tag zum Rednerpult ist wohl der schwerste, nicht nur deswegen, weil ich einen dicken Akt bei mir habe — er trägt aber die Hoffnungsfarbe grün —, sondern weil auch damit ein großes Anliegen verbunden ist. (Abg. Ritzinger: „Das ist die ÖVP-Farbe!“ — Landesrat Bammer: „Das ist schon ein veraltetes Grün!“ — Abg. Pözl: „Das ist der Akt Sebastian—Gruber: Versprechungen in Bruck!“ — Landesrat Bammer:

„Durchlöchert vom Kollegen Krainer!“) Im Zusammenhang damit, daß die Landesregierung ermächtigt wird, zur Errichtung des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg und zum Ausbau des Landeskrankenhauses Rottenmann Sonderanleihen aufzunehmen, möchte ich doch feststellen, daß der Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur nicht isoliert gesehen werden kann; wenn auch die Finanzierung aus dem außerordentlichen Voranschlag erfolgen soll. Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle aufgezeigt, daß durch eine langersehnte Vorsprache des überparteilichen Aktionskomitees am 4. November 1976 bei Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl im Beisein von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und Herrn Landesrat Doktor Krainer unser Neubau in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Dieses Komitee hat vor allem Klage darüber geführt, daß mit den Planungsarbeiten nicht begonnen wurde, obwohl Grundstücke für den Spitalsbau zur Verfügung stehen.

Unser Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian betonte ausdrücklich bei dieser Vorsprache, daß der Brucker Spitalsbau in der Dringlichkeitsstufe 1 eingereicht ist (Abg. Pözl: „Aber nur bei ihm!“ — Landesrat Bammer: „Hört, hört!“) und urgierte gleichzeitig die Aufnahme der Detailplanung, da das Projekt zweimal von der Landesregierung genehmigt wurde und auch die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen. (Abg. Ritzinger: „Dann ist doch alles in Ordnung!“) Nun ist ein volles Jahr vergangen, am Freitag hörten wir in der Finanzausschußsitzung, daß nun Herr Landesrat Dr. Krainer geneigt ist, mit der Detailplanung zu beginnen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir freuen uns darüber. Ich muß aber doch aufzeigen, welcher langer, langer Weg das ist. Vielleicht hat der Herr Landesrat Dr. Krainer gespürt, daß ich heute den Akt von der Stadtgemeinde Bruck mitnehme (Abg. Doktor Schilcher: „Der Akt steht doch unter Amtsheimnis!“), wo jeder Einblick nehmen kann, wie lange die Bemühungen der Städte, der Gewerkschaft und unserer Betriebe zurückgehen. Bis 1959, wie das in dieser Vorsprache aufgezeigt wurde. (Abg. Pözl: „War Sebastian damals schon Referent?“)

Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten ... — er ist leider nicht da. Ist Herr Landesrat Dr. Krainer da? Dann möchte ich ihm diesen Akt zum Einblick geben. (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Pözl: „Das ist ein grüner Akt mit roten Lesezeichen!“) Dazu möchte ich auch aufzeigen, daß auf Seite 11 steht, daß Herr Landesrat Gruber dem überparteilichen Komitee in Bruck an der Mur berichtet hat, daß die SPO-Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht und daß sich die ÖVP diesem Antrag angeschlossen hat. Eine Seite weiter steht auch Ihr früherer Landtagsabgeordneter Pabst, der ebenfalls im Namen Ihrer Fraktion erklärt hat, daß dieser Antrag für Bruck eingebracht wurde. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Daran ist Landeshauptmannstellvertreter Sebastian gescheitert! Er hat ja Leoben gebaut!“) Es waren viele Resolutionsanträge inzwischen, meine Damen und Herren, und viele Anfragen, Sie wissen das. Ich muß aber doch betonen, daß bis zum heutigen Tag fast 20 Jahre vergangen sind (Abg. Ritzinger: „Was hat der Herr

Landeshauptmannstellvertreter Sebastian 20 Jahre getan?“), und daß wir jetzt erst Aussicht auf die Inangriffnahme der Detailplanung haben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, es stimmt also doch, wenn unser Landeshauptmannstellvertreter Sebastian gestern gesagt hat (Abg. Pözl: „Er ist nicht mehr zuständig!“), wir müssen jahrzehntelang fordern, bis uns die ÖVP zustimmt und auf unsere Wünsche eingeht. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „In Leoben aber zugestimmt!“ — Abg. Pözl: „Wenn Papst und Bischof bei Krainer intervenieren, paßt es schon!“)

Ich möchte noch zum Schluß bemerken, daß die Obersteirer ein geduldiges Volk sind, denn sonst hätten wir längst nach Graz marschieren müssen. Aber die Obersteirer sind das ja gewohnt, daß sie auch in anderen Belangen, wie zum Beispiel bei den Straßen, über viele Jahre vernachlässigt werden. (Landesrat Dr. Krainer: „Keine Häßlichkeiten, sonst melden wir uns!“) Ich möchte aber auch noch sagen, daß der Bezirk Bruck an der Mur nach Graz die höchsten Steuer zahlt. (Abg. Nigl: „An wem das wohl liegt?“)

Wenn es nun wirklich zur Detailplanung kommt, so möchte ich doch offen sagen, dann wäre das das schönste Weihnachtsgeschenk für die Menschen in unserem Bezirk. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen nun die Verhandlungen für eine halbe Stunde. Diese werden um 18.30 Uhr wieder aufgenommen. Es besteht, wie ich schon gesagt habe, die Absicht, bis 22 Uhr durchzuhalten.

(Unterbrechung: 18 Uhr bis 18.30 Uhr.)

Zweiter Präsident Gross: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nicht die allgemeinen Krankenhausprobleme, sondern zwei Sparten des Krankenpflegefachdienstes bewegen mich, wieder das Wort zu ergreifen.

Hohes Haus, in einem gemeinsamen Regierungsbeschluß am 11. Juli dieses Jahres wurde festgehalten, daß das Rote Kreuz mit der Führung der sozialmedizinischen Dienste beauftragt werden soll. Am 17. November dieses Jahres wurde der Verein „Sozialmedizinischer Pflegedienst, Hauskrankenpflege in der Steiermark“ konstituiert. Die Geschäftsführung wurde einstweilen nicht bestellt. Im Budget 1978 ist die Ansatzpost 7670 in der Gruppe 5 mit 2 Millionen Schilling mit Sondervermerk ausgewiesen. Aber auch bei den Sonderausbildungen des Krankenpflegefachdienstes ist der sozialmedizinische Pflegedienst genannt. Der Einsatz in der Praxis wird aber sicher auch vielfach in die soziale Wohlfahrt hineinfallen. Hauskrankenpflege, Heimhilfe, mobile Krankenschwester, Familienhelferin, Gesundheitsschwester, das sind Begriffe, die in den

letzten Jahren an Aktualität gewonnen haben. Es sind aber auch Begriffe, von denen man oft nur verschwommene, ungenaue Vorstellungen hat. Der Landesverband Steiermark des Roten Kreuzes hat im September 1975 im Bezirk Judenburg mit dem Einsatz einer sozialmedizinisch ausgebildeten Diplomkrankenschwester für die Rot-Kreuz-Hauskrankenpflege begonnen. Im Jänner 1976 wurde dieser Dienst auch im Stadtgebiet von Graz eingeführt. Zur Zeit hat das Rote Kreuz in der Steiermark in Graz vier Diplomkrankenschwestern hauptberuflich, im Bezirk Judenburg eine Diplomschwester hauptberuflich und eine Diplomschwester ehrenamtlich beschäftigt. Die Arbeit dieser Diplomschwester wird von sechs ausgebildeten Pflegehelferinnen unterstützt. Der bisherige Einsatz hat gezeigt, daß für die Hauskrankenpflege ein echter Bedarf besteht, und es hat sich dieser Dienst gut bewährt. Allein im Jahre 1976 wurden in der Rot-Kreuz-Hauskrankenpflege 720 Patienten bei 4043 Hausbesuchen betreut. Wie ich weiß, haben auch viele Pfarrgemeinden sogenannte Gemeindeschwestern in einem ähnlichen Einsatz in Verwendung. Da sich überall der Einsatz der sozialmedizinischen Schwester, manchmal zwar erst nach überwundenen Anfangsschwierigkeiten, bestens bewährt, wäre es von großem Interesse für die sozialmedizinische Versorgung unserer Bevölkerung, wenn mehr Schwestern hierfür eingesetzt werden könnten. Da zu den pflegerischen Anforderungen oft noch soziale, hygienische und menschliche Probleme kommen, erleichtert eine Sonderausbildung den Einsatz. Die Krankenbetreuung wird zwar die wichtigste Aufgabe bleiben, doch sollte auch dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Beratung und Hilfe in allen Belangen der Gesundheitsfürsorge entgegengekommen werden. In vielen Ländern, z. B. Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Finnland, England, Schweiz, ist der Beruf der gemeinde- und familienbezogenen ambulanten Krankenpflegerin bereits seit Jahren integrierter Bestandteil des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens. Die Ziele sind: Entlastung der Spitäler, Entlastung der niedergelassenen Ärzte, Familienbetreuung aus sozialer und gesundheitlicher Sicht. Die Kosten einer sozialmedizinischen Schwester berechnet das Rote Kreuz nach seiner Erfahrung inklusive Fahrzeug und Materialverbrauch zirka mit 300,000 Schilling im Jahr. Sollte das Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit der Landesregierung diesen Einsatz übernehmen, wäre auch kein Verwaltungs- und Organisationsaufwand von seiten der öffentlichen Hand erforderlich. Außerdem werden Erfahrungswerte eingebracht. Der Budgetansatz würde, käme Punkt 15 des Sondervermerkes zum Tragen, den Einsatz von fünf bis sechs sozialmedizinischen Schwestern ermöglichen, er fordert aber auch die Bestellung der Geschäftsführung des Vereines „Sozialmedizinischer Pflegedienst, Hauskrankenpflege in der Steiermark“, noch dazu, da ein gemeinsamer Regierungsbeschuß ja schon vorliegt. Ob der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Einsatzes und der Verwendung der sozialmedizinischen Schwester hängt dieser Sondervermerk, da dadurch die Realisierung dieser Einrichtung in Frage gestellt ist, und vor allem wird die Bevölkerung eventuell noch

länger auf Hilfe warten müssen. Deshalb mehr Geld und mehr Aktivität für den Verein „Sozialmedizinischer Pflegedienst, Hauskrankenpflege in der Steiermark“. (Beifall bei der SPO.)

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, noch zu einem zweiten Punkt lassen Sie mich sprechen. In der Gruppe 5 gibt mir die Ansatzpost 5421 wieder Anlaß, zur Fort- und Weiterbildung des Krankenpflegefachdienstes zu sprechen.

Eine gute Ausbildung ist sehr wichtig. Es ist heute unmöglich, eine leitende Position im Krankenhaus ohne die Vorbedingungen einer guten Ausbildung zu haben. In den Erläuterungen sind die Sonderausbildung und Fortbildung für den Krankenpflegefachdienst angeführt. Der Betrag von über einer Million Schilling erscheint hoch, vor allem deshalb, weil ja dazu noch die Gehälter kommen, die voll weiter bezahlt werden und nur im Personalsektor aufscheinen. Wenn man aber bedenkt, daß noch immer die Schwestern, die sich zu Lehr- und Oberschwester ausbilden wollen, dazu nach Wien gehen und dort diese Ausbildung über einen Verein absolvieren müssen, ist dies unverstänlich. Da der Lehrplan dieser Ausbildung fixiert ist, finde ich persönlich dies als Degradierung der steirischen Institute und Einrichtungen. Wir haben in der Steiermark viele gute Möglichkeiten und es werden hier ja auch gute Ärzte ausgebildet. Nach wie vor erlaube ich mir den Wunsch nach einer steirischen Ausbildungsstätte für lehrendes und leitendes Krankenpflegepersonal auszusprechen und möchte ihn hier deponieren. Wenn man das Budget mit den vielen Ausgaben für Sonderausbildungen im Spitalsektor durchsieht, so kann die berechtigte Forderung steirischer Schwestern gerade in der Universitätsstadt Graz nicht unrealisierbar sein. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Aichhofer.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich hatte schon des öfteren die Möglichkeit, hier über das Spital Deutschlandsberg zu sprechen. Aber gerade heute tue ich es sehr gerne, denn in den vergangenen Jahren wurde uns nie zugesagt, wann wir Aussicht haben und wann mit dem Bau in Deutschlandsberg etwa begonnen werden soll. Viele Interventionen, Vorsprachen von Bürgermeistern, Unterschriftenaktionen haben anscheinend doch dazu beigetragen, daß sich die Herren der Landesregierung irgendwie geeinigt haben, eine Finanzierungsbasis zu schaffen. Trotz der schwierigen Budgetlage sehen wir im Voranschlag, daß der Bau des Krankenhauses in Deutschlandsberg und auch in Rottenmann gesichert erscheint. Ich möchte allen Herren der Landesregierung, die dafür zuständig waren und sind, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl, einen herzlichen Dank aussprechen.

Ich möchte aber auch Ihnen, verehrte Damen und Herren, recht herzlich danken, denn durch Ihre Zustimmung ist es ja erst möglich, mit dem Bau in Deutschlandsberg zu beginnen. Eines, verehrte Da-

men und Herren, ist auch: Wir sind, wie der Herr Kollege Kohlhammer schon ausgeführt hat, arbeitsmarktpolitisch gesehen der schwächste Bezirk in der Steiermark. Durch den Neubau helfen Sie uns arbeitsmarktpolitisch sehr. Nicht nur während der Bauzeit, denn auch nachher, wenn einmal das Krankenhaus in Betrieb genommen wird, werden gesicherte Arbeitsplätze dort aufscheinen. Ich möchte Ihnen allen ein schlichtes, aber vom Herzen kommandes „Vergelt's Gott“ sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Primarius Dr. Piaty. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf die Pflichtrede des Herrn Abgeordneten Loidl nicht in extenso eingehen, sondern ich möchte ein einziges Wort, einen einzigen Begriff herausnehmen, nämlich die Frage, was die Finanzierung von Krankenhäusern mit Grundsätzen zu tun hat. Eine Frage, die übrigens auch ein Journalist in einem Artikel einer steirischen Tageszeitung geschrieben hat. Es gibt nun einmal Blinde, denen es sehr schwer darzustellen ist, welchen Wert die Farbe hat.

Aber beginnen wir mit dieser Frage. Daß ein Abgang oder ein Defizit von 8 Milliarden Schilling, das ist die Summe im österreichischen Krankenhauswesen, gedeckt werden muß, das ist uns allen klar. Erst in der Frage, wie diese Deckung stattfinden soll, müßten sich eigentlich die Geister trennen. Meine sehr Geehrten, 97 Prozent der Bevölkerung sind krankenversichert und dementsprechend sind die Hauptbenutzer der Krankenhauseinrichtungen Krankenversicherte. Es würde sich daher die logische Beantwortung ableiten, daß der Benutzer, der Inanspruchnehmer, für die vollen Betriebskosten aufzukommen hat. Das geschieht derzeit nicht, das wissen Sie. In Österreich pflegen im Schnitt die Krankenversicherungsträger etwa 50 Prozent der Betriebskosten zu decken und nur die restlichen 50 Prozent werden durch Steuermittel gedeckt. Wenn ich also die Deckung dieser Betriebskosten finden will, wäre — wenn ich bitte das Versicherungsprinzip vertrete, nämlich das Versicherungsprinzip, das von der Solidarität der Versicherten getragen wird — die Konsequenz eine Beitragserhöhung der Krankenversicherung. In der deutschen Bundesrepublik, in der eine sozialdemokratisch-liberale Koalition den Staat regiert und wo von dieser Mehrheit ein Krankenhausfinanzierungsgesetz beschlossen wurde, ist dieser Weg beschritten worden. Dort deckt die Krankenkasse in vollem Umfang die gesamten Betriebskosten eines Versicherten im Krankenhaus. Allerdings, meine sehr Geehrten, während bei uns der Beitragssatz beim Arbeitnehmer bei 6 Prozent liegt, liegt in der deutschen Bundesrepublik dieser bei 11 Prozent.

Wer diesen Weg des Versicherungsprinzips nicht gehen will, der geht den Weg des versorgungsstaatlichen Prinzips, so wie es der Herr Bundes-

kanzler und der Herr Sozialminister ja auch vorantstellen, nämlich der Steuerzahler wird über das Umverteilungsprinzip herangezogen, die fehlende Bedeckung im Krankenhaus herbeizuführen. Daß das Konsequenzen hat, meine sehr Geehrten, nämlich gesellschaftspolitische Konsequenzen, das liegt auf der Hand. Darüber hinaus wird auch das Prinzip des Föderalismus durch eine Konstruktion eines zentralen Spitalsfonds auf das größtenteils verletzt. In einem Fonds, in dem die Ländervertreter in der Minderheit sind, in einem Fonds, der alle Möglichkeiten der Investitionslenkung, der Betriebslenkung und der Einsichtnahme in die Betriebsführung offen läßt. Mit diesem Fonds wird, wenn er Wirklichkeit wird, der Enteignung der Länder der erste entscheidende Schritt gesetzt. Es wird letztlich das verwirklicht, was im Eigentumsbegriff des neuen sozialistischen Programms drinnensteht, daß nämlich nicht das juristische Eigentum von Bedeutung ist, sondern das Verfügungsrecht. Übertragen auf die Krankenhäuser würde das heißen, die Länder und Gemeinden bleiben juristisch Eigentümer der Krankenhäuser, aber sie haben das Verfügungsrecht weitgehend verloren. Das bitte zum Grundsätzlichen.

Sie können sich vorstellen, daß es, wenn ich auf das Prinzip des versorgungsstaatlichen Denkens zurückgreife, eine Reihe von uns hier in diesem Kreis geben wird, die, wenn das Wirklichkeit wird, für die Finanzierung des Krankenhauses dreifach herangezogen werden: Durch die Krankenversicherungsbeiträge, durch eine relativ vermehrte Steuerleistung und noch durch die Zahlungen bei einer Privatversicherung.

Und damit möchte ich Ihnen ein Stichwort geben: Nämlich die Finanzierung des Krankenhauses durch die Privatversicherung. Und hier — das stehe ich nicht umhin zu sagen — glaube ich, auf eine Reihe schwerwiegender Versäumnisfehler in der Steiermark, nämlich in der Finanzierung durch die Privatversicherung, hinzuweisen.

Sie werden sich fragen, wie ich darauf komme. Nun, ich bin selbst ein Privatkrankenversicherter, und mir ist in den letzten Jahren nur aufgefallen, daß die Prämien in diese Versicherung exorbitant gestiegen sind. Als die Prämienhöhe für mich und meine Familie die Zweitausend-Schilling-Grenze erreicht hat, habe ich diese Versicherung angeschrieben. Ich habe sie ersucht, sie möge mir mitteilen, um welchen Satz seit dem Jahre 1967 — also seit zehn Jahren — diese Prämien gestiegen sind und was die Grundlage ihrer Prämienberechnung ist. Und, meine sehr Geehrten, das halte ich jetzt für ganz wichtig — schade, daß der Herr Finanzreferent nicht hier ist, daß er das nicht hört —, diese Versicherung teilte mir in einem sehr freundlichen Brief mit, daß in diesen zehn Jahren die Prämien um insgesamt 350 Prozent erhöht wurden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Für die Gesundheit ist nichts zu teuer, das haben Sie immer mit großem Applaus selbst gesagt!“) Was vielleicht noch interessanter ist, warum das so ist: Sie schreiben: „Anschließend geben wir noch bekannt, daß bei der Berechnung der Anpassung bei dem Ihren Vertrag zugrunde liegenden Tarif TO 60 nicht die Kostenentwicklung der steirischen Landeskrankenhäuser zugrunde ge-

legt wurde, sondern jene der Wiener.“ Das heißt, mit jeder Tarifierhöhung der Wiener wird automatisch auch der steirische Tarif, das heißt, die Prämie erhöht, ohne daß zugleich die steirischen Tarife erhöht werden.

Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat Ihnen bereits Ziffern gesagt. In der Steiermark hat durch Unterlassungsfehler vieler Jahre das Land Steiermark auf viele Millionen verzichtet, denn, meine sehr Geehrten, das kann nicht gesund sein. Ich bleibe jetzt beim Beispiel der Blinddarmoperation, das ist Operationsgruppe 4, die in der Steiermark von den Privatversicherungen mit 1470 Schilling bezahlt wird; von diesen 1470 Schilling bleiben 646,80 Schilling dem Land Steiermark und 823,20 Schilling insgesamt den Ärzten, das heißt, den Primärärzten und den Beihilfe leistenden Ärzten. Nur diese Ziffer von 823,20 Schilling — Blinddarmoperation —, die die Ärzte bekommen. Ich bitte dies als Vergleich zu folgenden Ziffern zu nehmen: Burgenland: 6400 Schilling reines Arzthonorar für die Blinddarmoperation, Niederösterreich: 5600 Schilling, Oberösterreich: 2352 Schilling, Wien — wurde schon zitiert —: 9200 Schilling, in Relation zu 823,20 Schilling in der Steiermark. Wenn ich sage, daß mit diesem Verzicht nicht nur die Ärzte betroffen wurden, sondern auch das Land Steiermark, muß ich ernstlich die Frage stellen, woran haben die Verhandler, die die Interessen des Landes Steiermark zu vertreten hätten, gedacht, als sie mit den Privatversicherungen solche Verträge abgeschlossen haben. Das paßt dann dazu, daß wir auch etwa in den Ambulanzgebühren jahrelang völlig auf der Stelle treten, daß etwa die niedergelassenen Ärzte von den Krankenkassen — von der Gebietskrankenkasse — einen Fallwert von 188 Schilling einschließlich aller Röntgen- und Laborleistungen für ein Vierteljahr bekommen, sich aber die steirischen Krankenanstalten mit 100 Schilling begnügen. Daß hier sozusagen die Finanzierung im eigenen nicht in Ordnung ist, glaube ich, hier ruhig in den Raum stellen zu können, und ich glaube selbst, daß Sie das auch verstehen und bejahen werden, und daß man, wenn finanziert werden soll und finanziert werden muß, in erster Linie im eigenen Haus Ordnung halten sollte unter dem Motto: „Hilf dir selbst, dann hilft dir vielleicht auch der liebe Gott!“

Ein zweites Thema — auch kein Ruhmesblatt für die Steiermark: Das ist die Versorgung mit Narkoseärzten. Sie wissen, daß wir hier Narkoseärzte ausbilden und daß Narkoseärzte heute zum Unumgänglichen gehören, etwa im gesamten operativen Bereich. In Wien kommt auf 11.000 Einwohner ein Narkosearzt. In der Steiermark sind es bitte 22.000 Einwohner auf einen Narkosearzt. Es gibt in Österreich 128 operative Anstalten, von denen nur mehr 23 keinen Narkosearzt haben, aber von den 23 sind allein acht steirische Krankenanstalten. Es gibt keinen Narkosearzt in Feldbach, Judenburg, Knittelfeld, Mürzzuschlag, Mariazell, im städtischen Krankenhaus Weiz, im Unfallkrankenhaus Kalwang und im Ordensspital von Vorau. Es gibt überhaupt nur drei Spitäler, nämlich Graz, Leoben, Bruck, wo man sagen kann, daß jederzeit zu jeder Stunde ein Anästhesist verfügbar ist, während in allen ande-

ren Krankenhäusern meistens nur ein Anästhesist zur Verfügung steht, der natürlich nicht 24 Stunden rund um die Uhr immer Dienst machen kann. Es ist ein reiner Zufall, wenn es jemandem passieren sollte, einen Straßunfall zu erleiden, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert wird, in dem er durch einen Anästhesisten versorgt wird oder vielleicht gerade durch den jüngsten Turnusarzt, der also zur Narkosevornahme abgestellt wird. Und das, bitte, zu einem Zeitpunkt, wo Graz von Feldkirch in Vorarlberg bis nach Güssing im Burgenland, bis nach Oberösterreich hinauf ausreichend andere Bundesländer mit Anästhesisten versorgt. Es müßte daher hier mit allem Nachdruck die Forderung vertreten werden, daß jedes Krankenhaus mindestens zwei Narkoseärzte hat und daß man regional mehrere Krankenhäuser zu Versorgungsstützpunkten mit einem eigenen anästhesiologischen Primariat einrichtet.

Und ein Drittes. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie spielen ein doppeltes Spiel!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein dritter Punkt. (Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Meine Herren, Ihre Zwischenrufe gehen über das Ausmaß von Zwischenrufen hinaus. Bitte, das Wort hat der Herr Abgeordnete Piaty!“)

In der Budgetpost 0432, 0433 werden jene Beträge ausgewiesen, die für die Anschaffung medizinischer Apparate und Geräte notwendig sind. Ich habe mir die Mühe gemacht, von allen Krankenanstalten diese Summen zu addieren und komme auf eine Ziffer von etwas über 27 Millionen. Bei einem Gesamtausgabenrahmen von 2,6 Milliarden Schilling werden lediglich 27 Millionen, das ist etwas mehr als ein Prozent, für medizinische Apparate und Geräte ausgegeben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sind Sie jetzt belehrt worden?“) Ich sehe ein, daß man in den vergangenen Jahren vielleicht gedankenlos zu sehr da und dort Geld ausgegeben hat. Auch im Krankenhauswesen, insbesondere bei der Errichtung, beim Ausbau und beim Neubau von Krankenhäusern, nämlich wegen der Folgekosten, die sich daraus entwickeln. Ich warne aber eindringlich, wenn man glaubt, daß man gerade dort sparen muß, wo sich die weitere Entwicklung der Medizin widerspiegelt. Ich weiß schon, daß in der medizinischen Versorgung Apparate nicht alles sind und daß der Mensch und die Aussprache und der menschliche Kontakt das wesentliche ist. Aber die moderne Medizin läßt sich ohne ein Minimum an apparativer Ausrüstung nicht verwirklichen. Es wäre ganz gefährlich — ich sage das ausdrücklich im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung und vielleicht auch im Gegensatz zu manchem, was hier geäußert wurde —, wer glaubt, gerade in diesem Bereich sparen zu können, spart am falschen Platz, denn ich kann zwei, drei Jahre den apparativen Bedarf künstlich zurückdrängen, im vierten Jahr wird aber die Forderung nach Apparaten, wird die Notwendigkeit, alte Apparate zu ersetzen, die Notwendigkeit mit der Medizin weiter mitzugehen, um so stärker und um so imperativer auftreten und wird dann noch größere Kosten verursachen. Meine sehr Geehrten, was Sie heute an Geräten kaufen, ist billiger als in zwei oder drei Jahren. Ich würde

meinen, daß man hier ernstlich Überlegungen anstellen sollte, wie man ein Minimum an apparativer Ausrüstung in unseren Krankenhäusern erreichen sollte. Ich kann aus eigenen, persönlichen Erfahrungen sagen, daß im Vergleich zu Wiener Krankenanstalten, die ich kenne, die steirischen Krankenanstalten in manchen Bereichen unterdotiert und mangelhaft ausgerüstet sind. Ich würde Ihnen, Herr Referent der Landesregierung, Herr Finanzreferent, einen Vorschlag machen:

Die Ärztekammer für Steiermark hat einen Pensionsfonds. Sie hat gewisse Sorgen, ihre Gelder anzulegen. Wir wären gerne bereit, dem Land Steiermark einen Kredit zu geben, allerdings mit einer einschränkenden Widmung, nämlich diesen Kredit heranzuziehen, um die steirischen Krankenanstalten apparativ so auszurüsten, daß sie in allen Bereichen den Anforderungen einer modernen Medizin nicht zuletzt im Interesse der steirischen Bürger gerecht werden. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Doktor Schilcher.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich mich nach diesen fundierten Worten eines Fachmannes melde, dann habe ich eigentlich nur die Legitimation, ein potentieller Patient (Abg. Gerhard Heidinger: „Wo fehlt es denn?“) in diesen Spitälern zu sein. (Landesrat Bammer: „Das sind wir alle!“) Ich darf also als solcher dazu sprechen. Ich habe heute vormittag sehr gut aufgepaßt und habe, wie der Herr Abgeordnete Heidinger schon gesagt hat, eine ideologische Schulung mitgemacht. Ich habe der Frau Abgeordneten Bischof zugehört und mitbekommen, daß progressiv jene Bundesländer sind, die den Nulltarif haben, das heißt also, die eine möglichst leichte Hand in der Ausgabe von Steuergeldern beweisen. (Abg. Bischof: „Ich habe Niederösterreich mit der Steiermark verglichen!“) Gemessen an dieser Form von Progressivität glaube ich, sind die Spitalsverantwortlichen der Bundesländer die Progressivsten, weil die geben, wie man sieht, am meisten Steuergelder aus. Bei uns sind es jetzt schon 760 Millionen Schilling Defizit im steirischen Bereich. (Abg. Heidinger: „Das ist gut! — Das Defizit verantwortet Bammer, das andere die OVP!“) Und wenn man die Debatte verfolgt hat, so als Außenstehender, ich bin ja wirklich kein Fachmann in Sachen Spital, da hat man den Eindruck, daß es sich eigentlich um ein Pokerspiel oder um ein Schwarz-Peter-Spiel handelt. (Abg. Loidl: „Das habe ich Ihnen schon erklärt!“) Die Sozialversicherung — und bisweilen kommt dann jemand in das Nestroysche Problem, Herr Abgeordneter Loidl, oder i, wenn er der Sozialversicherung angehört und dem Landtag nicht — also die Sozialversicherung spielt den Ball an die Länder oder an den Bund, die spielen den Ball zurück an die Gemeinden und da kommt er dann wieder zur Sozialversicherung.

Tatsache ist aber doch — und das glaube ich, interessiert die Menschen draußen —, daß es so nicht weitergehen kann. Daß man einfach Reform

mit jährlich ein paar Millionen mehr nicht mehr bewerkstelligen kann. Das kann nicht der Inbegriff der Gesundheitspolitik sein, daß man sagt, irgendwer muß ein paar hundert Millionen oder Milliarden mehr aufbringen. Ich habe daher Bedenken, wenn der Herr Abgeordnete Loidl einfach sagt, die Geldfrage ist die Kardinalfrage der Gesundheitspolitik. Wenn das wirklich so ist, dann werden wir diese Frage Jahr für Jahr immer wieder neu stellen und immer wieder neu beantworten müssen, ohne daß sich irgend etwas ändert. Ich glaube dagegen, daß wir vor einem anderen Problem stehen, nämlich, daß eigentlich vor unseren Augen ein System kollabiert, ein ganzes System. Schauen Sie, die Ärzte haben uns jahrzehntelang als Spiegel ihres Fortschritts die durchschnittliche Lebenserwartung vorgehalten und gesagt: Schauen Sie, die steigt, die steigt, wir sind ein gesundes Volk. Na, die sinkt bereits wieder. Die durchschnittliche Lebenserwartung sinkt. Sie sinkt insbesondere bei Männern, Frauen scheinen aber emanzipatorisch nachzufolgen. Sie sinkt deshalb, weil sich die Männer falsch ernähren, weil sie zuviel essen, zuviel rauchen, zuviel trinken, zu dick sind, zu wenig Bewegung machen, zuviel arbeiten (Abg. Zdarsky: „Das tun die Frauen auch!“), sie sinkt wahrscheinlich auch schon deshalb, weil unsere Jugend, wie der Herr Abgeordnete Kohlhammer heute ausgeführt hat, wenn man sie untersucht, auch schon viel zu fett ist, um es einmal ganz offen zu sagen, auch schon krank ist. Sie sinkt, weil wie wir heute gehört haben, Schule krank macht. Sie sinkt also, wie gesagt, aus vielen Gründen. Der Herzinfarkt, vor wenigen Jahren noch ein Privileg der Managerklasse, ist radikal demokratisiert worden. Heute sterben Arbeiter, heute sterben kleine Angestellte, kleine Beamte am Herzinfarkt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Und vor allem sehr viele Pensionisten!“) Wir haben eine Untersuchung vorliegen aus Graz von einem Großbetrieb, einem sehr großen verstaatlichten Betrieb, wonach 51 Prozent der untersuchten Arbeiter klinisch zu befunden wären. Das heißt also, die haben alle irgendeinen Defekt. Bitte sehr, die haben einen Defekt, weil sie erstens auch übergewichtig sind, zweitens, weil der Streß einer so monotonen Tätigkeit, wie sie eine fließbandartige Tätigkeit ist, einfach mörderisch ist. Das heißt, nicht nur unser Freizeitverhalten ist mörderisch, auch die Tätigkeit am Arbeitsplatz ist mörderisch. Wir haben das Fließband ja in die Büros exportiert, das ist etwas, was ich der Gewerkschaft immer vorwerfe, daß sie eigentlich am Arbeitsplatz nur eine Politik, mehr Geld, weniger Arbeitszeit, aber nicht Rücksicht auf die Arbeitsorganisation betrieben hat. Ich gebe zu, wir haben es auch nicht gemacht, aber die Gewerkschaft auch nicht. Wir haben eigentlich gegen das Fließband am Arbeitsplatz nichts unternommen (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt wissen wir es, seine Forderung ist das Abschaffen der Fließbänder!“), sondern es exportiert in die Büros der Beamten und der Angestellten, denn fast keiner kann sich heute noch rühmen, am Ende zu wissen, was bei seiner Tätigkeit herauskommt, und das stellt radikal die Sinnfrage: Wer in seiner Arbeit den Sinn nicht mehr

sieht, der sieht ihn halt bald im Leben auch nicht. (Abg. Preamberger: „Wir waren der erste Betrieb, der die Akkordarbeit abgeschafft hat!“) Das ist sicher ein Schritt. Nur, Herr Abgeordneter, das ist halt auch zu wenig. Ich will keine Schuld verteilen, ich will nur sagen, ich glaube, daß das Gesundheitsproblem kilometerweit vor den Toren der Spitäler beginnt und nicht erst in den Spitälern drinnen.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Steirische Akademie gehört hat. Aber dort hat der Professor Frankl, ein Individualpsychologe, und ich glaube ein sehr verdienter Mann in Österreich, festgestellt, daß die Angst vor der Sinnlosigkeit des Lebens heute eigentlich die Geißel ist, die uns bewegt. Selbst bei jungen Menschen. Wir haben den traurigen Rekord der zweithöchsten Selbstmordrate in der westlichen Welt. Wir sind die Erfinder der Sonntagsneurose, des Pensionsschocks und lauter Dinge, die wirklich zu überlegen sind. Der Herr Abgeordnete Dr. Stepantschitz hat heute vormittag von der Einsamkeit der Menschen geredet. Ich habe da sehr gut aufgepaßt. Diese Einsamkeit kann man nicht mit mehr Geld und weniger Arbeitszeit, aber auch nicht mit Scanners, mit Penicillin oder mit irgendwelchen Aspirinpillen bekämpfen. Das scheint mir wichtig zu sein. Und ich bitte, vielleicht die Geschichte unter einem größeren Aspekt zu sehen, etwa unter dem, daß die Hoffnung, dieser Fortschrittsglaube, dem wir da gehuldigt haben, so nach der Brechtschen Formel, nach dem „Fressen“ kommt automatisch die Moral, daß das eben nicht ausgegangen ist. Wir haben jetzt genug „Früssen“, wir haben Wohlstand, aber der Wohlstand macht nicht gesünder, sondern der Wohlstand macht krank, und ich kann den auch nicht wieder mit noch mehr Wohlstand verbessern. Ich glaube, das ist die Situation. Um einen direkten Bezug zum Spital herzustellen, der heute schon vom Abgeordneten Loidl angedeutet wurde — was ich, glaube ich, sehr ernst nehmen müßte —: Wer heute einsam ist, der wird auch viel leichter in das Spital eingewiesen. Bitte, oft sind Spitaleinweisungen nur begründet, weil der Arzt sieht, den betreut niemand, dem kocht niemand eine Schale Tee. Daher wird er in ein Bett eingewiesen, das wahrscheinlich 1000 Schilling am Tag kostet, weil es ein hochmedizinisch ausgestattetes Bett ist, obwohl er überhaupt keine medizinische, sondern nur eine rein menschliche Betreuung braucht. Und ich war sehr froh, ich glaube, der Herr Abgeordnete Erhart hat heute im Zusammenhang mit der Sozialhilfe von einer Wiederbelebung der Idee der Familie gesprochen. Ich glaube, daß zum Beispiel Tätigkeiten im Wohnbau, die darauf abzielen, daß es Drei-Generationen-Wohnungen gibt oder auch nur im verdichteten Bau eine Gemeinschaft, eine Nachbarschaftshilfe, das Spitalsproblem erheblich entlasten würden, wenn so einfache Betreuungsfunktionen, die heute von Schwestern ausgeübt werden müssen, in der Familie oder wenigstens in der Nachbarschaft ausgeübt werden könnten.

Nun, wenn er dann ins Spital eingewiesen wird, ist er wieder einsam der Einsame, denn die Illich-Grenze des Spitals, von der der Herr Landesrat Jungwirth heute gesprochen hat, ist längst erreicht.

Ich behaupte, daß unsere Spitäler alle sozusagen ein „Dinosaurierschicksal“ haben, ein Problem mit ihrer eigenen Größe. So wie die Dinosaurier ab einer gewissen Größe mit ihrer Größe nichts mehr anfangen konnten, so kommt mir das bei vielen Spitälern vor. Nicht nur beim Allgemeinen Krankenhaus in Wien, auch beim Landeskrankenhaus in Graz. Ich habe eher den Eindruck — und da bin ich nicht ganz der Auffassung vom Herrn Abgeordneten Dr. Piaty —, daß wir fast schon zu viele Maschinen, zu viele Apparate im Spital haben und fast zu wenig Zeit dieser Maschinisten, die sie für die Patienten aufwenden könnten. Es gibt viele Beispiele, wo ich eher den Eindruck habe, daß Ärzte Maschinen ausprobieren und nicht mehr so sehr Menschen heilen. Ich will ihnen das nicht als Bösartigkeit unterstellen. Ich glaube nur, daß die moderne Entwicklung, die immer neue, immer größere, immer bessere Maschinen anbietet, immer mehr pharmazeutische Produkte, nicht den Menschen im Mittelpunkt sieht, sondern eben leider die Maschine. (Abg. Gerhard Heidinger: „Oder nur das Geschäft und das Kapital!“) Wir geben allein im Landeskrankenhaus Graz 162 Millionen Schilling für Medikamente aus, las ich in dem Budget, das uns vorliegt.

Nun, meine Meinung also, die Spitalsreform müßte eigentlich vor den Toren der Spitäler beginnen. Wie gesagt, im Wohnbau und auch in der Schule. Bitte sehr, sie ist auch nicht gelöst, indem ich mit dem Herrn Abgeordneten Loidl sage: „Bettenzahl nicht mehr vergrößern!“ Denn solange Privatärzte, weil ihnen einfach aufgrund ihrer geringeren Apparaturausstattung weniger Vertrauen entgegengebracht wird, in das Spital überweisen, habe ich dann, wenn ich dort mit der Bettenzahl stoppe, einfach die fürchterliche Situation, daß die Leute im Gang liegen oder sonst irgendwo, oder daß ich sie abweisen muß. Das heißt, ich muß halt wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Bettenstopp etwas unternehmen, daß da nicht hineingeschoben wird. (Abg. Loidl: „Die Ärzte stoppen!“) Das heißt, ich muß auch — und das hat der Herr Abgeordnete Dr. Piaty ja oft hier im Haus betont — zur Entlastung der Spitalsreform beim Privatarzt beginnen. Ich muß den Privatarzt neu sehen, neu erziehen, und ich muß ihm wahrscheinlich andere Möglichkeiten geben, hauptsächlich die, die er hat, nämlich die Chancen des privaten Gesprächs.

Und dann noch etwas. Ich glaube, wenn ich von dieser Steirischen Akademie heute irgend etwas gelernt habe, dann war es der Eindruck, daß man Gesundheit halt nicht als Recht in dem Sinn empfinden darf, daß man die da oben verantwortlich macht, wenn es nicht klappt, sondern daß es nicht nur einen finanziellen Selbstbehalt gibt, wie ihn der Herr Abgeordnete Wimmeler erwähnt hat, sondern es gibt wahrscheinlich auch einen ideologischen Selbstbehalt. Und zwar in der Gestalt, daß man sagt, mir kann nicht jeder alle Sorgen abnehmen, mir kann nicht jeder meine Sorgen um meine Gesundheit abnehmen, ich muß auch dafür sorgen. Ich bin nicht der unmündige Patient in dem Sinn, daß mir der Arzt irgendwelche Apparate oder irgendwelche Präparate verschreibt, sondern ich bin

auch jemand, der für seine Gesundheit verantwortlich ist. Das glaube ich, ist eine ideologische Veränderung der Situation. Denn, wenn ich die jetzige Debatte anschau, dann war es doch weitgehend so, daß man gesagt hat: Na ja, irgendwann wird es oben schon geben, einen Arzt, einen Gesundheitsverwalter oder irgendeinen, der dafür sorgt, daß ich wieder gesund werde. Aus. Ich selber habe dafür weder Geld aufzuwenden, noch habe ich mich darum zu sorgen. Ich glaube, daß diese Zeit endgültig vorbei ist, und sei es nur, weil das Geld nicht mehr da ist, um solche Wünsche zu befriedigen.

Bei der Ausbildung des Arztes glaube ich, nach meinem Eindruck — aber ich bin da auch kein Fachmann —, steht zu sehr die Maschinenausbildung im Vordergrund. Viel zu wenig eigentlich das persönliche Gespräch. Ich habe nie eingesehen, warum man eine Ausbildung nicht bei einem praktischen Arzt auf dem Land machen soll. Dort würde man wahrscheinlich noch viel mehr an persönlicher Betreuung mitbekommen, an persönlichem Gespräch, als im Landeskrankenhaus. Ich würde weiters fordern, daß am Arbeitsplatz die Arbeitsmedizin nicht irgendwie so nebenbei bei einem Betriebsarzt läuft, sondern daß dort ein Schwergewicht gebildet wird, daß im Betrieb, dort wo die meisten Krankheiten herkommen, ein Schwergewicht der medizinischen Überlegungen gemacht wird.

Schließlich zum Spital. Es ist, glaube ich, einfach nicht wahr, daß nur Vorschläge vorliegen: mehr Geld für die Spitäler. Es liegen ganz andere Vorschläge vor, die Frau Abgeordnete Jamnegg hat sie schon erwähnt. Es liegt einfach der Vorschlag vor, die Dinge kleiner zu machen, die zu großen Abteilungen zu verkleinern, sie wieder menschlicher zu machen. Es liegt der Vorschlag vor, zu überlegen, ob es progressiv ist, daß zwischen dem, der einen Apparat haben will, und dem, der ihn bezahlt, ein Personenunterschied ist. Es ist ganz einfach die Frage, ob es progressiv ist, daß man mit fremdem Geld wirtschaftet. Schauen Sie, wie läuft es denn? Wenn ein Arzt kommt und sagt, diesen Apparat brauche ich, und wenn ich ihn nicht bekomme, dann sterben zwei Patienten und Du Politiker oder Du Beamter bist schuld, dann wird dieser halt den Apparat zahlen. Was bleibt ihm anderes übrig! Wenn der Arzt selber budgetieren muß, wenn das „sein eigenes Geld“ ist, wird er wahrscheinlich anders denken. (Abg. Zinkanell: „Und der Kranke wird sterben!“) Und, bitte sehr, das ist der Vorschlag der Reprivatisierung der Krankenhäuser. Ich würde zum Beispiel den Herrn Referenten Landesrat Bammer fragen: Na, wie stehen Sie denn dazu? Wie stehen Sie denn zu dem Vorschlag, daß die Krankenhäuser, so wie das der Herr Landeshauptmann gemacht hat, ein eigener Wirtschaftskörper sind, der nichts anderes bedeutet als: Jeder soll mit dem Geld, das er selbst verantwortet, wirtschaften. Und er soll nicht das fremde Geld ausgeben. Das scheint mir ein ganz wichtiger Grundsatz zu sein. Es ist ein Grundsatz, den wir im Modell Steiermark gefordert haben.

Das letzte, was ich erwähnen möchte, ist — ich glaube da bin ich wahrscheinlich nicht mit allen in Übereinstimmung —, daß die Einkommen der Spit-

zenverdiener in den Krankenhäusern einfach zu hoch sind. Ich glaube, daß wir hier etwas ändern müssen. Nicht nur wegen der absoluten Summe. Auch absolut ist das schon ganz kräftig. Die besonderen Gebühren, die das Landeskrankenhaus Graz allein den Ärzten zahlt, sind 71 Millionen Schilling im Jahr. Das ist auch absolut ein Betrag, den man herzeigen kann. Aber bitte, es ist auch das System an sich in Frage zu stellen. Ein System, wo von zwei Kuchen die Rosinen geholt werden. Ein System glaube ich, das darauf basiert, daß sozusagen die höchste soziale Sicherheit mit dem höchsten Einkommen kombiniert wird. Das kann sich auf die Dauer der österreichische Staat nicht leisten, und hier werden eben Vorschläge zu machen sein, etwa ein einheitliches Einkommen für diese Verdiener zu machen. (Abg. Preamberger: „Ein klassenloses Krankenhaus!“) Das geht bis tief hinunter, das ist ein Krebsgeschwür, das ein ganzes System vernichten kann. Ich muß ehrlich sagen, gemessen an der Situation bewundere ich den ärztlichen Leiter des Landeskrankenhauses Graz, daß es ihm gelungen ist, mit den Mitteln, die einstweilen zur Verfügung stehen, mit diesen Mitteln diese Kostenexplosion einzudämmen und wenigstens eine Stagnation dieser Entwicklung herbeizuführen. Einfach von Jahr zu Jahr. Ich glaube, das ist eine gute Leistung. (Allgemeiner Beifall.)

Und zum Schluß. Ich bin nicht der Meinung, daß man für mehr Gesundheit automatisch mehr Geld haben muß. Ich bin eher der Meinung, daß man mehr Einfälle braucht, siehe Stepantschitz, daß man, bitte sehr, mehr Mut braucht. (Abg. Brandl: „Spitalsreferenten auch!“) Ich fordere den Spitalsreferenten auf, Mut zu zeigen. In verschiedenster Hinsicht, etwa die vorgeschlagenen Lösungen nicht gleich a priori, sozusagen weil es nicht in die Ideologie der SPÖ hineinpaßt, oder was immer, zu verwerfen. Und falls Sie glauben, daß Reprivatisierung, Herr Landesrat, nicht in Ihre Ideologie hineinpaßt, dann lassen Sie sich vom sozialistischen Stadtrat Mayr in Wien eines anderen belehren, der ohne mit der Wimper zu zucken über Nacht einen multinationalen Konzern, Philips, zu 95 Prozent, mit 5 Prozent Beteiligung der Gemeinde Wien, beauftragt, ein Zwei-Milliarden-Projekt, nämlich die Verkabelung von Wien, durchzuführen. Also, die ideologischen Barrieren scheinen da keine wesentlichen zu sein. Ich glaube, ein Spitalsreferent sollte den Mut aufbringen, hier neue Wege zu gehen. (Abg. Zinkanell: „Das kann man aber nicht allein machen!“) Die Österreichische Volkspartei hat sie vorgeschlagen. Wenn wir sie gemeinsam gehen, können wir beim nächsten Mal vielleicht sogar noch besseres berichten. Danke. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Primarius Dr. Stepantschitz.

Abg. DDr. Stepantschitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin jetzt in einer schwierigen Situation. Ich wollte nur ganz kurz zum Spital reden. Jetzt sind aber erstens so viele Fragen aufgeworfen worden, daß ich doch Stellung nehmen muß, zum Zweiten fangen Sie schon zu streiten an, bevor ich rede,

und ich weiß nicht, warum. (Allgemeine Heiterkeit.) Vielleicht komme ich im Laufe meiner Ausführungen noch darauf. (Abg. Zinkanell: „Daß der Spitalsreferent die Dinge allein machen wird!“) Danke.

Meine Damen und Herren, ich habe voriges Jahr ziemlich ausführlich über die Spitalsfinanzierung gesprochen und habe keinen Widerspruch geerntet. Ich möchte das heute nicht wiederholen. Ich darf nur bitte eines grundsätzlich wieder feststellen: Das Kranksein und das Gesundwerden werden immer teurer auf der ganzen Welt. Und irgendwer muß das bezahlen. Der einzelne kann es sicher nicht, weil es im Einzelfall zu teuer wird. Bleibt also entweder irgendeine Versicherung oder die Öffentlichkeit. Bitte, tun wir jetzt nicht herumdemagogieren, wenn man sagt, der soll es zahlen, dann ist das unsozial, und wenn man sagt, der soll es zahlen, dann ist das eine Frechheit, die Bevölkerung muß mehr bezahlen dafür. Natürlich muß sie das. Wir müssen irgendwoher für mehr Leistung mehr Geld bekommen.

Meine Damen und Herren, so ist auch dieser Antrag zu verstehen, wo wir sagen, man sollte versuchen, für Graz die gleichen Beträge zu bekommen wie für Wien. Es gibt ja innerhalb des Krankenkassenhauptverbandes auch einen Ausgleich. Und Sie unterstützen ja das Krankenhaus Hanusch in Wien durch einen Ausgleichsfonds. Und das ist der Appell an Sie, meine Herren, die Sie dort sitzen, für die Steiermark auch dort etwas zu tun, weil es nicht einzusehen ist, warum wir das gleiche leisten sollen wie Wien — nicht nur für Steirer, sondern auch für sehr viele Kärntner und Burgenländer — aber weniger bekommen. (Abg. Koiner: „Du wahrst damit eine gute Tradition!“) Meine Damen und Herren, bitte, lassen wir die Frage der Spitalsfinanzierung aus dem Bereich der Demagogie. Nehmen wir zur Kenntnis, daß trotz der Feststellungen meines Freundes Schilcher die Medizin doch etwas leistet und gebraucht wird, und daß es halt immer teurer wird. Auch die Medikamente die wir austeilen, werden ja nicht nur deshalb ausgeteilt, damit irgendeine private Firma etwas daran verdient; Nebenbemerkung: In Österreich gibt es praktisch nur eine große Firma, die ist ja schon verstaatlicht, — wir teilen es nicht deshalb aus, sondern wir glauben halt doch, daß die Medizin etwas hilft. Die Lebensdauer ist halt gestiegen, meine Herrschaften. Sie ist jetzt wieder sinkend, das habe ich schon im vergangenen Jahr gesagt. Bitte aus zwei Gründen im wesentlichen bei den Männern, bei den Frauen noch nicht, weil halt die Menschen sich falsch ernähren, weil sie falsch leben, und der zweite wesentliche Faktor, der nicht genannt wurde, sind die Verkehrsunfälle. Das ist eine Straßenschlacht, die sich bereits statistisch auswirkt. Wir Ärzte können da wirklich nichts dafür (Abg. Pölzl: „Na ja, na ja!“) (Allgemeine Heiterkeit.) — und auch nicht die Sozialversicherung und auch nicht das System, das ist halt eine andere Lebenseinstellung.

Darf ich, bevor ich jetzt in die medizinischen Fragen weiter eingehe, auf einige konkrete Dinge eingehen, die hier genannt worden sind. Herr Kollege Wimpler hat mich persönlich angesprochen.

Koordinierung im Krankenhaus, ein Vorwurf, der zur Kenntnis genommen wird. Es stimmt, daß die Koordinierung in großen Krankenhäusern hier oder dort noch nicht funktioniert. Ich darf sagen, wir bemühen uns sehr, das zu bessern. Wir haben es bereits so eingerichtet, daß Patienten vor der Operation in einem Raum untersucht werden, und zwar von mehreren Fachrichtungen. Wir verfolgen das Thema Diagnosestraße, das ist eine räumliche Frage. Wir verlangen an mehreren Kliniken schon Voruntersuchungen draußen, bevor der Patient in das Spital kommt. Wenn heute schon gesagt wurde, daß der durchschnittliche Aufenthalt in Graz im Schnitt um einen Tag etwa heruntergegangen ist, so ist das bitte ein kleiner Erfolg, ein sehr kleiner. (Abg. Pölzl: „Man merkt den Unterschied zwischen Sebastian und Stepantschitz!“) Aber ich glaube, Sie nehmen es zur Kenntnis, daß wir dieses Problem verfolgen und versuchen, da auch etwas zu tun und daß wir da schon einen Weg finden werden.

Ich darf auf die Forderung des Kollegen Piaty, auf die Frage der Anästhesisten eingehen. Dies betrifft vorwiegend die Krankenhäuser auf dem flachen Land. Es wird ja immer wieder gesagt, das Spital wird halt teurer, das sind die Personalkosten. Da kann also niemand etwas dafür. Natürlich sind die gestiegenen Personalkosten nur die Folge der Tätigkeiten, die vom Spital verlangt werden. Da fehlt es an der Koordinierung. Ich komme auf das noch zu sprechen. Nur operiert wird bitte überall. Und überall braucht man zur Operation einen Anästhesisten. Es wäre zweifellos richtig, wenn man in gewissen Krankenhäusern draußen gewisse Tätigkeiten einschränken würde. Ich glaube, da gibst Du mir recht, aber Operation ohne Anästhesist ist etwas, was vorbei sein sollte, und die Bemühungen diesbezüglich müssen sicher verstärkt werden. Hier besteht überhaupt kein Widerspruch, ich bin voll Deiner Meinung.

Dann darf ich noch zu meinem Freund Schilcher sagen, der wieder die Steirische Akademie angeführt hat, daß wir an der Grenze angelangt sind, daß das Spital zu groß ist und deshalb fehlt der menschliche Kontakt. Das Grazer Spital ist sicher zu groß. Das ist eine Fehlentwicklung, die wir zur Kenntnis zu nehmen haben, wir können es ja nicht in die Luft sprengen. Aber bitte sehr, die Patienten werden doch in kleineren Einheiten betreut, ob sie klein genug sind, ist eine andere Frage, und ich darf schon sagen, im wesentlichen von nicht inhumanen Ärzten und nicht inhumanen Schwestern betreut. Das Vorurteil, das der Freund Schilcher als potentieller Patient hat, wird er abbauen, wenn er vielleicht doch einmal ein wirklicher Patient werden sollte, was ich ihm ja nicht wünsche. (Abg. Heidinger: „Er soll ein Probeliegen veranstalten!“ — Heiterkeit.)

An sich darf ich das zitieren, was der Herr Landesrat Bammer festgestellt hat auch bei der Steirischen Akademie, wo eine Diskussion vom Diskussionsleiter gleich mit der Feststellung eingeleitet wurde, das Spital sei inhuman. Jetzt sagen Sie warum. Und der Herr Landesrat Bammer hat gesagt, — er ist jetzt neu in dem Geschäft, — er sei in ganz Steiermark herumgefahren, habe auch

Patienten gefragt und eigentlich von der Inhumanität nichts bemerkt. Die meisten Patienten nehmen doch zur Kenntnis, daß man sich ihrer annimmt und auch den menschlichen Kontakt findet und sucht. Bitte, es gibt Ausnahmen. Man soll nicht glauben, daß es in einer Zeit, wo wirklich die Menschlichkeit und Lieblosigkeit doch nicht die vordersten Symptome vieler Menschen sind, beim Spital besonders besser sein soll. Es fällt halt leider nur viel mehr auf, weil dort, wo der Mensch krank ist und die Hilfe am dringendsten braucht, ja dort merkt man halt die Lieblosigkeit ganz anders als bei der Autotankstelle oder bei der Servicestation. Ich glaube, man soll auch hier zur Kenntnis nehmen, daß nicht alles so schlecht ist, wie manche potentielle Patienten das glauben.

Was die Einsamkeit des Patienten betrifft, darf ich vielleicht doch an das erinnern, was ich heute vormittag gesagt habe. Natürlich brauchen wir wieder die Hilfe draußen, Hauskrankenpflege, Altenhilfsdienst, Rotes Kreuz und was es noch alles gibt. Natürlich ist es notwendig, daß zuerst einmal, wenn man sich das überlegt, der Mensch zu Hause bleibt. Ja, meine Damen und Herren, wir machen ja keine Reklame, daß die Leute ins Spital kommen sollen. Richtig ist allerdings — da gebe ich dem Kollegen Loidl recht —, wenn einmal leere Betten da sind, dann ziehen sie wie die Magneten die Patienten an. Das ist eine alte Erfahrungstatsache, aus Gründen, auf die ich nicht eingehen möchte, weil es zu lange dauert. Aber ich glaube, wir wissen es ja alle. Die Einsamkeit — Kollege Schilcher, darf ich also auch etwas sagen —, man muß also auch das hören, es gibt sehr, sehr viele Patienten, die deshalb in das Spital kommen, weil sie einsam sind und weil sie nicht lieblos behandelt werden, sondern weil sie sagen, im Spital ist noch die einzige Gelegenheit, dort spricht man noch mit mir. Sie kommen in das Spital, weil sie das Gespräch suchen. Das ist eine furchtbare Feststellung, aber es ist so. Deshalb ja unser Bemühen für die Hauskrankenpflege, Aktivierung von Besuchsdiensten, die dann den Patienten hinaus ins Leben, weiter verfolgen. Ich habe das heute vormittag schon einmal gesagt, ich darf es wiederholen. Wir wollen wirklich zusammen mit freiwilligen Verbänden versuchen, daß die einsamen Patienten auch besucht werden von freiwilligen Personen, die sich dafür anbieten, so daß sie die Einsamkeit auch nach der Entlassung aus dem Spital vielleicht nicht mehr so arg empfinden müssen. Es ist das immer wieder ein Appell an den Menschen und es bleibt uns ja nichts anderes übrig, als diesen Appell immer wieder zu wiederholen und auch zu versuchen, durch organisatorische Maßnahmen doch Bevölkerungskreise anzusprechen, die sich der Patienten annehmen.

Aber ich darf Ihnen sagen, gerade in der letzten Zeit gibt es wirklich erstaunliche Aktivitäten. Ich wiederhole noch einmal: Besuchsdienst vom „Aktiven Lebensabend“. Es hat sich ein Frauenkomitee gebildet, das will einen Ombudsmannendienst im Krankenhaus ausüben. Es hat sich eine Gemeinschaft gebildet unter Professor Kapfhammer, die in die Spitäler gehen will, um den Patienten aus

Büchern vorzulesen. Also, meine Damen und Herren, es geschieht etwas. Und vielleicht ist gerade — und da hat der Abgeordnete Schilcher sicher recht — der Punkt erreicht, wo wir alle merken, daß wir an der Grenze sind, daß wir nicht mehr alles leisten können, was wir rein theoretisch den Patienten bieten sollten, daß in dieser Zeit das Menschliche wieder in den Vordergrund tritt und auch gehört wird. Es gibt wirklich Aktivitäten, die sich dessen annehmen.

Meine Damen und Herren, es ist heute zweimal von allen Seiten über das Krankenhaus Deutschlandsberg gesprochen worden. Sie werden sicher nicht glauben, daß ich jetzt dagegen rede. Es ist so, daß man aus lokalen Gründen auch dort ein Krankenhaus braucht. Ich darf dazu bitte nur zwei Dinge sagen: Verstehen Sie uns bitte nicht falsch! Wir wollen nicht als Politiker in irgendein Amt hineinregieren. Ich möchte nur sagen, es ist nicht möglich, daß man einfach feststellt, jetzt kommt dort ein Spital hin. Zuerst muß man feststellen, was für ein Spital. Was soll dort gemacht werden? Was soll dort operiert werden? Gibt es dort eine Intensivstation? Gibt es dort auch Belegbetten? Können dort auch praktische Ärzte, die dort in der Praxis sind, arbeiten? Das ändert ja die Kosten sehr wesentlich. Ich glaube, wir haben die Gelegenheit, im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Deutschlandsberg wirklich einmal ein neues, modernes Provinzspital nach neuen Formen und mit neuen Möglichkeiten, mit der Mitarbeit der ansässigen Ärzte, mit der freiwilligen Mitarbeit der ansässigen Bevölkerung, mit der Mitarbeit auch der ansässigen Fürsorgestellten zu errichten. Und deshalb unsere Bitte: Holen Sie da doch entsprechende Ratschläge ein! Lassen Sie bitte alle Stellen, die an der Gesundheit und an der Sozialfürsorge interessiert sind, bei dieser Planung mitreden! Ich darf noch als zweites sagen — und da wird sich der Herr Kollege Loidl einmal freuen, obwohl ich es ihm sagen werde —: Ich nehme zur Kenntnis, wenn Sie sagen, wir haben an sich sehr viele Spitalsbetten. Ich glaube wirklich, daß zusammen mit der Eröffnung des Krankenhauses Deutschlandsberg eine Reduzierung der Bettenzahl des Krankenhauses Graz vor sich gehen müßte. Wenn wir eine entsprechende Unterstützung von der Regierung erhalten, werden sich die, die damit befaßt sind, auch entsprechend bemühen. (Abg. Loidl: „Anders geht es ja nicht!“) Wir wissen, daß unser Krankenhaus zu groß ist. Wir nehmen dankbar die Möglichkeit einer Aufgliederung zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist auch in der Diskussion von einem Spitalsplan gesprochen worden. Wir haben auch einen Spitalsplan vorgelegt bekommen. Er wurde dann als vorläufiger Spitalsplan angenommen. Meine Damen und Herren, bitte sind Sie nicht böse, ich darf Ihnen gerade aufgrund der Erfahrungen, die ich im letzten Jahr gewonnen habe, sagen, daß dieser Spitalsplan völlig unbrauchbar ist. Dort steht also einfach drinnen, wie viele Betten man da und wie viele Betten man dort braucht. Das haben wir in etwa vorher auch schon gewußt. Die geringfügige Änderung im Bereich Hartberg—Fürstenfeld hat man sofort fallen lassen, wie

man auf entsprechenden berechtigten Widerstand gestoßen ist. Meine Damen und Herren, der Sinn eines Spitalsplanes — ich wiederhole mich jetzt — muß sein, festzustellen, was wird wo gemacht. Es hat ja ein nicht unzuständiger Mann von der Gebietskrankenkasse, der Obmann Sametz, unlängst festgestellt, daß mit Intensivstationen Unfug getrieben wird. Diese werden nach dem Gutdünken der Primärärzte errichtet.

Meine Damen und Herren, Prestigedenken mag immer eine Rolle spielen, und wenn Sie die Abgeordneten jetzt fragen, was ihnen aufgrund ihres Prestiges zusteht, dann möchten wir auch jeder eine Kanzlei und einen Sekretär und vielleicht sonst noch etwas haben, aber das gibt uns leider niemand oder im Sinne der Bevölkerung Gott, sei Dank! Sie dürfen sich bitte nicht wundern, wenn man einen Primarius fragt, wie stellen Sie sich Ihre Abteilung vor, dann wird sie halt recht groß und recht bedeutend sein. Aber bitte, wer zahlt es ihm denn? Da geht es eben darum, daß man plant. Ich darf Ihnen sagen, gerade auf dem Gebiet der Intensivtherapie ist überall ein bißchen geschehen. Rundherum. Keine, außer Graz, glaube ich, funktioniert wirklich vollständig. Da müssen wir jetzt einmal wissen, wo gehört eine Intensivstation hin? Was wird dort gemacht? Im Sinne vom Abgeordneten Dr. Piaty: Welche Apparate braucht man dort? Wir brauchen da einen Schimmel! Und zwar — das muß man einmal feststellen — in Zusammenarbeit mit Fachleuten!

Man darf also bitte nicht, wenn ein neuer Primarius ernannt wird, der sich gerade für etwas interessiert, sagen, also gut, das machen wir, das machen wir nicht, und dann machen wir es doch, und dann kommt der Nächste, und dann machen wir es wieder nicht. Da braucht man eine entsprechende Planung. Ich darf sagen, daß ja schon geplant wird. Wir haben im Jahre 1972 die neue Chirurgie eröffnet. Es ist ein riesiger Plan da, der auch gedruckt ist. Im Parterre eine Aufnahme-station, tadellos geplant, nur in Betrieb genommen wurde sie nie, weil, wie das Gebäude fertig war, ein neuer Chef gekommen ist, der gesagt hat, das paßt mir nicht, ihr müßt mir eine neue bauen. Und sie ist ihm gebaut worden. Also, bitte sehr, ist der Primar schuld? Wer ist denn da eigentlich schuld?

Wir haben die größten Schwierigkeiten damit, daß das jetzt wieder umgebaut wird, daß einem Gebäude, das fünf Jahre alt ist, ein Neubau dazugebaut wird, und noch dazu gibt es im gleichen Haus bereits zwei Umbaustellen.

Meine Damen und Herren, bei Neuplanungen — ich komme zurück auf Deutschlandsberg — muß man sich im Rahmen des Gesamtkonzeptes überlegen, was wollen wir dort? Was soll dort geschehen? Da kann nicht nach privaten Wünschen im nächsten Jahr wieder etwas geändert werden. So schnell ändern sich die Zeiten nicht. Sie ändern sich leider ziemlich rasch. Deshalb glaube ich auch, so sehr wir, Frau Abgeordnete Bischof, Ihre Wünsche für Bruck verstehen, der Plan wurde abgegeben, die Detailplanung wird in Gang kommen. Ich darf nur bitte eines sagen: Ich habe mir das vom Allgemeinen Krankenhaus in Wien erheben

lassen, die auch ständig umplanen und die daraufgekommen sind, ein Plan, der älter ist als fünf Jahre, bis das Haus steht, ist wieder überholt. Ein Detailplan bedingt also auch, daß wirklich gebaut wird. Ich wünsche Ihnen alles Gute und ich hoffe, daß die Finanzierung des Krankenhauses Bruck möglich sein wird. Sonst haben wir dann wieder einen schönen Plan, und bis es gebaut ist, werden wir damit nicht sehr viel anfangen können und es wird wieder umgeplant werden. Aber, meine Damen und Herren, die Planung, der Spitalsplan, ist die Voraussetzung, daß wir auch nur annähernd in diesem Land rationalisieren können und weiterkommen.

Ein zweites, was die Planung betrifft:

Ich darf sagen, was die Intensivstationen betrifft, sind wir Primärärzte daran, von uns aus einen Plan zu erstellen. Wir werden ihn demnächst dem Herrn Landesrat vorlegen und ich glaube, daß da irgendwie einmal ein Konzept entstehen wird. Wir werden diese Woche noch über ein anderes Kapitel sprechen, das ist die Dialyse. Um mich verständlich zu machen: Dialyse ist eine künstliche Niere. Damit ist, glaube ich, alles gesagt. Es gibt Patienten, die in der Südsteiermark wohnen, die jede Woche zweimal bei Graz vorbeifahren, bei Bruck vorbeifahren, Richtung Linz oder St. Pölten, weil früher keine künstliche Niere frei ist. Da muß, glaube ich, doch wirklich etwas geschehen. Das ist die Inhumanität der Patientenbetreuung, wie sie nicht ärger sein kann. (Abg. Dr. Schilcher: „Die Heimdialyse wurde von der Krankenkasse abgelehnt!“) Ich bedaure sehr, daß die Krankenkasse die Heimdialyse nicht zahlt — das ist ein Stichwort, das weiß ich schon. Wir werden im Rahmen des Landes einen Ersatz für eine Heimdialyse schaffen müssen und wir werden uns bemühen, in den peripheren Krankenhäusern Apparate aufzustellen, die in der Art einer Heimdialyse arbeiten. Aber bitte — ich weiß, Sie nicken, Herr Abgeordneter Loidl —, helfen Sie uns da! (Abg. Loidl: „Bringen Sie uns einen Arzt!“) Das ist Inhumanität. Stellen Sie sich vor, junge Menschen, die nierenkrank sind, müssen zweimal in der Woche von der Südsteiermark nach Sankt Pölten fahren.

Wir können nicht isoliert planen. Wir müssen gesamtheitlich planen: Krankenhaus — Ärzte draußen, und auch dort, wo Ambulatorien bestehen, daß die wirklich arbeiten, denn sonst kommt uns die Sache wohl zu teuer. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß, obwohl ich noch sehr lange über die Inhumanität und Humanität des Krankenhauses reden könnte, über die Ersatzdienste, über die Schwestern, die sehr, sehr wesentliche Arbeit für uns leisten, die die Hausfrauen der Krankenpflege sind, auf deren Geist es sehr wesentlich ankommt.

Ich darf Ihnen zum Schluß eine Zahl sagen, von der ich annehme, daß sie Sie erschüttern wird. Im Jahre 1976 sind 180 Patienten von der Rettung in steirischen Krankenhäusern tot abgeliefert worden. Davon 123 in Graz. Die auffallende Differenz zwischen Graz und dem Land ergibt sich daraus, daß dort die Verhältnisse so sind, daß meistens,

wenn die Rettung gekommen ist, die Patienten schon gestorben waren. Aber viele Menschen haben, als sie mitgenommen wurden, noch gelebt und sind in der Rettung gestorben, weil unsere Rettungsautos eben nicht für Intensivpflege ausgerichtet sind. Wir haben herrliche Rot-Kreuz-Männer, wir haben eine unerhörte Leistung dort von freiwilligen Helfern, die ich anerkennen möchte, und denen ich an dieser Stelle danken möchte, damit man ja nicht glaubt, ich werde irgend etwas gegen die Rettungsleute oder gegen die Rettung sagen. Aber, ich darf feststellen, daß mir das Rettungssystem, das die Gemeinde Wien hat, zum Unterschied von der Planung des AKH vorbildlich erscheint. Es sind dort ständig über Notruf Intensivwagen anzufordern, die auch die erste Behandlung schon im Auto durchführen können. Wir wissen alle, der Infarktpatient, um den es im wesentlichen geht, oder der Unfallschockierte, stirbt ja in den ersten Stunden. Es geht darum, daß diese Behandlung sehr, sehr schnell eingeleitet und durchgeführt wird. Das ist in diesen Ambulanzwagen der Wiener Rettung möglich, während wir in der Steiermark keinen einzigen haben. Wenn wir uns um Intensivstationen bemühen und um die Planung, dann muß man ein modernes Rettungssystem einbeziehen, in dem auch Notfalltherapie im Auto bereits durchgeführt wird, und ich kann mir vorstellen, daß das letzten Endes billiger kommt, weil wir uns sehr, sehr viel Ausfall aus dem Arbeitsprozeß und auch letztlich Krankenhausbetten ersparen können. (Abg. Hammerl: „Im Burgenland machen das Spitalsärzte!“) Herr Kollege, ich habe Ihnen gesagt, daß ich mich auf dem Gebiet wirklich interessiert habe. Ich halte das Wiener System, das Ihnen ja nahe stehen sollte, für das beste, weil die Spitalsärzte ja nicht wegfahren können, weil dann ja niemand im Spital drinnen ist. Man muß Ärzte haben, die ausgebildet sind und die dastehen. Wenn Sie es genau wissen wollen, in Wien machen die Ärzte zwei Tage und zwei Nächte Dienst und können die übrigen Tage als Kassenärzte oder sonst wie arbeiten. Es ist eine Versorgung der Kollegen und sie sind trotzdem noch ausgenützt. Ich persönlich halte dieses System für das beste, ich darf sagen, — wir haben schon gesprochen, — daß wir uns das an Ort und Stelle in Wien noch näher anschauen werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß allein in Graz im vergangenen Jahr 123 Patienten in der Rettung gestorben sind. Und dann machen wir uns große Gedanken über das Sterben oder sonst etwas. Die Akuttherapie ist einmal sofort durchzuführen, und das werden wir nicht anders zusammenbringen, denn man kann nicht neben jedem Sterbenden eine Intensivstation aufbauen. Eine absolute Gerechtigkeit werden wir auch nicht durchführen. Es gibt da keine Chancengleichheit. Wenn ich auf dem Schöckl einen Herzinfarkt bekomme, dann ist das halt leider eine schlechtere Chance, als wenn ich ihn auf dem Leonhardplatz bekomme.

Meine Damen und Herren, ich darf zum Ende kommen. Ich glaube, daß wir es uns wirklich nicht zu leicht machen dürfen. Wir haben beschränkte Mittel, wir haben unermessliche Aufgaben. Wir müs-

sen eine Aufgabenbegrenzung vornehmen, wir müssen eine Entlastung der Krankenhäuser erzielen, und wir müssen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser mit allen peripheren Maßnahmen durchführen. Wir müssen vor allem auch unser Augenmerk darauf richten, daß entsprechende Rettungsautos zur Verfügung stehen, die uns die Patienten nach Möglichkeit noch lebend ins Haus bringen. Man spricht immer von der Inhumanität des Krankenhauses. Ob das Krankenhaus inhuman ist, meine Damen und Herren, das liegt primär bei den Ärzten und bei den Schwestern. Das liegt aber auch, meine Damen und Herren, bei uns allen, die wir das Budget beschließen und die wir dafür verantwortlich sind, daß Richtlinien durchgeführt werden können, die eben den Menschen human behandeln. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Bammer.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich meine Schlußbemerkungen mit einigen persönlichen Eindrücken beginne.

Ich habe das erste halbe Jahr 1977 dazu benützt, um alle Krankenanstalten, die in den Bereich des Ressorts gehören, zu besuchen, auch private Anstalten waren dann noch im Programm und wurden besucht. Ich habe eigentlich, nachdem ich in Graz alle Kliniken gesehen habe, — ich bin zwar kein Pädagoge, — sehr gute, in manchen Fällen geradezu ausgezeichnete Eindrücke mitgenommen.

Ich bin dann im Herbst dieses Jahres bei einigen Vorträgen der Steirischen Akademie gewesen, habe mir also die außerordentlich interessanten Referenten und Referate angehört, und bin vor dem Vorklinikum auf der Straße gestanden, um etwa mit Faust zu sagen: „Da steh ich nun, ich armer Tor.“ Ich wußte nicht weiter. Was ist richtig?

In dieser Steirischen Akademie wurde eigentlich gesagt, alles sei falsch, nichts stimme. Wir hätten nur Fehler gemacht. Das waren die Eindrücke des ersten und des zweiten halben Jahres 1977.

Es erhebt sich die Frage, was ist richtig, wer hat recht, wie soll man es besser oder anders machen? Woran soll man sich orientieren? Ich habe den Eindruck, daß die Antwort sehr, sehr schwer ist, auch nach dieser Debatte, an der zwölf Debattenredner teilgenommen haben. Denn erstens sollen viele Einrichtungen verbessert, ausgebaut, modernisiert werden, um an dem Fortschritt der Gesundheit generell teilzunehmen und nicht zurückzubleiben. Es soll zweitens die persönliche Betreuung in den Anstalten besser werden, humaner werden, das ist auch, wie ich glaube, ein Personalproblem.

Es soll drittens, auch das wird immer verlangt, das Defizit kleiner werden, trotz der Aufstellung der Forderungen, die ich vorangestellt habe. Es wurde auch gesagt, die Problematik sei weltweit. Es gibt gute Freunde in vielen Institutionen, die Zeitungen aus aller Welt beziehen und die mir immer Ausschnitte schicken aus der „New York

Times", aus der „Weltwoche“, aus der „Hamburger Welt“, aus englischen Zeitungen und überall kann man diesen einschlägigen Artikeln entnehmen, überall dieselben Probleme. Die Kosten in den Krankenanstalten laufen den Erhaltern davon. Gewissermaßen erhebt sich generell und weltweit die Frage, wie es überhaupt weitergehen soll. Und wenn mich heute jemand fragt, eine befriedigende Antwort kann ich sicher nicht geben, wie ich glaube, daß überhaupt niemand in diesem Raum und darüber hinaus sie geben kann. Ich wollte nur versuchen, unseren Standort zu bestimmen. Gar nicht im Vergleich zu den anderen Ländern, eher schon vergleichbar, soweit das überhaupt möglich ist, mit österreichischen Krankenanstalten in anderen Bundesländern. Ich will versuchen, das mit einigen Ziffern zu tun.

Der Rechnungsabschluß 1976 hat also einen Abgang von 617 Millionen Schilling im Krankenanstaltenbereich ausgewiesen. Der Voranschlag 1977 — wir sind ja noch im Jahr 1977 — hat 744.900.000 Schilling Abgang prognostiziert. Im Budget 1978, das wir dieser Tage beschließen werden, sind wiederum 744.900.000 Schilling als Abgang präliminiert, das sind um drei Zehntausendstel mehr als im Budget des vergangenen Jahres. Es ist praktisch die gleiche Abgangssumme wie im Jahr 1977 prognostiziert. Wir dürfen aber dabei nicht übersehen, daß die Personalkosten im Anstaltenbereich zwangsläufig um 9,5 Prozent steigen und daß damit natürlich der Sachaufwand zurückbleibt, und zwar nur um 0,5 Prozent ansteigt. Die Bedeckung der Erhöhungen ist möglich, weil höhere Einnahmen zu erwarten sind. Wir haben im Jahr 1977 — auch das wurde heute schon gesagt — eine amtliche Pflegegebühr von 650 Schilling pro Tag und liegen dabei, meine Damen und Herren, weit hinter allen vergleichbaren Krankenanstalten in allen österreichischen Bundesländern. Ich bin der Meinung, daß kein System so perfekt ist, daß es nicht verbesserungsfähig ist, daß man noch rationeller sein kann. Aber die Zahl selbst beweist, daß sicher auch in unseren Krankenanstalten in den letzten Jahren sehr viel geschehen ist, um zu diesen vergleichbar günstigen Ziffer mit den anderen Bundesländern zu kommen.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen doch einige vergleichbare Ziffern aus Anstalten anderer Länder in Erinnerung rufe: Im Burgenland das Krankenhaus Oberwart: 780 Schilling — überall die amtliche Pflegegebühr mit 1. Jänner 1977 —, Klagenfurt: 930 Schilling, Villach: 930 Schilling, Amstetten: 770 Schilling, St. Pölten: 800 Schilling, Wels: 720 Schilling, Salzburg: 895 Schilling, Innsbruck: 960 Schilling, Bregenz: Die Vorarlberger gelten in der allgemeinen Beurteilung immer als sehr sparsam — 1310 Schilling, Feldkirch: 1306 Schilling, Hohenems: 1038 Schilling, Valduna: 1370 Schilling; Wien hatte am 1. Jänner 1977 einen Verpflegungskostensersatz in der allgemeinen Gebührenklasse von 900 Schilling.

Frau Abgeordnete Jamnegg, ich glaube, diese Ziffern im Vergleich zur Steiermark beweisen, was ich früher gesagt habe. Rationalisiert wurde die ganze Zeit hindurch. Ich fürchte, — ich werde dann

darauf zurückkommen — daß das Budget 1978 auf die Substanz der Krankenanstalten in unserem Land geht, wenngleich ich nicht verhehle, daß man sich in jedem Ressort einschränken muß, wenn es die gesamte wirtschaftliche Lage erfordert.

Nun hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz als Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung der Zuschüsse die Kostenstellenrechnung verlangt, die Verordnung erlassen. Es wird also in Österreich generell versucht, die tatsächlichen Kosten pro Leistung zu ermitteln, und zwar in dieser neuen Kostenstellenrechnung. Es werden die Normkosten zu ermitteln sein als Ausgangsbasis für die Förderung von der Bundesseite her. Wir haben kein schlechtes Gewissen und wir haben kein schlechtes Gefühl, wenn die Ziffern auf dem Tisch liegen werden, denn eine Kommission dieses Ministeriums hat ja schon in diesem Jahr das Krankenhaus Leoben sehr gewissenhaft durchleuchtet, und ich kann nur sagen, dem Krankenhaus Leoben und der Wirtschaft dort eine ausgezeichnete Beurteilung zuteil werden lassen. Das heißt, wir können über Leoben hinaus den Dingen ruhig entgegensehen. Wir haben uns auf die Einführung der Kostenstellenrechnung vorbereitet, weil wir mit dem Dekan für Betriebswirtschaft, Diplomkaufmann Egger, alle Verwalter in Seminaren zusammengezogen haben, die Primären, die Oberschwester informiert haben, was auf sie zukommt, um also mit 1. Jänner 1978 in diese nicht leichte Problematik einzusteigen und auch überall das Verständnis zu haben.

Dann — natürlich spielen die Kosten der Privatversicherung eine Rolle — meine Damen und Herren, werden wir vielleicht zwei Jahre später, wenn die ersten Ziffern wirklich auf dem Tisch liegen, sagen können, was die Blinddarmpoperation in Leoben, in Dornbirn, in St. Pölten, in Oberwart, in Güssing und — wenn Sie wollen — in Friesach wirklich kostet. Denn dann werden alle Leistungen auf die betreffende erbrachte Leistung auf den Patienten bezogen und berechnet, und dann kann man sagen, warum kostet der Blinddarm — wenn ich schon bei dem Beispiel bleiben darf — in der Oststeiermark soviel und in Vorarlberg soviel. Es wird sich daraus eine sehr, sehr fruchtbare Erkenntnis ergeben, und wenn dann anhand der Normkosten die Zuschüsse kommen sollen und werden, dann dürfen wir als steirische Krankenhausträger mit sehr ruhigem Gewissen dieser Entwicklung entgegensehen.

Und wenn immer wieder betont wurde — auch heute —, ja der Bund will gewissermaßen Einfluß nehmen, er will auf uns gewissermaßen dirigistisch wirken, dann, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen ein Beispiel, das sehr naheliegt, bringen. Wenn durch diese Zuschüsse oder einen Teil der Zuschüsse erreicht wird, daß Schwerpunkte eingehalten und Mittel nicht verzettelt werden, dann ist das, wie ich glaube, eine fruchtbare Absicht.

Nehmen wir das Beispiel Oststeiermark: Wir haben ein gut ausgestattetes Krankenhaus in Hartberg. Wir haben in Vorau ein Krankenhaus, das

mehr Betten als erlaubt ist führt, und wir haben nunmehr ein großes Schwerpunktkrankenhaus in der Nähe, und zwar in Oberwart. Dieser relativ kleine Raum, wenn wir von Landesgrenzen absehen — das sollten wir doch manchmal auch tun —, ist sicher bettenmäßig überversorgt. Eine frühere österreichweite Einflußnahme auf solche Entwicklungen hätte vielleicht verhindert, daß manches in diesem Raum, wie ich glaube, übertrieben gebaut und bereitgehalten wird.

Nun zur Frage des Budgets 1978. Ich darf nur sagen, es scheint mir ein sehr enges Korsett für das Krankenanstaltenwesen zu sein. Es wird notwendig sein, den Schilling noch einmal mehr umzudrehen, bevor er ausgegeben wird, als das es bisher gewissenhaft schon erfolgt ist.

Ich möchte aber doch, bevor ich auf die Vorhaben des Jahres 1978 zu sprechen komme, einiges nur stichprobenartig aus dem Jahre 1977 sagen. Es wäre eine lange Liste, wenn man die Einrichtungen, Verbesserungen und neuen Geräte aller Krankenanstalten des Jahres 1977 aufzählen würde. Wir haben im Jahre 1977 den Schädelscanner im Landeskrankenhaus Graz an der Röntgenklinik in Betrieb genommen. Er bewährt sich großartig und wir warten — ich sage das gerade im Hohen Haus mit Betonung — auf jene Mittel aus der gesamtösterreichischen Aktion „Kampf dem Krebs“, die so viele Spender gefunden hat. Wir erwarten aus dieser Aktion einen Beitrag von 10 Millionen Schilling für den Ganzkörperscanner. Der Betrag ist noch immer nicht eingelaufen und es besteht offensichtlich bei jenen Herren, die hier an der Spitze der Aktion standen, auch nicht die große Geneigtheit, davon sehr viel in die Länder zu geben. Wir haben über 5 Millionen Schilling aus der Aktion der „Kleinen Zeitung“ sofort bereitgestellt erhalten.

Wir haben die Neueinrichtung der Kieferchirurgie für die Zahnklinik in Betrieb genommen; leider dezentralisiert vom Hauptgebäude. Wir haben zu erwarten, daß die Operationsraumgruppe in der II. Chirurgie noch in diesem Jahr in Betrieb geht. Wir haben einen Zubau zur Universitätszahnklinik begonnen, der sicher ein Provisorium ist, auch sehr sparsam geplant ist und der zwei Ziele verfolgt: einmal die Arbeitsbedingungen in der Zahnklinik, die wirklich katastrophal sind, einigermaßen durch Auflockerung zu verbessern, und zweitens durch neue zusätzliche Ausbildungsstühle zu erreichen, daß mehr Zahnärzte fertig werden, die dann in die Praxis gehen können und damit der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Denn wir alle wissen, daß wir gerade bei den Zahnärzten große Sorgen haben.

Wir haben in diesen Tagen auch eines beim Landeskrankenhaus Graz erreicht: Es wird an der Ecke Leonhardstraße—Stiftingtalstraße ein bewachter Parkplatz für Besucher in Betrieb gehen. Es werden die Bediensteten, die bisher dort geparkt haben, sicher, weil der Besucherparkplatz nur gegen Entgelt benützt werden kann, auf den Bedienstetenparkplatz etwas weiter zurückfahren.

Ich glaube, daß die Luftgüte, der Lärm usw. entscheidend dafür waren, daß eben strengere Kon-

trollen für die Einfahrt in das Landeskrankenhaus Graz bestehen. Das bringt nicht nur Freunde. Viele, viele wollen Ausnahmegenehmigungen haben. Wenn man nur einmal das Tür aufmacht, bringt man es überhaupt nicht mehr zu.

Zweitgrößtes Krankenhaus, Landeskrankenhaus Leoben: Ich brauche nicht sehr viel sagen dazu. In der letzten Landtagssitzung habe ich betont, daß wir abteilungsweise die Neubauten nunmehr in Betrieb nehmen und daß dann durch das Abreißen alter abgebrauchter und verbrauchter Baracken und Gebäude eine Auflockerung auch in diesem großen Krankenhaus möglich sein wird. Wir sind dabei, im Krankenhaus in Bad Aussee die Ambulanzraumgruppe zu vergrößern und zu verbessern. Das gleiche geschieht im Landeskrankenhaus in Hartberg, dazu noch die Adaptierung der Röntgendiagnostik und des administrativen Bereiches. Wir stehen in Judenburg vor der Fertigstellung der Frauen- und Geburtshilfeabteilung durch die Aufstockung. Wir sind dabei, in Mürzzuschlag durch die Neueinrichtung einer Ambulanz die Voraussetzungen in diesem Krankenhaus auf diesem Gebiet wesentlich zu verbessern, und wir haben in Radkersburg die Anstaltsküche und diverse Funktionsraumgruppen erweitert und ein Personalwohnhaus übergeben.

In Voitsberg sind wir dabei, im Rahmen der Zentralisierung die Funktionsraumgruppe neu zu gestalten, die neue Küche wurde bereits in Betrieb genommen. Für Wagna ist die Errichtung einer chirurgischen Ambulanz vorgesehen, mit der demnächst, so hoffen wir, begonnen werden wird.

Beim Landessondernervenkrankenhaus haben wir den Bettentrakt weitestgehend schon in Betrieb. Es ist beabsichtigt, daß die Schlaganfallstation, die von sehr vielen dringend erwartet wird, doch bald in Funktion sein wird.

Auf der Stolzalpe wird nach dem Umbau die Rahmhube, es gibt überall schönere Ausdrücke — ein Hostel, das heißt, wenn Sie wollen, eine Art Hotel, eine Gaststätte, barrierefrei für Behinderte, die dort wohnen und die die Einrichtungen der Physiotherapie auf der Stolzalpe dann benützen können, ohne dort direkt stationäre Patienten sein zu müssen.

Wir haben, meine Damen und Herren, auch einiges getan, um die privaten Krankenanstalten zu subventionieren. Es waren insgesamt rund 16 Millionen Schilling, wobei wir ernste und echte Sorgen um den Bestand des Krankenhauses in Schladming haben, weil dort, unverschuldet durch das Krankenhaus selbst, eine Entwicklung eingetreten ist, die so richtig symptomatisch ist. Die Diakonissen haben dort ein sehr schönes, ein sehr modernes Krankenhaus für diesen Bereich errichtet. Dann wurde die Planai erschlossen, der Hauser Kaibling, der Dachstein und dann die Reiteralm, und jetzt ist es halt ein Gipsquartier geworden, weil es praktisch so viele schwere Unfälle, Drehbrüche, gibt. Sie wissen genauso wie ich, Schladming platzt in Schiläufzeiten gewissermaßen aus allen Nähten. Wir haben echte Sorgen. Wir werden uns mit diesem Problem noch sehr gewissenhaft auseinandersetzen müssen.

Einige Worte über die nächsten Pläne: Wo sollen die Schwerpunkte liegen? Die Steiermark liegt nach der gesamtösterreichischen Statistik in der Säuglingssterblichkeit an letzter Stelle, das heißt, wir haben den höchsten Prozentsatz bei der Säuglingssterblichkeit. Wir haben ihn senken können, alle anderen Bundesländer haben dies auch getan. Wir werden durch die Schaffung von Frauen- und Geburtshilfeabteilungen und die Besetzung dieser Abteilungen mit Fachärzten doch einiges zur Verbesserung dieser Situation tun können. Wir werden, das haben Sie bereits gehört, vielfach die Ambulanzen einrichten müssen, verbessern, erweitern, weil der Zustrom zur Ambulanz eines Krankenhauses enorm gewachsen ist. Ich habe in Mürzzuschlag um halb zwölf Uhr die Ambulanz besucht. Es war alles noch bummvoll. Ich habe mich mit den Leuten unterhalten und habe eine Frau gefragt, wo sie herkommt. Aus der Veitsch! Und jetzt stehen Sie um halb zwölf noch da? Wann sind Sie denn weggefahren in der Veitsch? Ja, um sechs Uhr in der Früh. Wann haben Sie den nächsten Autobus gehabt? Ja, ich hätte schon um neun Uhr oder zehn Uhr einen gehabt, aber ich will halt rechtzeitig drankommen. Die Leute sind nicht bereit, ein Timing zur Kenntnis zu nehmen, das heißt, eine zugemittelte gewisse Zeit zu akzeptieren. Sie kommen in der Früh mit dem ersten Zug und warten gewissermaßen geduldig, vielfach stehend mit Verletzungen, bis sie drankommen. Hier staut sich sehr viel an Unmut auf. Das ist eine sehr unangenehme Situation. Hier muß man sich sicher noch ernsthaft damit beschäftigen.

Wir stehen zum Teil vor der Inbetriebnahme, zum Teil vor dem Baubeginn bei den Frauen- und Geburtshilfeabteilungen Judenburg, Voitsberg, Feldbach, Wagner, Rottenmann. Ambulanzen: Bad Aussee, Mürzzuschlag, Leoben, Wagner, Hartberg. Das sind die dringendsten Vorhaben, die wir im Jahre 1978 zum Teil in Betrieb nehmen und zum Teil beginnen wollen.

Und nun zur Frage der großen Vorhaben, meine Damen und Herren. Damit komme ich auch zur Frage der Schwierigkeit, einen Prioritätenkatalog aufzustellen. Ich bin für Rahmenplanung, ich bin auch dafür, daß man diskutiert, was wichtiger ist.

Wir haben im Bereich des Landeskrankenhauses Graz vor uns als Beschlüsse, als Pläne, als notwendige Vorhaben: Strahlenbunker 240 Millionen Schilling, Pathologie 200 Millionen Schilling, Kinderchirurgie 90 bis 100 Millionen Schilling, Zahnklinik 210 Millionen Schilling, Augenklinik, nach dem Plan des Vorstandes, 100 Millionen Schilling. Das sind rund 900 Millionen Schilling für fünf Kliniken im Bereich des Landeskrankenhauses Graz. Wir haben mehrfach diskutiert, ich will es gar nicht im Detail wiederholen, die Errichtung der Landeskrankenhäuser Bruck, Deutschlandsberg und Rottenmann erfordern 1,1 Milliarden Schilling Bauaufwand. Das heißt also, 2 Milliarden Schilling heutiger Kostenaufwand für die Errichtung dieser großen Vorhaben. Im Voranschlag 1978 sind insgesamt in der Gruppe 1 190 Millionen Schilling vorgesehen, wenn es dabei bleibt, der Finanzreferent sprach von einer 30prozentigen Bedeckung, so sind das knapp 60 Mil-

lionen Schilling für die laufenden Vorhaben und die zuvor genannten. Daß es hier nicht leicht ist, einen Prioritätenkatalog aufzustellen, werden, wie ich glaube, alle Damen und Herren einsehen. Wir haben sicher ein Vieljahresprogramm vor uns. Ich kann mir nur wünschen im Interesse auch dieser wichtigen Vorhaben, daß sich die finanzielle Lage sehr bald wesentlich verbessert.

Darf ich zu einigen Diskussionsrednern, denen ich allen sehr herzlich danke, etwas sagen. Zur Frau Abgeordneten Jamnegg. Sie erkennen aus den Ziffern, daß für die Rationalisierung alles geschieht, was möglich ist. Uns wird dieser knappe Voranschlag 1978 zwingen, noch mehr zu rationalisieren. Man kann alles verbessern, meine Damen und Herren, aber alles, was personalintensiv ist, ist auch sehr kostenintensiv. Das wissen wir also. Deshalb finde ich es unfair, aber nur zur Klärung möchte ich sagen: Auf den Personalaufwand, auf die Einstellung von Bediensteten in meinem Ressortbereich steht mir nicht der geringste Einfluß zu. Darf ich das so sagen und an einem kleinen Beispiel noch etwas untermalen. Die Frau Abgeordnete lacht schon, sie weiß schon, was jetzt kommt.

Wir haben heuer in Graz 237 junge Krankenschwestern diplomiert, nachdem sie die Ausbildung abgeschlossen haben. Wir haben diese Schwestern für 10 Uhr in den Stefaniensaal eingeladen und ihnen dort die Diplome überreicht. Beim Hineingehen — ich kam zehn Minuten früher — traf ich Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart, der heraus ging. Ich fragte: „Wieso gehst du denn schon weg?“ Daraufhin sagte er: „Na, ich bin schon fertig. Ich habe um neun Uhr die Anstellungsdekrete übergeben.“ Nur, die Doppelgeleisigkeit einerseits, aber auch doch — bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis — ich habe im Vorhaus des Stefaniensaales gehört, daß alle 237 diplomierten Krankenschwestern in den Landesdienst aufgenommen werden. Und das als Krankenanstaltenreferent. Ich bitte nur aus diesem Beispiel abzulesen, daß ich doch nicht der Alleinverantwortliche für diese Personalfragen im Landeskrankenhaus bin.

Ich darf vielleicht zum Herrn Abgeordneten Wimpler einiges sagen, weil ich fürchte, daß er zum Teil unrichtige Zahlen erhalten hat. Ich bin — das darf ich allen Mitgliedern des Hauses sagen — bereit, alle Zahlen auf den Tisch zu legen. Wenn jemand eine Auskunft will, gebe ich sie jederzeit und gerne. Denn die Verweildauer in den steirischen Krankenanstalten betrug im Jahre 1976 im Landeskrankenhaus Graz 15,9 Tage, in den Standardkrankenhäusern 15,1 Tage und in den beiden Schwerpunktkrankenhäusern Leoben und Bruck 13,42 Tage. Von 21 Tagen keine Rede. (Abg. Wimpler: „Der Durchschnitt ist 21!“) Herr Abgeordneter, ich kann den Ärzten in den Krankenanstalten, die diesen Bereich ausmachen, nicht anlasten, daß sie die Verweildauer des Landesnervensonderkrankenhauses statistisch mit in Kauf nehmen. Denn dort haben wir 4300 Tage, weil Gott sei Dank die Leute dort halt auch länger leben. Ich glaube, man kann nur Standardkrankenhäuser, Schwerpunktkrankenhäuser und Graz selber für die Verweildauer — wenn Sie wollen — als medizinischen und organi-

satorischen Erfolg der dort Tätigen werten. Ich muß mich verhöhrt haben. Sie haben gemeint, es wurden 130 Millionen Schilling für Abfuhrmittel ausgegeben. Die Kunst unserer Ärzte kann dem nicht gerecht werden. Wir haben insgesamt in ganz Steiermark einen Medikamentenaufwand von 260 Millionen Schilling; daß 50 Prozent Abfuhrmittel verteilt werden, das glaube ich nicht. (Abg. Wimmeler: „In ganz Österreich, Herr Landesrat!“) Ich bitte um Entschuldigung. Wir haben jedenfalls insgesamt nur 260 Millionen Schilling Medikamentenaufwand in allen steirischen Krankenanstalten. (Abg. Nigl: „Das wäre geradezu eine militärische Medikamentenanwendung!“) Ich habe mich bitte verhöhrt. Ich nehme das gerne zurück. Ich hätte mich über diese Ziffer wirklich sehr gewundert. (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Das Anbot des Herrn Abgeordneten Piaty als Arztekammerpräsident, hier dem Land einen Kredit zu geben, kann ich nur an den Finanzreferenten, an die Regierung weiterleiten. Ich werde das sehr gerne tun. Es ist sicher nur eine Frage der Zinsen, Herr Primarius! Mit der Zweckbindung bin ich voll und ganz einverstanden.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher hat ja in dankenswerter Weise der Herr Abgeordnete Primarius DDr. Stepantschitz schon geantwortet. Ich halte auch viel vom biologischen Selbstbehalt. Ich glaube, daß die Menschen wirklich gesünder leben müssen. Ich habe die Ziffern von der Diagnosestraße des Bundesheeres, ich glaube St. Pölten, sehr gewissenhaft angeschaut. Diese sind katastrophal! Nach diesen Ziffern gibt es nur 14 Prozent der Achtehnjährigen, die überhaupt keine Krankheit haben. Das ist an sich erschreckend. Ich glaube, daß hier für die Zukunft viel Aufklärung notwendig sein wird. Es wird der Sozialversicherung und uns allen sehr gut tun, wenn die Menschen gesünder leben. Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat zum Beispiel vom gesünder leben, vom weniger trinken geredet und usw. hat sie gesagt. Da sie raucht, hat sie verhindert, auch das Rauchen als schädliche Begleiterscheinung festzustellen. (Abg. Jamnegg: „Nicht persönlich werden!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ja, raucht sie überhaupt?“) Und wie!

Herr Abgeordneter Dr. Schilcher, das Modell Steiermark stammt nicht von mir, das ist Ihnen sicher geläufig. (Abg. Dr. Schilcher: „Das weiß ich!“) Ich habe es im Büro als Geschenkexemplar. Die Frage des selbständigen Wirtschaftskörpers ist sicher eine interessante, aber scheinbar doch sehr schwierige Frage, denn auch der Ausschuß, den ja die ÖVP eingesetzt hat, hat bisher noch kein brauchbares Modell zutage gefördert. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das kommt demnächst!“) Nur die Idee. Das Modell liegt uns bisher noch nicht vor. Ich darf Ihnen sagen, daß wir gesprächsbereit sind, wie ich für jeden positiven Vorschlag zugänglich bin.

Die Frage, ob sich das Land darauf zurückzieht, das Defizit abzudecken, das andere gewissermaßen machen, ist eine Geschmackssache. Es wird bei der Beurteilung des Modells sicher eine Rolle spielen. Ich bin auch sehr begierig zu hören, ob der Kollege Wegart auf die Personalhoheit verzichtet. Auch das wird bei dem Modell sehr interessant. (Landes-

hauptmannstellvertreter Wegart: „Worauf soll ich verzichten?“) Die Personalhoheit! Ich fürchte fast, er gibt sie lieber an mich als an die selbständigen Wirtschaftskörper. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Die Frage wird studiert. Gut Ding braucht Weile!“ — Abg. Heidinger: „Aber nicht uns vorhalten, daß nichts weitergeht!“)

Meine Damen und Herren, ich komme damit auch schon zum Schluß. Ich möchte Sie gar nicht länger damit beschäftigen. Ich gebe auch zu, daß ich noch von der Gesamtproblematik echt beeindruckt bin und noch manche Dinge ordnen muß. Ich möchte doch als Referent allen, die im steirischen Gesundheitswesen tätig sind, aufrichtig danken. Den Ärzten, den Schwestern, dem Pflegepersonal, dem gesamten Personal, das in den Krankenanstalten mithilft. Ich möchte auch der Rechtsabteilung 12, den Mitarbeitern dort, vor allem Herrn Hofrat Doktor Schaffer für seinen großen Einsatz danken. Er mußte mich ein halbes Jahr durch alle Krankenanstalten geleiten und ich habe dort bei der Darstellung der örtlichen Verhältnisse immer wieder verwundert festgestellt, wie groß seine Erfahrung ist und wie sehr er alle Details in diesen Krankenanstalten kennt. Ich darf Ihnen sagen und wiederholen: Ich bin gerne für alle Vorschläge zur Diskussion bereit, die geeignet sind, die Wirksamkeit unserer Einrichtungen zu verbessern und das Ansehen unserer Krankenanstalten zu heben, und die geeignet sind, daß sie vielleicht in Zukunft noch sparsamer als bisher in diesen Anstalten tätig sind. (Abg. Pözl: „Und was wünschen wir den Patienten, Herr Landesrat?“) Den Patienten — und nachdem ich mich in dieser Budgetdebatte nicht mehr zum Wort melden muß — wünsche ich gute Weihnachten! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zur Gruppe-5 liegt keine Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Laurich: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag.

Präsident: Meine Damen und Herren, sollten Sie den Ansätzen der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, erbitte ich ein Händezucken. Danke. Die Gruppe 5 ist damit angenommen.

Wir unterbrechen nun die Sitzung des Landtages bis morgen um 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 20.15 Uhr — Wiederaufnahme am 7. Dezember 1977 um 8.30 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bevor wir aber in die Verhandlungen eingehen, möchte ich mir erlauben, da es Sitte und Brauch ist, daß wir während der Tagung des Landtages die Feste feiern, wie sie fallen, dem Herrn Landesrat Anton Peltzmann zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.) Es ist zwar kein runder Geburtstag, aber er feiert ihn in jenen Jahren, die wir die schönsten und besten nennen, und wir wünschen ihm seine Schaffenskraft und seine Lebensfreude auch für alle kommenden Jahre.

Wir beginnen noch immer nicht mit der Gruppe 6, sondern zunächst teile ich dem Hohen Haus mit, daß die Landesregierung in ihrer Sitzung am 5. Dezember 1977 die Einbringung der Steiermärkischen Bezügegesetznovelle 1977 in den Steiermärkischen Landtag beschlossen hat. Diese Gesetzesnovelle, Einl.-Zahl 954, Beilage Nr. 85, weise ich dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und dem Finanz-Ausschuß zu. Um diesen Ausschüssen Gelegenheit zu geben, diese Gesetzesnovelle zu beraten und sodann im Hohen Haus antragstellend zu berichten, unterbreche ich nunmehr die Sitzung auf eine halbe Stunde und ersuche die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses, sich zu versammeln. (Unterbrechung der Sitzung von 8.35 bis 9.05 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe dem Hohen Haus bekannt, daß der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und der Finanz-Ausschuß die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 854, Beilage Nr. 85, der Steirischen Bezügegesetz-Novelle 1977 behandelt haben und nunmehr antragstellend berichten können.

Ich schlage daher vor, diese Geschäftsstücke als Punkt 7 auf die Tagesordnung zu setzen.

Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können nicht auf der Tagesordnung stehende Geschäftsstücke nur dann als dringlich in Verhandlung genommen werden, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder hiezu seine Zustimmung gibt. Außerdem wäre von der Einhaltung der Auflagefrist abzusehen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren des Hohen Hauses, welche meinem Vorschlag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Mein Vorschlag ist angenommen.

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Wir kommen nun zur Behandlung der Gegenstände in der Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatte ist der Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 behandelt den Straßenbau, allgemeinen Wasserbau, Schutzwasserbau, Straßenverkehr, Luftverkehr, Flughafen und Flughafeneinrichtungen. Die Gesamtausgaben in dieser Gruppe betragen 812,331.000 Schilling, denen Gesamteinnahmen von 13,143.000 Schilling gegenüberstehen. Die Gruppe wurde im Finanzausschuß eingehend beraten. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abg. Haas: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute, am 7. Dezember, ist es genau einen Monat her, daß der große Autobahndurchbruch in Wien gelungen ist.

Das steirische Regierungsteam mit Landeshauptmann Dr. Niederl an der Spitze, konnte am Abend des 7. November mit der Gewißheit nach Graz zurückkehren, das in der gegenwärtigen Situation optimalste Ergebnis für unser Land mit nach Hause zu bringen. Es ist keine Frage, der Preis ist hoch, den das Land Steiermark zahlt, 835 Millionen Schilling zusätzlich, das heißt nahezu 1,4 Milliarden Schilling, die wir an steirischen Landesmitteln für Bundesaufgaben, nämlich für den Autobahnbau in den nächsten Jahren auslegen werden. Eine sehr stattliche Summe Geldes, mit der man vom Land her sicherlich sehr viel leisten könnte.

Meine Damen und Herren, die Situation hat sich in den letzten Jahren an den Nord-Süd-Verbindungen in der Steiermark derart dramatisch zugespitzt, das Verkehrsaufkommen hat sich derart gesteigert, die Belastung für die an diesen Durchzugsstrecken lebenden Menschen hat ein derart unerträgliches Ausmaß angenommen, daß die Verantwortlichen im Land hier der Sanierung dieser Verkehrsmisere einen klaren Vorrang vor anderen landespolitischen Vorhaben eingeräumt haben. Wenn wir erfahren, daß an der Pyhrnstrecke, die ja als Todesstrecke, als Straße der Tränen, heute einen europaweiten traurigen Ruf hat, daß es an dieser Pyhrnstrecke allein im Laufe des vergangenen Jahres mehr an tödlichen Unfällen gegeben hat als im gesamten weiträumigen deutschen Autobahnnetz, dann glaube ich, erübrigt sich jeder weitere Kommentar, und wird es auch verständlich, daß die Menschen, die an dieser Strecke leben müssen und schon ganz zermürbt und verzweifelt sind von dem ständigen Lärm und von dem Gestank, der in ihre Wohnungen dringt, einfach auf die Straßen gehen und diese Straßen besetzen, so wie das im heurigen Jahr der Fall gewesen ist.

Lassen Sie mich von dieser Stelle aus ein sehr herzliches Dankeschön sagen den Verantwortlichen im Land, unserem Landeshauptmann Dr. Niederl, auch dem Straßenbaureferenten Dr. Krainer, aber auch den Regierungsmitgliedern des linken Lagers (Abg. Gerhard Heidinger: „In unserem Lager steht Österreich.“), die hier in anerkannter Einmütigkeit am gemeinsamen steirischen Strang in Wien gezogen haben (Abg. Gerhard Heidinger: „Das waren gemeinsame Bemühungen aller!“), das ist ganz meine Meinung auch, Herr Kollege Heidinger, ich bin voll Ihrer Meinung, — und mit zum Erfolg beigetragen haben — (Landesrat Bammer: „Im linken Lager sind die namenlosen Regierungsmitglieder!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Landesfinanzreferent hat es bei seiner Einbegleitung haargenau so gemacht, lesen Sie nach im Protokoll!“) Ihren Einwurf verstehe ich nicht ganz, aber Sie werden wohl wissen, was Sie damit meinen, — jedenfalls gestehe ich gerne zu, daß in dieser gemeinsamen Anstrengung dieses Ergebnis zu erreichen war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte gerne nicht nur den Politikern, sondern auch

den Publizisten ein Wort des Dankes sagen. Den Publizisten, die es verstanden haben, in einer sehr eindringlichen Weise der gesamtösterreichischen, ich möchte sogar sagen der internationalen Öffentlichkeit diese Probleme hier bei uns transparent zu machen, die es auch verstanden haben, den Mitgliedern der Bundesregierung diese Probleme ein bißchen transparenter zu machen und sicher die Bereitschaft gefördert haben, hier auf eine vernünftige Lösung einzugehen. Meine Damen und Herren, ich bin Abgeordneter eines Bezirkes, der einen großen Teil der Mittelsteiermark umfaßt, von Röthelstein und Pernegg im Norden angefangen, hinunter bis nach Werndorf, Abgeordneter des Bezirkes Graz-Umgebung, der sich neuerdings auch dadurch auszeichnet, daß sich in ihm die großen Verkehrsachsen Pyhrn- und Südautobahn südlich von Graz kreuzen. Nun, was die Südautobahn angeht, gibt es keine Probleme bei uns. Sie ist seit fünf Jahren voll ausgebaut! Auch das erste Stück ausgebaute Pyhrnautobahn beginnt hier bei uns, nämlich am Autobahnknoten und führt bis Werndorf. Im Nordteil des Bezirkes wird es im nächsten Jahr ein großes Aufatmen geben, wenn wir die Gleinalmstrecke bis nach Friesach herunter in Verkehr nehmen können. Bis 1983, so hören wir, wird auch der Anschluß bis Graz-Nord fertiggestellt sein. Als Mittelsteirer muß ich sagen, alles in allem habe ich Grund, sehr zufrieden zu sein mit dem Gang der Dinge, zumal es ja auch in allernächster Zeit wieder einige sehr erfreuliche straßenbauliche Aspekte gibt. Übermorgen werden wir an der Schnellstraße zwischen Frohnleiten und Rothleiten ein sehr wichtiges Teilstück in Verkehr nehmen. Und auch für zwei neuralgische Punkte an dieser Strecke, nämlich die Ortsumfahrung von Peggau und die Bahnunterführung oder Überführung im Raum Gratkorn—Gratwein, für die ja zwei Anträge unserer und Ihrer Fraktion im Haus vorliegen, auch dafür bieten sich hier konkrete Ansätze für eine Lösung an.

Doch meine Damen und Herren, auf all unsere Freude über diese beachtlichen Fortschritte, die es da gibt und die es in nächster Zeit noch geben wird, fällt ein Schatten. Es ist das der Schatten des Plabutschberges. (Abg. Zinkanell: „So hoch ist er wieder nicht!“) Dieser Plabutsch, der so schön langsam beginnt, der Schicksalsberg der Grazer zu werden, nämlich in der entscheidenden Frage, ob die Pyhrnautobahn vor dem Plabutsch, also durch Graz-Eggenberg etwa, ob sie hinter dem Plabutsch oder ob sie unten durch den Plabutsch hindurchgezogen werden soll.

Meine Damen und Herren, wir feiern — ich glaube in diesen Tagen — das zehnjährige Jubiläum der Autobahnfestspiele zu Graz mit wechselnden Varianten, mit wechselnden Akteuren (Abg. Gerhard Heidinger: „Mit zu späten Bescheiden!“), aber mit gleichbleibendem Erfolg; Herr Kollege Heidinger, und zwar mit dem Erfolg, daß dieses Teilstück bei Graz das einzige auf der ganzen Pyhrnautobahn ist, bei dem es völlig offen ist, wann der Baubeginn und wann die Bauvollendung zu erwarten ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Landesrat Dr. Krainer weiß es

auch nicht, er weiß sonst alles!“) Herr Kollege Heidinger, wir werden noch darauf eingehen.

Ich möchte nur sagen, daß es nach sehr langen Jahren des hin und her im April 1975 hier in Graz eine sehr klare und demokratische Entscheidung gegeben hat, bei der sich die Mehrheit der Grazer ganz eindeutig für diese Tunneltrasse ausgesprochen hat. Daß es auch eine sehr klare Entscheidung im Gemeinderat in Graz gegeben hat, bei der sich alle drei großen Parteien dieser Stadt für die Tunneltrasse ausgesprochen haben, wo also auch Land und Bund (Abg. Brandl: „Zwei große und eine kleine!“) — jene drei im Grazer Stadtsenat vertretenen Parteien, bitte schön, wenn Ihnen das lieber ist! (Abg. Ing. Turek: „Er reitet uns schön hinein!“ — Abg. Brandl: „Er macht Euch nur besser!“) diese Trasse unterstützen. Auch der Bautenminister hat hier seine Unterstützungs- und Finanzierungszusicherung gegeben — und wir haben keinen Grund, am Wort des Herrn Ministers zu zweifeln, dies um so weniger, als ja nun durch dieses 800-Millionen-Schilling-Engagement des Landes Steiermark der Bund um 800 Millionen Schilling weniger an Aufwand hier im Land Steiermark hat, was — so hoffen wir — nun dem Plabutschtunnel zugute kommen sollte. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das scheidet nicht am Bautenminister, sondern am Wasserrecht, das habe ich bisher gehört!“) Ja, Herr Kollege Heidinger, sehen Sie, das ist es ja, was uns leid tut, daß angesichts all dieser klaren Entscheidungen und der hier zumindest verbal zum Ausdruck gebrachten Einigkeit dennoch weiter auf recht unfreundliche, recht unfaire Weise von verschiedenster Seite versucht wird, Stimmung zu machen und Querschüsse gegen diesen Plabutschtunnel abzugeben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie tun es!“) Und ich muß Ihnen auch eines sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion (Abg. Heidinger: „Der Genosse Reininghaus macht uns Schwierigkeiten!“ — Abg. Preamberger: „Sie werden doch nicht sagen, daß Herr Reininghaus Mitglied der sozialistischen Fraktion ist?“ — Abg. Dr. Maitz: „Genosse Sebastian stimmt aber schon!“): Was die Generalrede des Herrn Abgeordneten Strenitz angeht, muß ich sagen, war das, was er zu diesem Thema zu sagen hatte — es hat mich sehr betroffen und sehr bestürzt — eine Meisterleistung, ein Kabinettstück an Polemik und an Herausforderung. Er hat da sehr unbekümmert mit Vokabeln wie Planungschaos, Planungspleite, Planungsdebakel, Beweissicherungsstollen — das ist ein Unsinn, obwohl der Landwirtschaftsminister erst kürzlich am Parteitag ganz anderes erklärt hat, und erklärt hat, daß er auf die Entscheidungsgrundlagen wartet — herumgeworfen. Nun, ich will auf die Angriffe, die an den Herrn Landesrat persönlich gerichtet gewesen sind — er wird sich hier sicher zu wehren wissen und hier in gebührender Weise dem Herrn Abgeordneten Strenitz eine Antwort geben — gar nicht eingehen. Ich möchte nur zum Thema Planungspleite ein Wort sagen, und zwar ein Wort eines — glaube ich — recht zuständigen Mandatars der sozialistischen Fraktion, nämlich Ihres Bautensprechers, der Herrn Abgeordneten Loidl, der voriges Jahr hier im Rah-

men der Budgetbehandlung von dieser Stelle aus gesagt hat — der Herr Präsident möge mir dieses Zitat gestatten — (Abg. Gerhard Heidinger: „Ja, da brauchst du nicht den Präsidenten zu fragen!“): „Heute kann ich feststellen, daß durch eine imposante Leistung unserer Straßenplaner kein einziges wichtiges Straßenbauvorhaben im Land infolge fehlender Planung in seiner Ausführung behindert ist oder behindert wäre.“ Und er spricht im Anschluß daran der Straßenplanung hier in der Steiermark für diese imposante Leistung seine volle Anerkennung und seinen Respekt aus. (Beifall bei der OVP.) (Abg. Pözl: „Das ist ein seriöser Mann, der Loidl!“ — Abg. Zinkanell: „Er wird leider in eurer Zeitung nicht seriös behandelt!“ — Abg. Pözl: „Xandl, du mußt das wissen, der Loidl will ja nichts mehr werden, der Strenitz will ja was werden!“ — Abg. Nigl: „Der Strenitz ist ein verhinderter Vorarlberger!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ich frage Sie nun wirklich, was gelten soll. Das Wort von der Planungspleite, vom Planungschaos, oder die imposante Leistung nach Loidl, die hier im Land auf dem Gebiet der Planung erbracht worden ist. Wenn Sie mir bitte gestatten, würde ich in diesem Fall schon dem Bautensprecher und Chef der Bauarbeitergewerkschaft eine größere Kompetenz in dieser Frage einräumen.

Ich würde Sie auch fragen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was denn nun wirklich gilt. Gilt nun das Bekenntnis der Grazer Sozialisten zur Tunneltrasse, zu der man sich im Beschluß 1975 und auch im Juli 1977 neuerdings bekannt hat, oder soll nun nach Abgeordnetem Strenitz diese Trasse wieder in Frage gestellt werden? (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine Unterstellung, Herr Kollege!“) Er hat hier wörtlich ausgeführt: „Vernünftigerweise sollte man diese Tunneltrasse gar nicht bauen.“ Ich glaube, daß ich das hier richtig mitgeschrieben habe. (Abg. Pözl: „Der Strenitz hört das Gras wachsen!“) Soll nun Scherbaum hier in Graz wieder über Stoisser siegen, und soll Scherbaum für die Niederlage des Jahres 1973 hier nun eine späte Rache nehmen? Ich hoffe dennoch sehr, daß die vernünftigen und die verantwortungsbewußten Kräfte in der Sozialistischen Partei der Stadt Graz vor diesen Kräften der Unvernunft und der Rachsucht die Oberhand behalten werden. (Einige unverständliche Zwischenrufe.)

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, müssen wir nämlich wissen. Wenn nun auch diese Tunneltrasse zu Fall kommt oder gezielt zu Fall gebracht wird. (Abg. Gerhard Heidinger: „Von wem?“) Na, na, na, da fragen Sie? Sie haben die Rede des Kollegen Strenitz offenbar nicht mehr im Ohr! (Abg. Heidinger: „Sie unterstellen Doktor Strenitz etwas, was er gar nicht gesagt hat. Sie können nicht Ihre eigenen Unterstellungen zur Wahrheit erheben!“) Na, doch. Ich glaube, ich habe sehr genau mitgeschrieben. Abgeordneter Strenitz hat hier ausgeführt: „Vernünftigerweise sollte diese Tunneltrasse gar nicht mehr gebaut werden.“ (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Es soll uns nur freuen, wenn das nicht die durchgehende Linie in

der Sozialistischen Partei der Stadt Graz ist, was hier aus dem Mund des Herrn Abgeordneten Strenitz durchgeschlagen hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie verteidigen Ihre Unterstellungen und glauben das zum Schluß noch. Wissen Sie, was Dr. Strenitz durchschlagen will? Den Tunnel will er durchschlagen!“) Na, dann hat er aber etwas ganz anderes hier gesagt. (Abg. Dr. Heidinger: „Was will er durchschlagen?“)

Schauen Sie, wir wissen natürlich ganz genau, daß es keine Idealtrasse gibt. Gegen jede läßt sich irgendetwas sagen. Aber wir sind doch der Meinung — und ich war im Glauben, daß Sie uns hier zustimmen —, daß diese Tunneltrasse die umweltfreundlichste und die menschenfreundlichste ist, zu der wir uns hier gemeinsam durchgerungen haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich habe nur noch eine einzige Frage, dann sage ich nichts mehr: Wann ist der Wasserrechtsbescheid des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erlassen?“ — Abg. Nigl: „1937 schon!“ — Gelächter.) Bitte schön, dazu, glaube ich, wird Ihnen Landesrat Krainer besser Auskunft geben können als ich das kann. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie wollen nicht bei der Wahrheit bleiben! Sie bauen die Trasse mit Schmähl!“) Aber Tatsache ist, daß das Tunnelprojekt der Landesplanung — bitte, hören Sie mir zu, Herr Kollege Heidinger — bereits im März 1976 vom Bauminister genehmigt worden ist. Das Projekt des Plabutschtunnels. Das sollten Sie, glaube ich, auch wissen. Ich möchte vor allem vor einem warnen. Nämlich vor der Meinung — man hat ja immer noch einen recht billigen, bequemen Ausweg, indem man einfach diese Autobahntrasse hinter dem Plabutsch durch das Grazer Umland durchzieht. Nur sage ich Ihnen, daß das kein Ausweg ist. Erstens einmal würde es für dieses relativ kurze Teilstück eine Umfahrung mit einer Mehrstrecke von 20 Kilometern geben. Das würde heißen, daß natürlich weiterhin die ganzen Lkw-Züge durch Graz hindurchdonnern würden — siehe das Beispiel Wildon. Zweitens, meine Damen und Herren (Abg. Loidl: „Das steht doch nicht zur Diskussion!“). — Na doch, laufend wird das in die Diskussion geworfen! —, würde eine solche Umfahrung an die 300 Millionen Schilling bei einer Mindestbau- und -projektierungszeit von etwa sechs Jahren benötigen. Dann glaube ich, sollte man allen jenen, die diese Variante immer wieder ins Gespräch bringen, eines sagen, daß sich hinter dem Plabutsch halt keine menschenlose Steppe ausdehnt, sondern daß in diesen fünf oder sechs Gemeinden, durch die diese Gastarbeiterroute umgelenkt werden müßte, an die 12.000 Menschen leben, ich muß Ihnen sagen, Gewehr bei Fuß leben. Gewehr bei Fuß leben deshalb, weil — ich weiß das von den meisten Gemeinden — man sich dort mit aller Vehemenz und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren wird, mit Sitzstreiks usw., daß hier der Trampelpfad Europas nun durch ihre Gemeinden hindurchgeführt wird. (Präs. Gross: „Warum wollen Sie uns die Umfahrung hinaufdividieren? Wir stehen zum Tunnel!“) Das ist ja sehr erfreulich zu hören. Aus der Rede des Herrn Abgeordneten Strenitz war ganz anderes zu hören. Wenn Sie dazu stehen, so freuen wir uns.

Meine Damen und Herren (Abg. Loidl: „Heute ist der Tunnel angeschlagen worden. Wartet doch, was herauskommt!“), wir freuen uns, und wir würden uns freuen, wenn Sie das auch täten.

Ich glaube, daß in der Frage Plabutschunnel Chefredakteur Czoklich recht hat, wenn er sagte, daß demonstrative Einigkeit (Präs. Gross: „Die ist ja da!“) uns eine Chance gibt, eine demonstrative Einigkeit aller politischen Kräfte hier in der Stadt Graz uns eine Chance gibt, einen baldigen Baubeginn zu erreichen, die Finanzierung zu erreichen und auch zu erreichen, daß diese Einsprüche in Wien möglichst bald und möglichst unbürokratisch erledigt werden. Daß uns nur demonstrative Einigkeit helfen wird, diesen Gordischen Knoten Graz zu lösen. Ein jedes Abgehen von dieser gemeinsamen Linie, meine Damen und Herren, würde ich als einen sehr, sehr unheilvollen Rückschritt zum Schaden der Grazer ansehen. Wir von der ÖVP laden Sie sehr herzlich ein (Präs. Gross: „Sie brauchen uns nicht einzuladen, wir haben uns ja zum Tunnel bekannt!“), mit uns weiter diesen gemeinsamen Weg zu gehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind.

Abg. Lind: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mehr Machtsucht und Härte steht in der Steiermark zugrunde scheinbar. Wem gehört die Steiermark? Ich glaube, allen Steirern und nicht nur der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Ing. Turek: „Der ÖVP net, das ist ganz neu.“) Ich glaube, die Adresse geben wir weiter nach Wien. Wir wollen in unserem Land eine Eintracht und keine Zwietracht. Wenn ich gestern zum Kompaniechef einer Grenzschutztruppe gestempelt wurde, dann darf ich nur eines sagen: Ich glaube, die Sicherheit soll nicht nur Anliegen der Exekutive, sondern Anliegen aller Steirer sein, damit wir gemeinsam unser schönes Steirerland beschützen. Das, glaube ich, können wir alle zur Richtschnur nehmen. Aber die Eintracht ist scheinbar doch und Gott sei Dank in bezug auf den Autobahnbau vorhanden.

Ich komme aus einer Region, aus der Oststeiermark, in der in der nächsten Zeit leider mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu rechnen ist, die wir beseitigen müssen. Es beginnt eine Arbeitslosigkeit, gegen die wir antreten müssen, wir müssen unsere Pendler heimholen, und vor allen Dingen auch der Jugend Arbeitsplätze sichern. Das gehört sicherlich zum Thema Autobahnbau. Ich muß es auch hier erwähnen, denn gerade die Sache Arbeitsplatzbeschaffung wird immer verniedlicht und auch die Sache Arbeitslosigkeit.

Wir haben in Hartberg einen Quizabend gehabt, ein Steiermarkbild, zu dem die Bürgermeister gesucht wurden, Teams für diesen Quizabend zur Verfügung zu stellen, bestehend aus je einem Sportler, einem Mädchen und einer Denkkanonie. Die Denkkanonien waren durchwegs Maturanten, Absolventen von Höheren Technischen Lehranstalten. Mehr als die Hälfte dieser jungen Leute

gaben zur Antwort als sie befragt wurden, welchen Beruf sie haben, sie sind arbeitslos. Ein Maturant sagte, er sei Tankwart. Ich glaube, wir müssen darüber nachdenken und alle zusammenstehen, um all diese Probleme zu lösen. Auch die Einbeziehung des Bezirkes Hartberg in die Kategorie der Grenzlandbezirke wird notwendig sein.

Aber unsere dringende Forderung in der Oststeiermark, die gilt aber nicht nur für die Oststeiermark, sondern auch für das Burgenland, für Niederösterreich und für Kärnten, ist der sofortige Ausbau der Südautobahn. Wenn in Hartberg ein Südautobahnkomitee einen Streik der Bewohner noch verhindern konnte, einen Sitzstreik der Bevölkerung, die immer wieder die Schwierigkeiten des Verkehrs auf sich nehmen mußte, so freuen wir uns doch, daß die Ergebnisse in Wien fruchtbar waren und daß unser Herr Landeshauptmann, wie bereits mein Vorredner erwähnte, und Herr Landesrat Dr. Krainer ein gutes Verhandlungsergebnis von Wien nach Hause brachten, und somit dem Bau der Südautobahn nichts im Wege steht. Allerdings kämpfen wir trotzdem um den gesamten Ausbau der Südautobahn, bis hinauf auf den Wechsel. Das muß unser Anliegen sein, und es wurden auch Vorschläge von seiten des Landes unterbreitet, daß das in zehn Jahren möglich wäre.

Die Bedeutung der Südautobahn als Lebensader für viele Österreicher, glaube ich, muß ich hier nicht besonders erwähnen. Sie bedeutet den Anschluß an die ganze Welt. Und wenn der Rhein-Main-Donau-Kanal einmal zum Tragen kommt, brauchen wir diese Nord-Süd-Verbindung hinunter zur Adria und in den Süden. Wir können diese Region, die entlang der Südautobahn liegt, nur aufwerten und das Wohlstandsgefälle beseitigen, wenn diese Südautobahn so rasch wie möglich zum Tragen kommt. Sie ist ein Teil der Aufschließung des Wirtschaftsdreiecks Wien—Graz—Linz—Wien, das Herz Österreichs, welches hier aufgewertet werden muß.

Zur Verkehrssituation selbst: Wir wissen ganz genau, daß der Schienenverkehr Hartberg—Graz nicht zum Tragen kommt, weil noch einmal so viele Kilometer auf der Schiene zu bewältigen sind als auf der Autostraße. Deshalb hat der Verkehr gerade auf der Wechselstraße enorm zugenommen. Es sind bis zu 1000 Fahrzeuge, die stündlich über diese Wechselstraße, speziell durch die Orte Hartberg, Kaindorf, Hirnsdorf, Pischelsdorf rollen. Es ist eine unerträgliche Situation entstanden. Die Verkehrszunahme ist perzentuell gesehen noch größer, als auf der Schoberbundesstraße, obwohl ich sagen muß, daß Pyhrn- und Südautobahn in einem gebaut werden müssen, daß diese beiden zusammengehören, daß keine vordringlicher oder nachrangiger ist.

Ich möchte auch den Präsidenten der Arbeiterkammer bitten, sich voll und ganz nicht nur zum Bau der Pyhrnautobahn, sondern auch zum Bau der Südautobahn zu bekennen, dann wird er auch bei seinen Arbeitnehmern Anerkennung finden. Die Umleitung des Lastverkehrs, der bereits vom Süden kommend in Wildon auf die Autobahn auffährt, über Hartberg, über die Wechselstraße ist enorm.

Und wer diese Strecke befährt, der muß feststellen, daß das Fahren auf der Wechselstraße mit unheimlich großen Gefahren verbunden ist, daß täglich Unfälle passieren und daß es viele Tote gibt.

Zur wirtschaftlichen Situation, die der Bau dieser Südautobahn bringt, sei in erster Linie die direkte Verbesserung der Arbeitsmarktlage hier in den Vordergrund zu stellen. Es werden die Baubetriebe Beschäftigung finden mit ihren Dienstnehmern. Und wenn gestern hier zum Ausdruck gebracht wurde, daß hier keine Gefahr im Verzug ist, daß die Baubetriebe voll beschäftigt sind oder die Arbeitnehmer, so muß ich sagen, daß das in der Oststeiermark nicht so ist, daß in den nächsten Wochen zusätzlich zum normalen Abbau durch die Arbeitseinschränkung Hunderte von Arbeitskräften beschäftigungslos werden, wenn nicht rasch mit dem Bau der Südautobahn begonnen wird. Es ist Alarmstufe 1 in dieser Frage. Aber auch die Klein- und Mittelbetriebe leiden an der Verkehrsmisere. Auch hier müssen wir Möglichkeiten schaffen, um denen die Lebensader besser direkt an den Betrieb heranzuführen. Der Fremdenverkehr, eine bedeutende Nebeneinnahme aber auch eine Haupteinnahme für unserer Region, hängt natürlich genauso davon ab. Die Steigerung der Zahlen hängt vom Ausbau der Südautobahn ab, denn jeder Gast möchte, ohne besondere Gefahren auf sich nehmen zu müssen, sein Urlaubsziel erreichen.

Nun, wer trägt die Verantwortung? Es wurde gestern zum Ausdruck gebracht, daß das Land die Verantwortung zu tragen hat und sie nicht ablehnen soll. Ich glaube, das Land Steiermark, gerade Landesrat Dr. Krainer als Referent für das Straßenbauwesen, ist sich dieser Verantwortung voll und ganz bewußt. Es sind Planungen geschaffen, die weit in die nächsten Jahrzehnte reichen. Es sind alle Voraussetzungen erfüllt, um auch die Straßenbauarbeiten durchzuführen, nur muß sich der Bund, muß sich der Finanzminister und der Bautenminister dazu bekennen, indem sie ihre Verpflichtungen voll und ganz erledigen.

Wir hoffen, daß die Versprechen, die gegeben werden, eingelöst werden. Wir sind sogar fest davon überzeugt. Wir kämpfen nach wie vor um den Weiterbau, um den Vollausbau der Südautobahn. Ich darf nur eines hier noch zum Ausdruck bringen, daß eben in der nächsten Zeit der Autobahnabschnitt Hartberg—Gleisdorf im Halbausbau errichtet werden soll. Aber hier ist wieder Voraussetzung, daß dieser Halbausbau mit vier Fahrbahnen erfolgt. Ferner soll ein zirka 14 Kilometer langer Abschnitt an der B 65 zwischen Untergroßau und Ilz aus der Vorfinanzierung ausgeklammert und aus den normalen Zuteilungsraten des Bundes finanziert werden. Damit ergeben sich folgende Gesamtbaukosten, die der Vorfinanzierung zugrunde gelegt werden, und Sie wissen ganz genau, daß das Land Steiermark bereit ist, hier beträchtliche Mittel in den nächsten Jahren zur Verfügung zu stellen, damit die Bundesaufgaben mit Hilfe des Landes erfüllt werden können. Die Baukosten belaufen sich für Hartberg—Ilz auf 1,1 Milliarden Schilling; die Umfahrung Gleisdorf und der Halbausbau auf 350 Millionen Schilling, und die Lungitztalzubringer-

straße auf 50 Millionen Schilling. Für diese Vorfinanzierung zahlt das Land in den ersten beiden Jahren zwei Zuschüsse von je 25 Millionen Schilling, mit welchen die Lungitztalzubringerstraße als Landesstraße ausgebaut werden soll. Für den restlichen Betrag von 1,4 Milliarden Schilling übernimmt das Land Zinszuschüsse. Diese Zinszuschüsse werden das Land Steiermark sicherlich bis zum Jahr 1987 enorm belasten, auf der anderen Seite die Vorfinanzierung natürlich auch den Bund und wir hoffen, daß die Mittel nicht bei der direkten Finanzierung eingespart werden. Mittels dieser Vorfinanzierung durch das Land und der Zurverfügungstellung der Mittel soll also die Südautobahn im Abschnitt Hartberg—Ilz bis 1983 verkehrswirksam werden. Gleichzeitig wird ebenfalls im Rahmen der Vorfinanzierung die Umfahrung Gleisdorf bis zur B 65 in Untergroßau verlängert. Für beide Vorfinanzierungsabschnitte ist ein Halbausbau — wie bereits erwähnt —, also die Errichtung einer Fahrbahnhälfte, vorgesehen. Wir kämpfen aber nach wie vor um den Vollausbau. Zum selben Zeitpunkt soll aber auch bis zum Jahr 1983 der Übergang über die Pack verkehrswirksam werden. Mit diesem Ausbaukonzept wird es nun möglich sein, unter Heranziehung gut ausgebauter und leistungsfähiger Bundesstraßenabschnitte bis 1983 eine entsprechende Verkehrswirksamkeit an der Südautobahn zu realisieren.

Ich glaube, daß gerade auch die Arbeitsbeschaffung von besonderer Bedeutung ist, und daß es besser ist, Autobahnen zu bauen, als Arbeitslose im Land zu haben. Es drängt sich deshalb auch die Frage auf, ob es nicht sinn- und zweckvoll wäre, aus Mitteln der Arbeitslosenfürsorge nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, um den Bau dieser Südautobahn noch schneller voranzutreiben. Die Umwegrentabilität ist unter allen Umständen gegeben. Die hier angelegten Steuergelder kommen x-fach wieder zurück. Ich glaube, das wäre die richtige Art der Handhabung.

Mit dem nochmaligen Dank an Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl und an Herrn Landesrat Dr. Krainer mit der Beamtschaft, glaube ich, müssen wir uns zum Ausbau der Südautobahn sowie auch der Pyhrnautobahn bekennen, und wir hoffen, daß hier große Fortschritte erzielt werden. Das Land Steiermark hat die Aufgaben voll erfüllt, und wir erwarten das auch von der Bundesregierung. Wenn ich nur noch kurz vor Beendigung meiner Ausführungen zum Ausdruck bringen darf, daß gerade das Land Steiermark auf dem Sektor des Landesstraßenbaues Enormes geleistet hat. Man sieht es überall, auch auf dem Sektor der Straßenübernahme. Wenn hier noch einige Wünsche angebracht wären, speziell für den Bezirk Hartberg: Die noch bessere Erschließung des Vorauer Raumes, die im Gange ist, aber auch die noch bessere Erschließung des Pöllauer Raumes, die im Gange ist, die Fortschritte annimmt, so sind das sicherlich berechnete Forderungen, zu denen sich aber die Steiermärkische Landesregierung und der Herr Landesrat Dr. Krainer bekennen. Einige Straßenübernahmen sind noch dazu vermerkt.

Als Sofortmaßnahme für die Verbesserung der Verkehrssituation in der Oststeiermark sei hervorgehoben der Ausbau der Kriechspuren auf der Wechselstraße zwischen Hartberg und Gleisdorf. Hier ist die Situation am präkärsten. Aber mit dem Ausbau der Kriechspuren, der nicht allzu große Kosten verursacht, wäre bis zur Übergabe der Südautobahn das Problem vordringlich gelöst. Ich hoffe nun, daß der Bund mit Hilfe des Landes seine Pflicht im Falle Südautobahn erfüllt, und daß alle Versprechen eingehalten und eingelöst werden und unsere weitere Forderung nach Vollausbau der Südautobahn im Raum Steiermark erfüllt wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um eine aufrechte Gesinnung. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu einer tatsächlichen Berichtigung nach § 37 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz das Wort. Ich verweise ausdrücklich darauf, daß nach dem § 2 eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Haas hat mir vorhin in seiner Rede in den Mund gelegt, ich hätte gesagt, der Pyhrnautobahn-Plabutschunnel sollte vernünftigerweise nicht gebaut werden. Das ist unrichtig. (Abg. Haas: „Das wurde gesagt!“ — Abg. Nigl: „In der Presse nachzulesen.“) Ich habe gesagt, und ich bitte, das in den stenographischen Protokollen nachzulesen: „Herr Landesrat Dr. Krainer, was werden Sie tun, wenn der Tunnel erst in zehn Jahren oder noch später fertig sein sollte oder vernünftigerweise überhaupt nicht gebaut werden könnte?“ Dazu sind sieben Feststellungen notwendig:

1. Die Grazer SPO und die SPO-Abgeordneten dieses Hauses stehen eindeutig zum Plabutschunnel. (Abg. Haas: „Sehr gut!“)
2. Die Grazer SPO hat im Jahre 1973 im Grazer Gemeinderat gemeinsam mit allen anderen Parteien auch die Aufhebung der Eggenberger Trasse beschlossen.
3. Die SPO unternimmt alles, um den Baubeginn des Plabutschunnels möglichst zu beschleunigen. Eine Reihe von Gesprächen des Grazer Vizebürgermeisters Stoiser mit Fraktionsfreunden in Wien beweist das.
4. Zehntausende Grazerinnen und Grazer wollen möglichst rasch von den entsetzlichen Belastungen durch Lärm, Abgase und Gestank befreit werden.
5. Die Planunterlagen sind mangelhaft.
6. Wenn sich aufgrund geologischer Gutachten — und solche Gutachten sind vorhanden — herausstellen sollte, daß aufgrund geologischer Schwierigkeiten der Tunnel erst in zehn Jahren oder gar noch später fertig sein sollte, dann wäre es vernünftiger, bis dahin eine Umfahrung ins Auge zu fassen, denn es ist allen diesen Grazerinnen und Grazern nicht mehr zumutbar, so lange auf einen Pyhrnautobahntunnel zu warten.

7. Der Vorwurf, der sich an den politischen Referenten richtet, ist der, daß er solche Alternativen bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Tunnel in Betrieb sein wird, bisher nicht ernsthaft auf den Tisch gelegt hat, sondern daß er im Gegenteil solche Möglichkeiten eher vorschnell und wenig seriös abgetan hat, weil man mit einem überlangen Sattelschlepper um Kurven fahren wollte, wo jeder gesehen hat, daß das zunächst nicht gehen wird, weil natürlich gewisse Ausbesserungen und Ausbauten notwendig sein werden. Das habe ich gesagt, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPO.) (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war eine Korrektur und keine tatsächliche Berichtigung!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das war keine Korrektur, sondern eine tatsächliche Berichtigung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich habe ja nicht gesagt, daß es etwas Unrechtes war!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Du bist ein schlauer Fuchs!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prensberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prensberger: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Seit Jahren haben sozialistische Abgeordnete in diesem Haus einige Anträge, betreffend Ausbau der Landesstraßen in der Stadt Graz, eingebracht. Es sind immerhin 64 Kilometer Landesstraßen hier in der Stadt Graz, die zur Abwicklung des städtischen Verkehrs eine ganz entscheidende Rolle spielen. Im Jahre 1974 haben wir einen Antrag eingebracht, betreffend Unterführung im Zuge der Friedhofstraße bei der Südbahn. Diese Friedhofstraße ist natürlich für die Entlastung der Eggenberger Straße ein ganz entscheidender Faktor. Nicht nur, daß es dort zu großen Stauungen kommt, die für die Autofahrer Ärgerniserreger sind, ist es wichtig, daß diese Eggenberger Straße hier eine Entlastung erfährt. Ganz besonders erfreulich ist es, daß für dieses Bauprojekt finanzielle Mittel bereits festgehalten und freigestellt werden. (Abg. Pözl: „Sie sind bereitgestellt!“) Kollege Pözl, danke für Ihren Zwischenruf.

Es ist so, daß natürlich Verzögerungen eintreten können, da es immer wieder Einsprüche gibt. Natürlich hängt das auch von den finanziellen Voraussetzungen ab, damit so ein Bauprojekt schnell durchgeführt werden kann. Ich zeige das auf, weil gerade 1978 das Arbeiterunfallkrankenhaus in Betrieb gehen soll. Als Arbeitnehmervertreter habe ich natürlich ein großes Interesse daran, daß dieses Arbeiterunfallkrankenhaus verkehrsmäßig erschlossen wird. Man muß berücksichtigen, daß die Verkehrsdichte in Eggenberg zu den Stoßzeiten oft eine Situation hervorruft, die fast an der Grenze des Zusammenbruchs des Verkehrs liegt. Wir müssen berücksichtigen, daß bei der Inbetriebnahme dieses Unfallkrankenhauses zusätzlich 100 Rettungsfahrzeuge täglich im Jahresdurchschnitt dieses Unfallkrankenhauses anfahren müssen. Ungefähr 600 Personen werden in diesem Krankenhaus Beschäftigung finden. Weiters sind im Durchschnitt 500 Ambulanzbesucher von Montag bis Freitag zu registrieren.

53 Prozent dieser Ambulanzbesucher benützen meistens nur die öffentlichen Verkehrseinrichtungen, der Rest kommt mit eigenen Fahrzeugen.

Wir müssen noch berücksichtigen, daß dieses Krankenhaus zusätzlich 220 Betten beinhalten wird, und daß man pro Bett mit mindestens einem Besucher pro Tag rechnen muß. Nun darf man nicht übersehen, daß auch für dieses Krankenhaus die Zubringerfahrzeuge für Küchenbetrieb usw. notwendig sind. Täglich, und das darf man auch nicht übersehen, sprechen in der Landesstelle zirka 80 Invalide und Versehrte vor und die müssen ebenfalls abgefertigt werden. In der Nähe des Arbeiterunfallkrankenhauses befindet sich auch das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, das auch sehr frequentiert ist, die Katholische Akademie, die Algersdorfer Volks- und Hauptschule und auch das große ASKO-Sportzentrum. Im Nahbereich befinden sich auch 6000 Anrainer und ein gewisses Ballungsgebiet der Schwerindustrie befindet sich entlang der Waagner-Biro-Straße und der Bahn. 8000 Fahrzeuge benützen nach Erfahrungswerten täglich die Plabutscher Straße. Und durch die Novelle des ASVG, wonach nun auch Schüler und Studenten in die Unfallversicherung eingeschlossen werden, ist mit einem starken Zuwachs zu rechnen.

30 Prozent der Verletzten kommen aus dem Raum außerhalb von Graz, vor allem aus dem Norden. Die Papier- und Kartonagenfabriken arbeiten auch an Sonn- und Feiertagen. Weiterer Erschwerungsgrund: Der sonntägliche Ausflugsverkehr, der ebenfalls in dieses Gebiet strömt.

Ein Großteil der Verletzten kommt aus dem oststeirischen Raum. Von der Autobahn ist kein Anschluß an das Arbeiterunfallkrankenhaus vorgesehen und bedauerlicherweise — gestern wurde auch darauf hingewiesen — stirbt nach Erfahrungswerten ein Großteil der Verletzten beim Transport im Rettungsauto. Hier ist auch ein Erfahrungswert seitens des Unfallkrankenhauses: Nach Unfällen sterben seit vielen Jahren zirka 53 Prozent der Verunglückten beim Transport. Daher ist es notwendig, daß die Zubringerstraßen zu diesem Unfallkrankenhaus ein Niveau aufweisen und eine Voraussetzung bieten, daß dieser Transport schnell und reibungslos abgewickelt werden kann. (Abg. Pözl: „Der Stepantschitz hat gesagt, das Rettungsauto müßte noch entsprechend eingerichtet werden!“) Wenn auch hier in dieser Richtung Wünsche geäußert wurden, ist es für mich ganz entscheidend, daß die Straßen, die zu diesem Unfallkrankenhaus führen, auch für die Rettungswagen befahrbar sind. (Abg. Ing. Turek: „Ein Karrenweg geht ja gerade nicht hin!“) Da komme ich noch zu sprechen.

Es werden weiters im Jahr zirka 35.000 Verletzte behandelt, 5000 bis 6000 werden stationär behandelt, und man darf nicht übersehen, daß gerade ein Unfallkrankenhaus eine sehr große Zahl ambulanter Behandlungen, man schätzt zirka 3000, zu versorgen hat. Nun, die L 333 (Abg. Pözl: „Was ist das für eine Straße?“) ist eine Aufschließungsstraße zu diesem Arbeiterunfallkrankenhaus, Herr Kollege Pözl. Die Fortsetzung der Plabutscher Straße bis zur Kreuzung Wienerstraße—Kalvarien-

berggürtel, die Erschließung ist dringendst erforderlich. Aufgrund des Gesetzes gibt es eine Bestimmung, daß eine Bundesstraße nur dann ausgebaut werden kann, wenn sie auch wieder in eine weitere Bundesstraße mündet. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Die Zufahrt mündet hier in eine Landesstraße. (Landesrat Dr. Krainer: „Du mußt dich nicht für den Bund einsetzen!“) Ich setze mich hier nicht für den Bund ein, sondern hier spreche ich ausdrücklich für Landesstraßen in Graz und daß hier Landesstraßen gerade zum neuen Arbeiterunfallspital eine entscheidende Rolle spielen. Auf diese Probleme möchte ich hinweisen. (Abg. Ing. Turek: „Richtig, das ist ein Problem!“) Diese Voraussetzung trifft also nicht zu, weil sie mündet in eine Landesstraße, zur L 333. Es ist paradox, wenn ein Herr Strohmaier (Abg. Plözl: „Ist der von euch?“) sagt, es bedarf keiner Aufschließung, es sollten Hubschrauber eingesetzt werden, um die Verletzten ins Arbeiterunfallspital zu transportieren. Es wäre nur sehr interessant, was sich der Herr Strohmaier vorstellt, wenn mitten in der Stadt ein Unfall passiert, wie dann hier der Hubschrauber die Landung vornehmen wird. (Abg. Pözl: „Zum Beispiel am Jakominiplatz!“)

Das Ergebnis in der Planung ist folgendes: Es ist geplant, daß diese L 333 eine Verbreiterung erfährt, und zwar ist das hier die Göstinger Straße im Bereich des Arbeiterunfallkrankenhauses bis zu zwölf Meter. Es wird aber in den anderen Bereichen die Straße eine Breite von nur sechs Metern aufweisen, und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß der Ausbau der Peter-Tunner-Gasse als Verbindung vom Kalvarienberggürtel zum Krankenhaus, welcher sich noch in der Projektierung befindet, auf Dauer nicht ausreichend sein wird. Ich darf auch noch auf ein paar andere Landesstraßen hinweisen, Herr Landesrat Krainer: die L 321, die Petrifelderstraße. Bisher war es möglich, daß man ungehindert zum COOP-Markt fahren konnte, derzeit ist diese Zufahrt, die von vielen stark begehrt ist, nicht möglich, weil ein Verbotsschild von der Landesbehörde dort aufgestellt wurde. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine ganz tückische Sache, das grenzt an eine Verschwörung gegen den COOP-Markt! Das hat sicher einen politischen Hintergrund, da hat sicher der Peltzmann die Hände im Spiel!“) Schauen Sie, Herr Abgeordneter Fuchs, ich zeige ein paar Dinge auf, die zur Ärgerniserregung und auch zu schwierigen Problemen der Abwicklung des Verkehrs über Landesstraßen führen. Ich werde auch noch ein paar Dinge zu Gespräch bringen, gleich einem Vorschlag, wie man das unter Umständen im Interesse der Grazer Bevölkerung vielleicht auch lösen könnte. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nur mit Dienstwagen!“ — Abg. Pözl: „Der Ingenieur Fuchs hat schon einen Vorschlag: Dienstwagen!“)

Die Landesstraße 111, St.-Peter-Hauptstraße, hat echt die Funktion als Autobahnzubringer, daher ist es notwendig, die Engstellen besonders im südlichen Bereich zu beseitigen. Diese sind ein echtes Hindernis also auch für den immer stärker werdenden Verkehr. Man kann hier natürlich auch vorbringen, daß die finanziellen Mittel nicht aus-

reichen. Ich zeige sie aber auf, damit man in naher Zukunft dieses Problem löst.

Bei der Landesstraße 325, Waltendorfer Hauptstraße, ist besonders im Bereich der Anhöhe die Verkehrssicherheit in keiner Weise gegeben, weil hier eine Engstelle mit der Kuppe zusammenfällt. Jeder Verkehrsteilnehmer weiß, welche Gefahren das in sich birgt und hier wäre eine Sofortmaßnahme dringend notwendig, wenn es anders nicht möglich ist, durch Aufstellung eines Verkehrsspiegels.

Die Landesstraße 331, das ist die Thaler Straße, ist ein besonderes Problem der Stadt Graz. Diese Straße befindet sich in einem echt schlechten Zustand. Sie ist sehr kurvenreich und unübersichtlich und hier müßte man schon im Göstinger Bereich mit dem Ausbau beginnen. Man darf nicht übersehen, daß auch die Omnibusse der Grazer Verkehrsbetriebe diese Straße benützen. Es wäre äußerst wichtig, diese Anträge, die hier in diesem Haus eingebracht werden, auch in die Tat umzusetzen, zumal es sich um ein Ausflugsziel erholungssuchender Grazer handelt.

Abschließend darf ich noch darauf hinweisen, daß es begrüßenswert wäre, wenn in der Karl-Morre-Straße—Reinighausstraße aus Gründen der Schulwegsicherung — und die steht im Vordergrund — eine Verkehrsampelsignalanlage aufgestellt werden würde. Diese wäre wirklich dringend erforderlich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte nur vorerst einmal auf die Ausführungen des Kollegen Preamberger eingehen, der die Zufahrtsstraße zum neuen Unfallkrankenhaus hier beleuchtet und seine Bedenken angemeldet hat, daß die jetzt ins Auge gefaßte Lösung nicht ideal ist. Da könnte ich ihm ohne weiteres zustimmen.

Natürlich, in einem dicht verbauten Gebiet, wie es die Stadt Graz darstellt, noch dazu, wo es sehr wenig freie Grundflächen gibt, war es ja einerseits nicht möglich, das Unfallkrankenhaus wo anders zu situieren, und zweitens ist es halt sehr schwer, hier einen Pfad hinüber zu finden, und es gibt eben leider keine andere Möglichkeit, als die neue L 363 in dieser Form auszubauen, daß wir eben vom Kalvarienberggürtel durch die Peter-Tunner-Straße hinüber eine möglichst leistungsfähige Zufahrt zum Unfallkrankenhaus schaffen.

Ich darf nur betonen, sicher war auch seinerzeit bei der Planung dieses neuen Unfallkrankenhauses der Gedanke dabei, daß dieses Unfallkrankenhaus an der ehemaligen Autobahntrasse in Eggenberg lag und man sicher damit gerechnet hat, daß diese leistungsfähige Autobahn dort beim Unfallkrankenhaus vorbei auch eine entsprechend günstige Aufschließung für das Unfallkrankenhaus darstellen würde. Ich bezweifle allerdings — und das möchte

ich doch sagen, und ich werde mich dann sicher nicht mehr, wenn ich nicht provoziert werde, mit der Autobahn in Graz beschäftigen —, ob es sehr günstig gewesen wäre, daß man gerade neben einem Krankenhaus eine leistungsfähige Straße hingebaut hätte. Ich darf nur darauf hinweisen, daß das Krankenhaus in Bruck ja unter sehr großer Lärmbelastigung leidet, nachdem es sich ja auch an einem sehr frequentierten Verkehrsknotenpunkt befindet. Es ist eine Schwierigkeit, das gebe ich ohne weiteres zu, aber ich glaube schon, daß es gelingen wird, hier zu einer möglichst optimalen Lösung — etwas anderes ist halt in einer Stadt wie Graz nicht drinnen — zu kommen.

Nun, meine Damen und Herren, der Kollege Haas hat seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß es nunmehr aufgrund intensiver Verhandlungen bei und mit den Wiener Stellen gelungen ist, doch einige Beträge, was den Autobahnbau und Ausbau der Autobahn in der Steiermark anbelangt, hier in die Steiermark zu bekommen. Ich kann mich dieser Freude durchaus anschließen, möchte aber sicher auch hier deponieren, daß wir — und ich glaube, hier sind wir einer Meinung — einmal in den Raum stellen können, zuwenig ist es noch immer. Das ist eine einfache Behauptung, ich sage es ja auch beabsichtigt und hebe es auch hervor. Zuwenig ist es noch immer, weil die Wünsche, die wir im Bereich der Steiermark haben, natürlich ein Vielfaches dieses Betrages darstellen, wie er jetzt zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, daß wir uns alle hier in diesem Haus und sich auch die Wirtschaft in der Steiermark dazu bekennt, daß heute die einfache Relation zwischen Wirtschaftskraft und Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes herzustellen ist. Mit einer Ursache, daß die Steiermark, was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, doch weitab im geschlagenen Feld der österreichischen Bundesländer liegt, ist sicher auch das Nichtvorhandensein leistungsfähiger Verkehrswege auf dem Sektor des Bundesstraßennetzes, auf dem Sektor des Autobahnbaues, aber auch darüber hinaus — das möchte ich auch sagen, weil in diesem Kapitel ja auch über den Flugverkehr hier einiges ausgesagt wird — der Mangel an leistungsfähigen Flugverbindungen von und nach Graz. Es ist sicher so, daß wir um die Tatsache nicht herumkönnen — hier möchte ich ein bisserl vom Grazer Raum oder vom steirischen Raum abrücken —, daß sich allgemein der Bundesstraßenbau und der Autobahnbau in Österreich in einer Finanzierungskrise befinden. Daß halt gesamtösterreichisch gesehen die Wünsche nicht in der möglichst raschen Aufeinanderfolge erfüllt werden können, weil die finanziellen Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Im Jahre 1977 hat der Bund für den Ausbau des Bundesstraßennetzes und der Autobahnen rund 10 Milliarden Schilling gegeben. Da scheiden sich auch wieder die Geister, wie es so bei Statistiken ist. Die einen behaupten, es waren 10 Milliarden Schilling, die anderen behaupten, es waren 13 Milliarden Schilling. Also, in dieser Größenordnung waren auf jeden Fall die Ausgaben. Wenn wir diese Mittel in den folgenden Jahren nicht erhöhen können, so gibt es Prognosen, die behaupten, daß wir bis zum Jahre 2020 brau-

chen werden, um unser Autobahnnetz in Österreich aufgrund der vorliegenden Planung errichten zu können. Wir sind einfach — und das ist eine Tatsache — von der Motorisierungswelle und auch von der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Nachbarstaaten, vornehmlich im westeuropäischen Bereich, überrollt worden und es hat einfach unsere finanziellen Möglichkeiten überschritten und übersteigt unsere finanziellen Möglichkeiten, um mit dieser Motorisierungswelle Schritt zu halten.

In Österreich haben wir ja derzeit — auch in Österreich ist diese Entwicklung, allerdings phasenverschoben, zu verzeichnen gewesen — auf 1000 Einwohner schon 231 Pkw, so daß wir nicht nur Ursache haben, den Ausländerverkehr hier bei unseren Ausbauüberlegungen in Betracht zu ziehen, sondern sehr wohl natürlich auch das binnenländische Verkehrsaufkommen.

Der Fremdenverkehr hat sich in den vergangenen Jahren sehr erheblich auf die Straße verlagert. Im Jahre 1965 haben wir 61 Millionen Einreisen gehabt, im Jahre 1976 waren es bereits 131 Millionen Einreisen. Das sind Einreisen, die nicht den Güterverkehr betreffen, sondern den reinen Pkw-Verkehr, was dem erfreulichen Umstand zuzuschreiben ist, daß sich auch die Fremdenverkehrswirtschaft in den vergangenen elf Jahren einer erhöhten Aufwärtsentwicklung erfreuen konnte. Und hier auch wieder eine sehr deutliche Verlagerung zum Auto hin. Im Jahre 1965 waren 84,5 Prozent mit dem eigenen Auto unterwegs und im Jahre 1976 93 Prozent.

Das dritte, meine Damen und Herren, ist natürlich die im Mittelpunkt aller Diskussionen und Überlegungen stehende Frage des Transitverkehrs. Hier gibt es Ziffern, und diese Ziffern besagen und zeigen eine Entwicklung ganz deutlich, daß nämlich dieser Transitverkehr progressiv zunimmt, daß sich das, was sich heute abspielt, in den nächsten zwei bis drei Jahren bereits verdoppelt haben wird und daß vornehmlich die wirtschaftliche Entwicklung in den arabischen Staaten, aber auch der übrigen Oststaaten, weil sie weitestgehend ihre landwirtschaftliche Produkte in den westeuropäischen Raum liefern, dazu beiträgt, daß auch diese Oststaaten unsere Transitstrecke — und wir sind ja, glaube ich, das Transitland in Österreich —, belasten. Es ist also ein Autobahnbau, der etwa 8 bis 10 Milliarden Schilling im Jahr hier einsetzt und uns damit rund 40 bis 50 Kilometer im Jahr bringt. Er geht einfach nach unser aller Vorstellungen, nämlich nicht als Partei gedacht, sondern sicher nach den Vorstellungen aller Steirer und Österreicher, etwas langsam vorstatten. Es ist keine Frage, und das ist ja keine Weisheit, daß wir allein aus dem Budgettopf heraus einen zügigen Ausbau nicht garantieren können, und man hat sich deshalb schon seit Jahren Gedanken gemacht, wie man andere Finanzierungsmodelle hier erstellen könnte, um einen zügigeren Ausbau zu gewährleisten. In diesem Bereich war der erste Versuch oder die erste Gesellschaftsstrecke in Form der Sonderfinanzierung die Brennerautobahn und in weiterer Folge und nicht zuletzt sind wir auch bei uns in der Steiermark auf eine solche Gesellschaftsstrecke gekommen, es kam zur Gründung der Pyhrnautobahn-AG. Die erste Ausbau-

strecke war die Gleinalmstrecke mit 32 km, und wir hoffen, daß sie im nächsten Jahr eröffnet und dem Verkehr übergeben werden wird. In weiterer Folge ist diese Pyhrnautobahn-AG. noch verlängert worden mit der Strecke St. Michael—Traboch und dem Bosrucktunnel; die Strecke Deutschfeistritz—Friesach ist dem angehängt worden.

Nicht unbedeutend, meine Damen und Herren, und das muß man, wenn man die Gesamtsituation versucht zu beleuchten, sagen, sind die dem Land Steiermark erwachsenden Zahlungsverpflichtungen daraus, die nicht unerheblich sind und sehr bedeutungsvoll und sehr einschlägig unser Budget belasten. Die Zahlungsverpflichtungen für die Pyhrnautobahn-AG. und für die Strecken, die durch diese AG. errichtet werden, werden bis zum Jahre 1979 43,5 Millionen Schilling ausmachen, bis zum Jahre 1980 31 Millionen Schilling und dann in weiterer Folge bis zum Jahre 1991 27,5 Millionen Schilling. Ich bin überzeugt, daß in der Zwischenzeit ja wieder etwas dazukommen wird, aber so sieht im Augenblick die Situation aus. Man muß natürlich, wenn man sich zu einer Gesellschaftsstrecke bekennt, wenn man einer Sondergesellschaft anteilmäßig angehört, auch daran denken, daß ein Zinsendienst und die Tilgung der Kredite erfolgen muß. Wir haben den Vorteil, daß wir langfristig abzahlen können und daß es auch möglich war, hier auf dem freien Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen. Allerdings, und das gehört auch schon wieder zu dieser Finanzierungskrise und zu diesem Dilemma der Finanzierung unserer Straßen dazu, haben wir jetzt Erfahrungswerte von den anderen Gesellschaftsstrecken, und diese Erfahrungswerte sind alles andere als erfreulich.

Die Mautautobahnen haben es sehr schwer, denn aufgrund jüngster Statistiken ist zu ersehen, daß nur die Brennerautobahn die Verwaltungs- und Kreditkosten deckt, wogegen die Tauernautobahn im Jahre 1977 150 Millionen Zuschuß aus Steuergeldern beansprucht hat, so daß a la long leider Gottes auch in dieser Finanzierungsform nicht das Allheilmittel gesehen werden kann. Denn wenn wir weiter in Form von Sondergesellschaften finanzieren, werden die Straßenbaumittel zur Abzahlung von Zinsen und Krediten herangezogen werden müssen. Obendrein wird darüber Klage geführt, daß die Autobahnmauten zu hoch sind. Auf der Brennerautobahn, das ist eine Strecke von 35 Kilometer, werden derzeit 120 Schilling pro Fahrt verlangt, wogegen den Einheimischen allerdings eine Jahreskarte um 600 Schilling zur Verfügung gestellt wird.

Im Zusammenhang mit der Maut und mit der Mautgebühr möchte ich mich doch auch mit der Gleinalmstrecke beschäftigen, die ja auch zu einer Mautstraße werden wird. In der jüngsten Vergangenheit habe ich aus Presseberichten — andere Informationen sind mir nicht zugänglich — gehört, daß man sich vorstellt, bis 180 Schilling pro Pkw an Mautgebühr zu verlangen. Ich möchte doch den Verantwortlichen hier ans Herz legen, diese Frage sehr eingehend zu überprüfen.

Wenn wir nämlich mit Millionen- oder Milliardenaufwand hier eine Autobahnstrecke errichten, so haben wir damit ja auch die Absicht verbunden,

daß möglichst viele diese Autobahn auch benützen. Es sollte hier nicht durch eine überhöhte Maut ein gegenteiliger Effekt erreicht werden. Die Betroffenen machen sicher eine schnelle Kosten-Nutzen-Rechnung, wenn sie z. B. vom Palten-Liesingtal herunterfahren und überlegen, ob sie durch den Tunnel oder von St. Michael über Bruck — über die traditionelle Strecke — fahren sollen. Da wird natürlich eine überschlägige Rechnung angestellt und diese überschlägige Rechnung bleibt ja meist bei den Benzinkosten hängen plus einer gewissen Amortisation für das Fahrzeug, aber da sind sich die Pkw-Fahrer schon nicht mehr schlüssig. Ich gebe das hier zu bedenken und vergleiche deshalb mit der Brennerautobahn. Die Brennerautobahn hat eine Länge von 35 Kilometer, das habe ich vorhin schon gesagt, und die Gleinalmstrecke wird 32 Kilometer haben. Die Brennerautobahn hat einen Vorzug und einen Nachteil. Einen Nachteil gegenüber der Gleinalmstrecke, daß parallel direkt die Straße verläuft und kein Streckenersparnis eintritt. Die Gleinalmstrecke hat den Vorteil, daß 30 km Streckenersparnis eintritt, so daß das für die Gleinalmstrecke spricht. Wenn wir alles zusammennehmen. Entlang der Brennerautobahn führt ja eine relativ schlecht ausgebaute Straße, wir werden aber in Zukunft zwischen St. Michael, Bruck und Deutschfeistritz eine tadellos ausgebaute Straße vorfinden, so daß auch hier ein weiterer Anreiz unter Umständen für denjenigen gegeben ist, der es nicht sehr eilig hat, auch wieder dort auszuweichen, weil er sich vielleicht überlegen wird, daß er dort ebenso gut fährt. Ich meine also, 180 Schilling — ich möchte noch einmal betonen, nach meiner Information — ist nach unserem Dafürhalten ein viel zu hochgegriffener Preis, und ich könnte mir eine Größenordnung wie bei der Brennerautobahn vorstellen, um hier nicht durch einen Abschreckungstarif den Effekt, den wir damit erzielen wollen, ins Gegenteil zu kehren.

Ich habe mich mit Absicht ein bißchen weiträumig mit der allgemeinen Finanzierungssituation des Straßenbaues beschäftigt und gestehe auch ein, daß uns das Hick-Hack, in Wirklichkeit ist es ja nur ein Hick-Hack, sehr wenig nützt, wenn das Land und wenn wir Abgeordnete groß aufmarschieren und sagen, der Bund soll zahlen, und der Bund umgekehrt — mit Recht — auch wieder sagen muß, er habe ja nicht allein an die Steiermark zu denken, sondern er habe ja darüber hinausgehende Verpflichtungen auch, so wird aus diesem Hick-Hack nicht mehr Geld. Um es auf den einfachen Nenner zu bringen, der steirische Steuerzahler zahlt sowohl in den Landestopf, oder zumindest bringt er die Mittel auf, die wir im Land zur Verfügung haben, teilweise aber auch die Bundesmittel.

Es ist legitim, hier Überlegungen anzustellen, wie wir da weiterkommen. Eine dieser Überlegungen ist uns ja als vorläufig unausgebrütetes Ei in den letzten Tagen auf den Tisch gelegt worden. Wenn wir vom Prinzip ausgehen, daß diejenigen, die die Straße benützen, auch zahlen sollen — ich glaube, daß man grundsätzlich auch, wenn man Steuern einführt, von dem Prinzip ausgehen sollte, wenn es auch dann in weiterer Folge hier ein bisserl verschwommene Grenzen gibt und man-

che Mittel, die zweckgebunden oder zumindest zweckgerichtet und gezielt in Form von Steuern hereingeholt wurden, dann in dem allgemeinen Budgettopf versanden, so daß man die Quellen, wo sie dann wieder ausfließen, nicht mehr ganz verfolgen kann —, so glaube ich, daß das Prinzip richtig ist. Wenn man sich dazu bekennt, ist es auch klar, daß man selbstverständlich auch diejenigen zur Kasse bittet, die die Straßen benützen.

Wir haben in diesem Haus, meine Damen und Herren, gerade weil wir an dieser recht unliebsamen Transitstrecke liegen, ja immer und des öfteren eine Transitsteuer verlangt. Und zwar für jene ausländischen Lkw — um es noch einmal zu betonen —, in deren Länder es ebenso eine Transitsteuer oder Beförderungsabgabe für den ausländischen Lastenfuhrwerker gibt. Das war immer Inhalt unserer Resolutionen und Appelle. Herausgekommen ist allerdings, wenn man Nachrichten, die in der Zeitung zu lesen waren, glauben kann, etwas anderes. Es ist die sogenannte Straßenverkehrsabgabe, wie sie jetzt genannt wird, herausgekommen, und ich war wirklich erschüttert, als ich am letzten Samstag in der Zeitung las, daß beabsichtigt ist, vornehmlich einmal — und zwar undifferenziert und nicht in der Form differenziert, wie ich sie angeführt habe, nur von denjenigen, wo wir auch eine entsprechende Abgabe zu zahlen haben, sondern undifferenziert — von allen ausländischen Kraftfahrzeugen und Lastfuhrwerken einen Schilling pro Nutzlast-Tonnen-Kilometer voll und 60 Groschen leer einzuheben.

Meine Damen und Herren, wenn wir das jetzt umrechnen, macht das auf der Strecke zwischen Spielfeld und Salzburg für einen Lkw-Zug ca. 7000 Schilling aus. Ich kann mir nicht recht vorstellen, daß diese 7000 Schilling tatsächlich hereinbringbar sind, wenn man nicht das ganze Verkehrsgeschehen total zum Erlahmen bringen will. Wir sollten auch den zuständigen Stellen des Bundes raten, diese Ansätze noch einer näheren Beleuchtung zuzuführen.

Ebenso ist beabsichtigt, den Inländer — und das war nie Inhalt unserer Vorstellungen, das möchte ich hier auch ganz offen sagen — genauso zur Kasse zu bitten in der Form, daß man ihm hier wohl einräumt, nachdem es ja sehr schwer ist, genau zu ermitteln, was er im Transitverkehr an Kilometern erbracht hat und was im Inlandsverkehr, eine Pauschalierung in der Form vorzunehmen, daß 100 Schilling von fünf bis acht Tonnen Nutzlast bezahlt werden sollen bzw. 200 Schilling über acht Tonnen hinaus. Ich kann nur annehmen, meine Damen und Herren, daß es sich hierbei um eine Verhandlungsbasis handelt, daß der Herr Verkehrsminister — na ja, wie es halt so ist — selbstverständlich erwartet, daß es hier zu massiven Protesten kommt, daß der Herr Verkehrsminister vielleicht auch verschiedenen Wirtschaftsverbänden die Möglichkeit einräumen möchte, nach Gesprächen dann in der Öffentlichkeit erklären zu können, uns ist es gelungen, den Verkehrsminister von dieser Aktion abzubringen, und wir haben eine weitestgehende Linderung herbeigeführt. Nachdem Sie lächeln, nehme ich an, daß sicher der freie Wirtschaftsverband das zuwege bringen wird. (Abg. Kollmann: „Gibt es

den überhaupt?“) Ich nehme an und, bitte, ich gestehe auch zu — (OVP: „Er hat ja die Resolution mit uns einstimmig verabschiedet!“) ich meine es wie es ist, so ist das halt in der Politik. Ich weiß, daß das durchaus erlaubte Tricks in der Politik sind. Ich hoffe aber nur — und diese Hoffnung möchte ich deponieren —, daß tatsächlich — es ist ganz egal, wer hier massiv und kräftig interveniert, selbstverständlich — diese Ansätze noch einmal reiflich überlegt werden. Diese Hoffnung möchte ich hier deponiert wissen.

Nun, meine Damen und Herren, aber darüber hinaus — (Abg. Gerhard Heidinger: „... zum Schluß commend!“) na, das lasse ich mir nicht vorschreiben! Von Ihnen auch nicht, lieber Herr Kollege Heidinger. Wir haben noch keine Beschränkung der Redezeit beschlossen, deswegen lasse ich mir von Ihnen sicher nicht vorschreiben, wenn ich aufhöre. Sie sollten mich nicht provozieren, denn sonst wird es halt länger, das haben Sie ja schon einige Male erlebt und das möchte ich auch nicht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das war ein langer Zwischenruf!“) Das war keiner. Das war eine Entwirrung ad hoc — haben wir als Steirer natürlich — wenn wir die Hände in den Schoß legen und sagen, na, da ist halt nichts zu machen, und wenn wir hergehen und allzuviel Verständnis für die gesamtösterreichischen Schwierigkeiten zeigen, wobei ich noch einmal betone und das ist von mir aus unbestritten, daß es gesamtösterreichisch Schwierigkeiten gibt — die Verpflichtung, hier ganz vehement die Beachtung der steirischen Anliegen von seiten des Bundes zu fordern. Hier müssen wir uns endlich durchringen und ich weiß auch, daß das im Zusammenwirken der Bundesländer sehr schwer ist, weil jedes Bundesland vom zur Verfügung stehenden Kuchen an Straßenbaumitteln möglichst viel für sich nach Hause bringen will bzw. auf keinen Fall die Ansätze der Vorjahre gesenkt wissen möchte.

Ich bin aber doch der Auffassung, daß das steirische Straßenproblem — und hier vornehmlich die Transitstrecke — nicht nur ein steirisches Anliegen, nicht nur ein gesamtösterreichisches Anliegen, sondern auch ein europäisches Anliegen ist. Wenn man mit den Politikern anderer Bundesländer spricht, so behaupten sie, wenn man so etwas hier nur verlauten läßt, na, Ihr wollt ja unser Geld wegnehmen. Aber insgeheim geben sie zu, daß wir überpotential belastet sind. Aus diesem Grunde bin ich auch der Auffassung, daß man sich hier einmal durchringen müßte, zu einem gesamtösterreichischen Prioritätenkatalog zu kommen. In dieser Prioritätenreihe bin ich der sicheren Auffassung, weil ich hier wie gesagt Hintergrundinformationen habe, daß die Pyhrnstrecke nicht nur verbal, sondern endlich einmal auch niedergeschrieben in diesem Prioritätenkatalog an der Spitze zu stehen hat. Ich glaube auch, daß der kommende Finanzausgleich, meine Damen und Herren, diesem Umstand Rechnung tragen soll. Mir ist bekannt, daß die Steiermark aus der Mineralölsteuer Vorzugsanteile bekommt. Keine Frage! Stereotyp muß man wieder zurückgeben: Zuwenig! Ich bin der Meinung, daß man, wenn man sich zu einem Prioritätenkatalog

bekannt, diese Vorzugsanteile aus der Mineralölsteuer für uns erhöhen müßte.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich doch, nachdem sich hier offensichtlich der Bund aus der Transitsteuer oder aus der neuen Straßenverkehrsabgabe nicht unerhebliche Mittel sichern wird, festhalten, daß wir mit Recht verlangen können, eingedenk der Tatsache, daß ich mich dazu bekenne, daß derjenige, der Kosten verursacht oder der öffentliche Einrichtungen benützt, diese auch bezahlen soll. Umgekehrt muß abgesichert werden, daß, wenn er diese Mittel zahlt, sie auch diesem Zweck zugeführt werden. Es ist also dann darauf zu dringen, daß diese Mittel auch zweckgebunden für den Straßenverkehr und, was uns hier besonders am Herzen liegt, für die Einrichtung eines Huckepackverkehrs eingesetzt werden müssen.

Meine Damen und Herren, die Frage des Huckepackverkehrs: Der Huckepackverkehr ist sicher nicht eine endgültige Lösung und beileibe keine Lösung des Verkehrsproblems. Aber er ist sicher eine interessante flankierende Maßnahme. Auch wenn wir einmal eine Autobahn besitzen, können wir noch immer sehr interessiert daran sein, daß diese 38-Tonnen-Bomber nicht über diese Autobahn fahren, weil sie ja auch dort überproportionale Abnutzung nach sich ziehen und mit sich bringen. Auch in so einer Situation muß es uns ganz recht sein, wenn hier die Schiene ein gewisses Verkehrsaufkommen übernimmt. Deswegen würde ich noch einmal ganz eindringlich die zuständigen Stellen des Landes und der Stadt Graz — dort sind meine Appelle ja schon, wie ich hoffe, auf fruchtbaren Boden gefallen — ersuchen, vehement auf die Österreichischen Bundesbahnen einzuwirken, daß einmal von seiten der Österreichischen Bundesbahnen hier seriöse Unterlagen geliefert werden.

Wir hören ja immer nur Gerüchte, meine Damen und Herren. Wir hören ja nur immer einseitige Darstellungen von seiten der Österreichischen Bundesbahnen. Es gibt hier ganz widersprechende Äußerungen. Das haben Sie sicher auch gehört. Es ist daher notwendig, daß die Bundesbahnen einmal schwarz auf weiß Ziffern auf den Tisch legen, weil ihre Aussagen in den vergangenen Jahren recht widersprüchlicher Natur waren. Seinerzeit hat es geheißt 2,5 Milliarden Schilling Investitionskosten, jetzt sind wir bei 700 Millionen Schilling angelangt. Wie seriös waren seinerzeit diese 2,5 Milliarden Schilling Investitionskosten?

Dann heißt es, die Strecke von Salzburg nach Spielfeld kann das Verkehrsaufkommen nicht bewältigen. Es müßten die Tunnelprofile erweitert werden, es müßte durchwegs ein zweigleisiger Ausbau erfolgen. Heute wird wieder zugegeben, daß es durchaus möglich ist, hier in Form eines Taktverkehrs durchzukommen.

Als drittes ist die Tarifffrage zu erwähnen, meine Damen und Herren! Mir ist es völlig klar, daß kein Frächter auf die Bahn fährt, wenn hier nicht ein gewisser tariflicher Anreiz neben dem Aspekt der Schnelligkeit da ist. Er müßte natürlich von Salzburg bis Spielfeld in etwa dieselbe Zeit brauchen, als er jetzt auf der Straße braucht. Andere

Kalkulationen stellt er vielleicht zusätzlich noch an, aber diese fallen sicher nicht so ins Gewicht. Die Frage des Preises, um welches Geld er von Salzburg nach Spielfeld oder umgekehrt fahren kann, ist eine sehr entscheidende Frage. Hier wurden uns seinerzeit zwischen 2000 und 3000 Schilling genannt. Meine Damen und Herren, wenn es bei den Ziffern 2000 bis 3000 Schilling bleibt, und wenn es bei der Straßenverkehrsabgabe nicht in dieser Höhe, sondern in halber Höhe bleibt, so ist es für jeden Frächter attraktiv, auf die Bahn umzusteigen, weil er neben diesen zwei von mir angeführten Faktoren noch weitere Faktoren mit in seine Überlegungen einbeziehen kann. Ich bin also der Auffassung, daß man dieses Problem neu überdenken sollte.

Ich bin der Meinung, daß die Österreichischen Bundesbahnen, und da haben wir halt leider leidvolle Erfahrungen, bei Prüfung und Einführung dieses Problems offensichtlich etwas überfordert sind, weil ein Betrieb mit solchen Dimensionen einen Pioniergeist, wie er nun einmal für eine solche Neuerung notwendig ist, offensichtlich nicht mehr aufbringen kann. Und dieser Pioniergeist müßte halt von jemand anderem übernommen werden, das heißt, daß eine Huckepack-Gesellschaft gegründet wird, an der sich die Bahn selbstverständlich beteiligen muß, und an der sich öffentliche Körperschaften beteiligen und an der auch nach Möglichkeit die Privatwirtschaft beteiligt werden muß. Die Privatwirtschaft deshalb, weil hier kein Gegensatz zwischen Frächter oder Straßentransportgewerbe konstruiert werden soll, sondern das Bewußtsein, daß mit dem Huckepack-Verkehr auch Geld zu verdienen ist. Das müßte im Endeffekt ja auch ein Anreiz sein. In der Bundesrepublik Deutschland hat, nachdem sich dort vor 15 Jahren etwa die ersten Ansätze gezeigt haben, am Anfang diese dort draußen installierte Huckepack-Gesellschaft nur sehr zögernd positive Ergebnisse gezeigt, aber in den vergangenen Jahren schlossen sowohl in der Schweiz als auch in der Bundesrepublik Deutschland diese Huckepack-Gesellschaften mit positiven Ergebnissen ab und diese positiven Ergebnisse erfreuen sich von Jahr zu Jahr einer Steigerung.

Auch hier, meine Damen und Herren, steht ja die Frage im Raum, wann wir die Umfahrungsstraße Graz bekommen. Ich hoffe, daß wir sie sehr bald bekommen. Aber eine Bauzeit von zwei bis drei Jahren wird es immer, wann immer wir beginnen, beanspruchen. In der Zwischenzeit wäre sicher der Huckepack eine flankierende Maßnahme, die einen Teil des Verkehrsaufkommens auf dem Schwerlastsektor übernehmen könnte, sie wäre rascher realisierbar und würde analog sicher auch der Bundesbahn helfen, ihre roten Zahlen, in denen sie sich ja befindet, etwas abzubauen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Darf ich Sie, bevor ich mich dem Thema zuwende, um die Genehmigung ersuchen, eine Berichtigung

beziehungsweise Richtigstellung vorzunehmen. Ich tue das nicht unter Berufung auf die Geschäftsordnung, sondern weil ich glaube, daß ich ein moralisches Recht dazu habe, und überzeugt bin, daß man auch dem politischen Gegner ein bestimmtes Maß von Fairneß zuwenden soll, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die wir alle miteinander sehr ernst nehmen.

Ich möchte auf die Berichterstattung der Tagespost über die gestrige Wohnbaudebatte hinweisen. Da heißt es: „SPO-Abgeordneter Loidl behauptete nach Feldgrills Ausführungen, viele Wohnungswerber hätten Wohnungen bekommen, die sie gar nicht benötigen. Diese Leute hätten sich deshalb beworben, weil sie gewußt hätten, daß sie das Geld ohnehin zurückbekämen.“ In diesem Zusammenhang habe ich gestern folgendes gesagt und das können die Damen vom Stenogramm ja nachprüfen: „Wie schon erwähnt, können sich viele Menschen auf Grund ihres niedrigen Einkommens den Traum nach einer familiengerechten, neuen gesunden Wohnung nur deswegen erfüllen, weil sie wissen, daß ihnen Wohnungskosten, welche über das Ausmaß des Zumutbaren hinausgehen, in Form von Wohnbeihilfen ersetzt werden. Ziel und Absicht dieser Maßnahme ist natürlich, daß möglichst viele Menschen, die sich in dieser wirtschaftlichen Situation befinden, mit schönen, familiengerechten, gesunden Wohnungen versorgt werden.“ Ich kann mir nicht vorstellen, wie es zu einer solchen Unterstellung kommen konnte. (Abg. Doktor Dorfer: „Herr Kollege Loidl, solche Dinge habe ich mir schon öfters nicht vorstellen können. Wir sind es gewohnt, daß die Zeitungen so etwas schreiben!“ — Abg. Zinkanell: „Von Ihrer Zeitung schon, aber nicht von unserer!“ — Landesrat Peltzmann: „Loidl tröste Dich, glaube gar keiner Zeitung etwas!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Da habe ich schon andere Dinge erlebt!“) Er forderte dann eine Verkürzung der Darlehenslaufzeiten, was seiner Ansicht nach wieder weitere Mittel der Wohnbauförderung hereinbringen würde. Tatsache ist, daß im ÖVP-Antrag, in Ihrem Antrag, unter Punkt 3) steht: „Verkürzung der Laufzeit der Direktdarlehen von 50 auf 25 bis 30 Jahre.“ (Abg. Hammerl: „Genau!“) Ich möchte dem nichts hinzufügen, ich möchte auch zugeben, daß es nicht üblich ist, auf Schreibereien in der Zeitung hier zu reagieren, aber nachdem es sich hier um ein so ernstes Problem, um die Beschaffung von Wohnraum handelt, und nachdem der Leser dieser Zeitung ja eine vollkommen falsche Auffassung über die Einstellung von Sozialisten und auch vom Menschen Loidl, bekommen muß, habe ich mir erlaubt, diese Berichtigung vorzubringen in der Hoffnung, daß man so viel Fairneß hat, das zu berichtigen. (Abg. Dr. Dorfer: „Solche Berichtigungen könnte ich Ihnen viele vorlegen, wo Dinge völlig verdreht worden sind in der Neuen Zeit.“ — Abg. Dr. Maitz: „Schau die Neue Zeit von heute an, völlig verdreht. Es geht um die Auslegung, wo uns etwas völlig Falsches in den Mund gelegt wird!“)

Und nun meine Damen und Herren, zum Thema. Was den Straßenbau in unserem Land betrifft, könnte man vieles von dem, was wir voriges Jahr

hier gesagt haben, als nach wie vor gültig wiederholen. Vieles hat sich bestätigt, aber auch neue Erkenntnisse sind inzwischen entstanden. Wer sich die Mühe macht, zu sehen und zu vergleichen, der muß zugeben, daß wir uns, alles in allem gesehen, nach wie vor in einer verzweifelten Aufholjagd befinden, um jahrzehntelange Fehleinschätzungen und damit verbundene Versäumnisse nach und nach gutzumachen.

Konnte man bisher schon sagen, daß unbeeinflußt von der Rezession an den großen steirischen Straßen noch nie so großzügig gebaut wurde, so dürfte sich dieses Tempo vielleicht durch die getroffenen Finanzierungsmaßnahmen mit dem Bund und dem damit verbundenen Ausbau der Südautobahn Ilz — Hartberg und der Erweiterung der Gesellschaftsstrecke an der Pyhrn-Autobahn noch steigern.

Meine Damen und Herren, wir haben uns hier viele Jahre hindurch mit der Planung, der Finanzierung und der Setzung von Prioritäten im Ausbau unseres Straßennetzes auseinandergesetzt. Wir haben, das ist ja heute schon betont worden, in wesentlichen und entscheidenden Bereichen gemeinsame Auffassungen bekommen, was sich als ein sehr, sehr großer Vorteil für die Sache selbst erwiesen hat. Aber neue und bisher in diesem Ausmaß und diesen Dimensionen unbekannt Hindernisse türmen sich überall auf.

Das erwachte Umweltbewußtsein der Menschen, welches sich schließlich in Bürgerinitiativen artikuliert, wendet sich nahezu immer und überall gegen den Bau von Straßen. Daß diese Interessensgemeinschaften alle Möglichkeiten, die ihnen der Rechtsstaat eben einräumt und bietet, wenn nötig ausschöpfen, ist natürlich. Das Ergebnis ist, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Bauvorhaben von allergrößter allgemeiner Bedeutung trotz fertiger Planung und trotz gesicherter Finanzierung, also das, worum wir uns so oft und so lange gestritten haben, nun aus rechtlichen Gründen nicht gebaut oder begonnen werden können. Wir wissen es, das ist auch das gegenwärtige Problem beim Plabutschtunnel. Ähnliches zeichnet sich mit ähnlich großen Folgen beim beabsichtigten Bau des Bosrucktunnels, der für die gesamte Steiermark ja von größter Wichtigkeit ist, ebenfalls ab. Beim Plabutschtunnel — und das kann man nicht bestreiten — hätte, wenn es nach der Finanzierung und wenn es nach der technischen Planung ginge, mit dem Richtungsstollen schon begonnen werden können. (Abg. Buchberger: „Du bist der einzige, der das offen sagt, Deine Kollegen nicht!“)

Das hat niemand gesagt, sondern zum Beginn eines Baues gehört die Finanzierung, gehört die Planung und gehört in einem Rechtsstaat (Abg. Zinkanell: „... das Verfahren!“) gleichgewichtig die Rechtsfrage. Es ist sicher, in Ungarn, in Jugoslawien oder in der Sowjetunion würde beim Plabutschtunnel bereits gebaut, da gäbe es keinen Einspruch. Ob das nun der Reininghaus oder ob das irgendein kleiner Hilfsarbeiter ist, das ist eben der Rechtsstaat. Die Frage ist nur — und nur darüber kann man hier diskutieren —, ob es notwendig wäre, daß diese Rechtsfrage noch nicht geklärt werden konnte. Da ist der Vorwurf! Als wir und

das Bautenministerium schon zu einer Zeit, wo vom Herrn Landesrat und von Ihnen immer behauptet wurde, es seien alle Unterlagen und alle Voraussetzungen für die Klärung dieser Rechtsfrage gegeben, erklärten, daß das nicht stimme, haben Sie gesagt, nein, das liegt beim Ministerium. Und nun, meine Damen und Herren, heute in der Früh ist in aller Stille der sogenannte Beweissicherungsstollen in Angriff genommen worden. (Abg. Zinkanell: „Zu spät!“) Dieser Beweissicherungsstollen, das sagt ja schon das Wort, soll nun das endgültig oder möglichst haltbar beweisen, was bisher nicht bewiesen war. Ich glaube, es wäre sehr gefährlich, in einem Rechtsstaat vom Minister zu verlangen, er soll so mit der linken Hand entscheiden und soll die Einsprüche, die von Reininghaus und von Tobelbad da sind, vom Tisch wischen. (Abg. Zinkanell: „Da würden Sie wieder streiten!“) Ja, meine Damen und Herren, damit ist nichts erreicht, der Minister ist ja nicht der Herrgott. Dann kommt letzten Endes die Berufung — (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Eine Verzögerung paßt Ihnen!“) — zum Verwaltungsgerichtshof. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind gut beraten, wenn jetzt feste und unerschütterliche Unterlagen so rasch als möglich geliefert werden, (Abg. Zinkanell: „Hoffen wir!“) daß der Einspruch, der ja abgewiesen werden soll und die Abweisung begründet werden muß, daß diese Begründung so stich- und hiebfest ist, daß es zu keiner weiteren Verzögerung mehr kommt. Alles andere ist verschüttete Milch, das hat alles keinen Sinn. Es kommt jetzt nur darauf an, daß man dem Minister, der letztlich entscheiden muß, jene Unterlagen liefert, die er braucht, damit er für und nicht gegen den Bau des Plabutschtunnels entscheiden kann. Ich will die Frage gar nicht in den Raum stellen, was ist — was ja auch theoretisch möglich wäre —, wenn es sich herausstellt, daß es aus rechtlichen Gründen nicht geht; daher halte ich es für gefährlich, Kollege Haas, hier jetzt schon die Bevölkerung hinter dem Plabutsch zu beunruhigen, dann wird es ohnehin schwer genug, — (Abg. Brandl: „Das ist verantwortungslos!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist Hochverrat an der Sache. Ihr dürft alles sagen, aber wenn es ein anderer sagt, ist das Majestätsbeleidigung!“ — Abg. Zinkanell: „Aber nein, warum denn?“) — meine Damen und Herren, für uns alle, was wir auch tun. Aber eines ist sicher, daß damals, bis es zum Plabutschtunnel gekommen ist, die Planer sieben oder acht Varianten gesucht haben und keine war eben möglich, weil es überall Widerstand und Widerspruch gegeben hat und auch in Zukunft geben wird. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist sehr angenehm, so kommt man gar nicht darauf, daß der Minister das Geld nicht hat!“) Meine Damen und Herren, man ist halt fast geneigt, an diese Konsequenzen einer solchen Stunde im Augenblick gar nicht zu denken. Aber, genug damit, da ist schon genug geredet worden.

Aber, etwas anderes noch. Denn, ob so oder so, meine Damen und Herren, alle diese Vorhaben, die wir hier in Angriff nehmen oder nehmen wollen, können trotz aller Anstrengungen und trotz gesicherter Finanzierung erst in den achtziger Jahren verkehrswirksam werden.

Meine Damen und Herren, wenn man einer in diesen Tagen fertiggestellten Studie des Bundesministeriums für Verkehr folgt, sind die Entwicklungstendenzen des Güterverkehrs — und nur davon will ich sprechen — so, daß wir den Wettlauf des Straßenbaues — das ist schon erwähnt worden — mit dem Verkehrsaufkommen bereits mehr, viel viel mehr als verloren haben. Und was sich da auf Grund dieser Studie abzeichnet, ist wohl gemerkt beängstigend und alarmierend. Ich will mich auf den grenzüberschreitenden Güterverkehr, zunächst die Ein- und Ausfuhr und dann für den Transitverkehr, beschränken. Ich muß Sie doch mit ein paar Zahlen belästigen. Das sind die Zahlen einer neuen Studie.

1966 rollten 5,2 Millionen Tonnen der Ein- und Ausfuhr über die Straßen und 14,9 Millionen Tonnen mit der umweltfreundlicheren Bahn. 1976, also voriges Jahr, waren es schon 12 Millionen Tonnen, welche mit Lastwagen ein- und ausgeführt wurden, und nur 17 Millionen Tonnen mit der Bahn. 1981 — in drei Jahren, wo wir noch an den größeren Bauvorhaben bauen, werden es nicht weniger als 20 Millionen Tonnen auf den Straßen und nur mehr 17,9 Millionen Tonnen auf der Bahn sein. Das ist die Ein- und Ausfuhr.

Aber, meine Damen und Herren, ganz dramatisch wird die Entwicklung des uns ja so stark berührenden Verkehrsaufkommens im Transitverkehr sein. 1966 betrug der Transitverkehr durch die Eisenbahn, man könnte schon fast sagen, lächerliche 5,9 Millionen Tonnen, und nur 1,6 Millionen Tonnen sind auf den Transitstraßen Österreichs gerollt. Voriges Jahr waren es bei der Bahn 8,8 Millionen Tonnen und auf dem Transitverkehr 12,6, und das spüren wir ja täglich.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu einer Zahl, wo uns das Entsetzen packen muß, wenn sie stimmt. Aber nachdem die Prognosen zurückliegend stimmen, und soweit sie voraussehbar sind, fürchte ich, daß sie stimmen: Von 1976 bis 1981 wird die Transitbeförderung von den jetzigen 12,6 Millionen auf sage und schreibe 32 Millionen Tonnen hochschnellen und die Eisenbahn wird mit 10 Millionen bereits weit zurückliegen. Da wir den Ausbauzustand unserer Straßen, wie er 1981 aussehen wird, schon ganz genau oder ziemlich genau voraussehen können, bedarf es keiner besonderen Phantasie, welches Chaos uns hier erwartet und dies, meine Damen und Herren, wenn dagegen nichts unternommen wird.

Nun zu den Bundesbahnen. Die Bundesbahnen haben auch auf Grund dieser Studie, entgegen der vom Abgeordneten Dr. Heidinger geäußerten Meinung, in einer spezifischen Untersuchung ermittelt, daß sie auf ihren Transit- und Magistralrouten ein um mindest 25 Prozent höheres Verkehrsaufkommen als 1976 im grenzüberschreitenden Verkehr bei gleichbleibender Transportqualität befördern könnten. Darüberhinaus geht aus der Studie hervor, daß durch den Einsatz von verhältnismäßig geringen Mitteln, ich meine im Verhältnis zu den ungeheuren Kosten der Straßen, in relativ kurzer Zeit, und darauf kommt es ja letzten Endes bei dieser Entwicklung an, eine wesentliche Erweiterung der

Transitkapazitäten erreicht werden könnte. Dies gilt, wie schon heute gesagt, für den Huckepackverkehr, aber ganz besonders beim Großcontainer, der bei uns erst 1 Prozent des Verkehrsaufkommens beträgt.

Meine Damen und Herren, die von Ihnen abgelehnte Verkehrsabgabe soll dazu dienen, darüber gibt es keinen Zweifel, einen Teil des Verkehrs von der Straße auf die Schiene finanziell zu ermöglichen. (Abg. Kollmann: „Sie wollen den Verkehr wegsteuern!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Wenn die Bundesbahn ein besseres Service hätte, müßten wir uns mit diesem Problem nicht befassen!“) Das ist ja eine Frage von Investitionen, die Geld kosten. Das ist in dieser Studie alles enthalten. Ich empfehle Ihnen, Herr Kollege, daß Sie sie lesen, ich kann Sie nicht so lange aufhalten und auf die Einzelheiten eingehen. Ich möchte nur auf das Gerippe hinweisen. Beim Huckepack zum Beispiel wird in dieser Studie behauptet, daß zunächst mit 700 Millionen Schilling immerhin 70.000 Lkw's jährlich von der Straße weggebracht werden könnten. Aber, meine Damen und Herren, das allein genügt ja nicht. Wir müssen uns in dieser Situation mit den Ursachen beschäftigen, warum diese starke Verlagerung von der Schiene auf die Straße besteht. (Abg. Ing. Stoisser: „Ein praktisches Beispiel: Ein Packerl von Wien nach Leibnitz: 1 Woche — expreß: 3 Tage!“) Das ist ganz einfach, da braucht man sich gar nicht aufregen, weil es in unserem Wirtschaftssystem selbstverständlich ist: Der Konkurrenzvorteil des Lkw gegenüber der Bahn ist da und ist entstanden dadurch, daß der Straßenverkehr subventioniert wird aus allgemeinen Steuermitteln und daß der Lkw-Verkehr subventioniert wird durch den Pkw. Das ist eine unumstößliche Tatsache. Jetzt ein paar Zahlen, die das beweisen:

1976 wurden 12,4 Milliarden Schilling aus Kfz-spezifischen Steuern, also aus Steuern, die die Benutzer der Straße erbringen, eingenommen. Für den Straßenbau und die Straßenerhaltung, wo diese ganzen Lkw's sich bewegen, aber 22,6 Milliarden Schilling ausgegeben. Wir subventionieren also alle miteinander diesen Straßenverkehr und damit auch die Transportunternehmen mit 10,2 Milliarden Schilling jährlich. (Landesrat Peltzmann: „Das ist eine Milchmädchenrechnung!“) Ob das eine Milchmädchenrechnung ist, das müssen Sie den Experten sagen, die diese Studie erstellt haben. Ich weiß nicht, ob Sie das dann auch so ohne weiteres sagen können. Der Schwerlastverkehr zahlt verhältnismäßig wenig und deswegen kommt es eben zu dieser überproportionalen Ausweitung des Schwerlastverkehrs auf den Straßen und seinen Folgen.

Wenn man also von der Erkenntnis der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr und Bauten erstellten Gutachten ausgeht, müssen unverzüglich verkehrspolitische Konsequenzen gezogen werden, um das drohende Chaos abzufangen. Es muß eine Trendumkehr dieser Entwicklung durch abgabenrechtliche — denn was gibt es sonst — und flankierende Maßnahmen — ich sage das jetzt ganz bewußt — erzwungen werden (Abg. Ing. Stoisser: „Das nennt man dann freien Wettbewerb!“), weil es gelten wird, Interessen ab-

zuwägen, und man sich für das eine, wenn nötig, gegen das andere entscheiden wird müssen. Was die abgabenrechtlichen Maßnahmen betrifft, ist die Bundesregierung entschlossen, diese gewiß nicht angenehme aber angesichts der unbestreitbaren Tatsachen richtige Entscheidung zu treffen.

Die ÖVP ist dagegen, auch die steirische (Landesrat Pelzmann: „Die SPÖ ist auch nicht einheitlich dafür!“), obwohl gerade Sie hier, meine Damen und Herren, in der Steiermark am besten wissen, wie leidgeprüft die Bevölkerung ist und daß hier nicht durch Briefschreiben an die Minister geholfen werden kann. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Welches Verständigungsmittel haben Sie sonst, als daß man redet und schreibt?“ — Abg. Zinkanell: „Zusammenarbeit!“) Sie müßten auch bereit sein hineinzuschreiben „Lieber Herr Minister, wenn Sie das und das machen, bin ich auch bereit mit Ihnen die politische Verantwortung zu tragen.“ (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Die Kollegen, die in Wien mit waren, können bestätigen, daß das Gespräch mit dem Finanzminister stattgefunden hat und er nicht gegen unsere Anschauungen war. Auch im Rundfunk und im Mittagsjournal ist das so herausgekommen!“) Herr Landeshauptmann, ich darf den Kollegen jetzt, weil Sie davon sprechen, folgendes, Sie kennen es, vorlesen. Auf einen dieser Briefe hat der Verkehrsminister Lausecker dem Herrn Landeshauptmann vor ganz kurzer Zeit geantwortet: (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Mit Durchschrift an die Sozialistische Partei!“ — Abg. Brandl: „Soll das ein Geheimnis sein? Wir alle wissen, was drinnensteht!“) Briefgeheimnis! Die meisten Briefe, die die Minister bekommen, stehen am Vortag in der Zeitung. Was hat das mit Briefgeheimnis zu tun? (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Woher wissen Sie das?“) Aber, das ist kein Geheimnis, das wissen Sie genau! (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Woher sonst haben Sie diese Durchschrift? Hat er sie Ihnen persönlich geschickt?“) Ich zitiere: Lassen Sie mich zusammenfassend noch einmal sagen, daß in den von mir erwähnten Arbeitsgruppen derzeit alle einschlägigen Fragen, wie Huckepackverkehr, Nachfahrverbot, abgabenrechtliche Überlegungen, mit einem Wort ein umfassendes Maßnahmenpaket in Erwägung steht. Da sinnvolle verkehrspolitische Entscheidungen nur im Zusammenwirken aller kompetenztragenden Stellen zu erwarten sind, hoffe ich schon jetzt, daß wir zu einer gemeinsamen Meinungsbildung kommen werden, die es uns ermöglicht, eine Entlastung der Transitroute herbeizuführen. (Abg. Dr. Maitz: „Das sagt unser Herr Landeshauptmann schon lange!“) Wir werden — Moment, jetzt kommt das Entscheidende — Einigkeit in unseren Auffassungen schon deshalb benötigen, weil Lösungen, wie immer sie aussehen mögen, dort auf Widerstand stoßen, wo die heutige verkehrspolitisch verzerrte Situation Vorteile bringt. Ich glaube, das ist deutlich genug. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Sie haben den Brief des Ministers zitiert. Wenn Sie meinen Brief dazu vorlesen, wird es das Bild abrunden!“) Herr Landeshauptmann, das ist alles richtig. Worauf es mir bei der ganzen Sache ankommt ist, daß es einfach nicht so geht, daß man etwas macht, was wirksam ist, was ohne Zweifel Geld kostet, das aufge-

bracht werden muß und daß man dann dagegen ist. Daß man eben die Verantwortung hier entweder mitübernimmt oder sich des Rechts begibt, das zu kritisieren. Sonst ist gar nichts. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie tun sich bei dieser Rederei recht leicht!“) Nun, bei den abgabenrechtlichen Maßnahmen ist die Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei ja bekannt und ich glaube nicht, daß es sich ändern wird, so sehr ich persönlich und wir alle das im Interesse der Sache hoffen.

Schauen Sie, ein zweites Beispiel, wie differenziert man das eigentlich sehen muß und wie schwierig es sicher der Herr Landeshauptmann auch bei der Abwägung der Interessensgruppen seiner eigenen Partei hat. Aber das hilft uns eben nicht weiter. (Abg. Pölzl: „Wo ist eure Einigkeit?“) Darum sage ich, man wird sich für das eine und unter Umständen gegen das andere entscheiden müssen. (Landesrat Pelzmann: „Sie sagen nicht die ganze Wahrheit. Ihre Vertreter in der Kammer haben die Resolution mitbeschlossen und auch die Vertreter der verstaatlichten Industrie. Sie tischen Märchen auf!“) Welche Resolution? (Landesrat Pelzmann: „Die Resolution über die Straßenverkehrsabgabe!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Interessenskonflikt innerhalb der Sozialistischen Partei!“) Ja, das ist eine Interessensabwägung, — (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der freie Wirtschaftsverband ist für unsere Resolution gewesen!“ — Landesrat Pelzmann: „Wer vertritt den freien Wirtschaftsverband? Ich doch nicht!“) Herr Landesrat, Sie sind Obmann des Wirtschaftsbundes und Vizepräsident der Handelskammer, das kann ich von Ihnen nicht erwarten, aber von Ihrer Partei kann man das erwarten, nicht? Da gibt es Interessensgegensätze, das ist ohne Zweifel. (Abg. Pölzl: „Da schau her, jetzt sind wir wieder bei der Einigkeit!“) Aber letzten Endes haben das die politischen Kräfte und nicht Interessensgruppen zu verantworten. (Landesrat Pelzmann: „Das Lied klingt anders!“) Das ist meine persönliche Meinung. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nicht Interessensgruppen in der Sozialistischen Partei!“) Zu den Maßnahmen — eine kleine Episode, die aber bezeichnend ist —, welche immer wieder die verlangte Entlastung bringen sollen, zählt auch eine Änderung der sogenannten Kontingentpolitik — ich setze voraus, daß Sie wissen, was das ist — im Straßenverkehr. Und zwar mit dem Ziel, daß die Anzahl der Fahrtgenehmigungen für den grenzüberschreitenden Verkehr eingeschränkt wird. Was anderes hilft uns ja letzten Endes nicht. Wie sonst soll man die Frächter von der Straße bringen? (Landesrat Pelzmann: „Das ist ein zweischneidiges Schwert!“) Ja, das ist ein zweischneidiges Schwert. Für eine Schneide müssen wir uns entscheiden. Es ist ein erster und ich sage ein ganz zaghafter Schritt in dieser Richtung. Es wäre die Absicht, die Dauergenehmigungen in sogenannte Einzelgenehmigungen umzutauschen, um das besser kontrollieren zu können und dem Mißbrauch, daß da auf Teufel komm raus gefahren wird, entgegenzuwirken. (Präsident Feldgnill: „Noch mehr Bürokratie!“) Prompt — und das ist nicht anders zu erwarten — hat die Handelskammer dagegen protestiert. Aber, ebenso prompt hat — und das ist im Hinblick auf

das Gesagte nicht mehr so verständlich — der Herr Landeshauptmann in einem Fernschreiben an den Minister ersucht, die Einwendungen der Handelskammer in besonderem Maße zu berücksichtigen.

Ja, meine Damen und Herren, ich habe persönlich Verständnis für den Herrn Landeshauptmann, wenn diese bedeutendste und die einflußreichste Gruppe seiner Partei kommt und von ihm etwas will. (Landesrat Pelzmann: „Das sind doch Töne, die klingen F-Dur!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wissen Sie, wer die bedeutendste Gruppe ist? Die ÖVP!“ — Landesrat Pelzmann: „Er singt ein Lied, dessen Text er nicht kennt!“) — Ja, das haben wir. Sicher! (Abg. Dr. Maitz: „Daß die Einwendungen richtig gewesen sein könnten, darauf kommen Sie gar nicht!“) Aber auf der anderen Seite steht eben das Verlangen nach Einschränkung des Transitverkehrs und nach dem Wegbringen der Kraftfahrzeuge, der Lkw's vor allen Dingen, von den Straßen. Darüber können wir nicht hinwegreden. Und deswegen müssen wir es bedauern, daß Sie in dieser Frage durch diese Interessensgegensätze offenbar nicht die nötige Kraft aufbringen können, um sich für die notwendigen Entscheidungen, für die Verantwortung, durchzurufen. (Abg. Brandl: „Das ist es!“ — Abg. Dr. Maitz: „Es wird auch Ihnen nicht gelingen, Streit in unsere Partei zu bringen!“) Ja, meine Damen und Herren, — (Abg. Brandl: „Da ist genug drinnen!“ — Landesrat Pelzmann: „Das war immer die Haltet-den-Dieb-Methode!“ — Abg. Premberger: „Daß ihr untereinander streitet, daran sind wir Sozialisten gar nicht interessiert!“) Das freut uns absolut nicht. Dieser Zustand freut uns absolut nicht. (Landesrat Pelzmann: „Wir werden keine grauen Haare bekommen!“)

Und ich will Sie schon befreien und schließen. So wird es wohl, meine Damen und Herren, dabei bleiben, daß von der ÖVP weiterhin Briefe geschrieben werden, die Sozialistische Bundesregierung aber — (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Dürfen wir das nicht?“ — Landesrat Dr. Krainer: „Keine Eifersucht.“) Jawohl! Oder sagen wir, bitte, nur Briefe geschrieben werden — (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Dürfen wir das nicht?“ — Abg. Brandl: „Es darf geschrieben werden, Herr Landeshauptmann!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Danke! Herr Abgeordneter, wie verständigen Sie sich, wenn Sie an den Bundeskanzler herantreten wollen? Entweder reden oder schreiben Sie!“) Herr Landeshauptmann, es geht ja nicht um die Verständigung, sondern es geht darum, daß man die Maßnahmen, die man für notwendig erachtet und verlangt, auch politisch unterstützt. Um das geht es. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Die Kollegen werden uns schon ungeduldig, Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann, die Kollegen werden uns schon ungeduldig, wenn wir uns da dauernd unterhalten. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Anläßlich eines Gespräches mit dem Bundeskanzler wegen konstruktiver Vorschläge!“) Das ist für mich gut, wenn Sie das geschrieben haben. Die sozialistische Bundesregierung wird also die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entscheidend berücksichtigen und danach handeln (Abg. Dr. Maitz: „Hoffentlich!“), und die

Wähler — so bin ich überzeugt —, ganz besonders in Graz, werden diesen Unterschied zwischen der ÖVP und der SPÖ gewiß zu beurteilen wissen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Aichhofer: „Das war die Wahlrede für Graz!“)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimpler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimpler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In seiner Einbegleitungsrede ist der Herr Finanzreferent Dr. Klausner auf die Bürgerinitiativen zu sprechen gekommen. Seinen Ausführungen, daß die Minderheit unmittelbar Engagierter immer leichter in Bewegung zu setzen sei als die größere Masse der nicht Engagierten, ist ebenso beizupflichten, wie seiner Meinung, daß die Bürgerinitiativen dann Berechtigung haben, wenn es darum geht, Probleme bewußt zu machen, daß sie aber nicht jede Entscheidung lähmen dürfen, weil die Rechnung schließlich und endlich die Allgemeinheit zu bezahlen hätte.

Mit diesen Betrachtungen, meine Damen und Herren, über die Bürgerinitiativen wartete dann Landesrat Dr. Klausner mit einem Beispiel aus der Steiermark auf, auf das sie meines Erachtens aber nicht ganz zutreffen, nämlich mit der Trassenführung der Pyhrnautobahn in der Gemeinde Arding.

Er teilte mit, daß der Tunnel der ursprünglich vorgesehenen Trasse um einen Kilometer länger sei und eineinhalb Jahre längere Bauzeit erfordere als die jetzt vorgeschlagene Trasse. Seinen Angaben nach wäre die neue, von den Ardingern bekämpfte Trasse, um eine Milliarde Schilling billiger. Eine Rundfunkmeldung vom 3. Dezember nannte sogar eine Differenz von 2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren, ohne im einzelnen auf diese Kosten eingehen zu wollen oder eingehen zu können, möchte ich ihnen doch mit einiger Skepsis begegnen. Denn ebenso wie man rechnerisch ohne Schwierigkeiten aus einer Milliarde zwei Milliarden machen kann, wäre der umgekehrte Weg vorstellbar, nämlich aus einer Milliarde eine halbe zu machen. Und da sieht die ganze Sache schon ein wenig freundlicher aus, besonders dann, wenn man die dauernden Umweltbelastungen mit ins Kalkül zieht. Wie sehr und wie einfach man sich verschätzen kann, zeigt uns ja schließlich das Beispiel der UNO-City in Wien. Seinerzeit mit 6 Milliarden Schilling präliminiert, betragen die Kosten derzeit 20 Milliarden Schilling, und Eingeweihte glauben, daß die Fertigstellung unter 30 Milliarden Schilling nicht möglich sein wird. Für mich, meine Damen und Herren, ergibt sich hier die Frage, wie es möglich gewesen ist, daß im Jahre 1973 vom Ministerium für Bauten und Technik nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein Projekt genehmigt und von den Landeshauptleuten von Oberösterreich und Steiermark auch gutgeheißen wurde, das so aufwendig und so schlecht durchdacht ist, daß es vier Jahre später einfach weggeworfen werden muß. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. In der Beantwortung meiner diesbezüglichen Anfrage im Landtag vom 25. Oktober dieses Jahres hat mir Herr Landesrat Dr. Krainer mitgeteilt, daß die Planungen

bis zum Jahre 1975 von der Bundesstraßenverwaltung durchgeführt und eine Reihe von Varianten, ich betone, eine Reihe von Varianten, studiert worden seien. Auf Grund einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Herrn Prof. Dorfwirth, die Aufschluß darüber geben sollte, welche Trasse volkswirtschaftlich betrachtet am günstigsten sei, hat sich dann das Ministerium für die Trasse mit dem Basistunnel entschieden. Unbegreiflich bleibt nach wie vor, daß mit dem Übergang der Kompetenzen auf die Pyhrnautobahn-Gesellschaft nach 1975 alle Grundsätze der bisherigen Planung über Bord geworfen und volkswirtschaftliche Momente den nackten und leblosen Ziffern weichen mußten. Klar ist, meine Damen und Herren, daß die volkswirtschaftlich günstigere Trasse nicht unbedingt jene mit den niedrigsten Baukosten sein muß.

Und nun zu den Betrachtungen des Herrn Landesrates Dr. Klauser. Sicher sind uns allen die Gebote der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit auferlegt. Die Bevölkerung erwartet das auch von uns. Aber Sie wissen ebenso gut wie ich, daß sich eben nicht alles in Schillingen ausdrücken läßt, daß es dauernde Belastungen durch Lärm, schädlichen Immissionen und sonstige Störungen gibt, die einfach nicht in Rechnung gestellt werden können, die aber die Lebensqualität in einem Maße beeinflussen, daß sie eben die Gemeinschaft verpflichten, darauf Bedacht zu nehmen und zu ihrer größtmöglichen Vermeidung wohl höhere, aber doch nur einmalige Kosten in Kauf zu nehmen. Und so wäre es daher äußerst wünschenswert, meine Damen und Herren, wenn, wie in der Anfragebeantwortung ausgeführt ist, die steiermärkische Landesregierung ihre Zustimmung zur Trasse von neuerlichen Verhandlungen mit den Betroffenen und der Gemeinde und entsprechender Annäherung der Standpunkte abhängig machen würde, und wenn diese Verhandlungen so geführt werden könnten, daß man von Verhandlungspartnern auch sprechen kann. Nach der heute schon erwähnten Vereinbarung vom 7. November zwischen Bund und Land ist für die Pyhrnautobahn ein Betrag von 448 Millionen, für die Südataubahn ein solcher von 382 Millionen vorgesehen. Es bleibt zu hoffen, daß der Einsatz dieser Mittel nicht durch das bekannte Ping-Pong zwischen Bund und Land verzögert wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir in den letzten Tagen gedacht, daß eigentlich immer wieder ein paar Themen angeschnitten werden und daß es eigenartig ist, daß es dabei so viele Mißverständnisse gibt. Verschiedene Redner der Sozialistischen Partei, ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wer es war, haben immer wieder über die angebliche Uneinigkeit in der ÖVP gesprochen, und einer, ich weiß es wirklich nicht, wer es war, hat versucht, eine Definition des besten Steirers aus dem Negativen heraus zu finden. Ich möchte dieser Definition des besten Steirers noch

einen Satz hinzufügen, etwa insoferne, daß ganz sicher auch nicht der beste Steirer der ist, der bedingungslos alles das nachbetet und gutheißt, was von der sozialistischen Bundesregierung aus Wien kommt; und nur deshalb, weil es eben eine sozialistische Bundesregierung ist und wir hier im Land einen ÖVP-Landeshauptmann haben. (Abg. Brandl: „Umgekehrt soll es auch nicht sein!“)

Die zweite Frage war die Frage der Uneinigkeit. Die Herren sollten es sich doch untereinander zuerst ausmachen, ob der Wirtschaftsbund oder der Bauernbund oder der ÖAAB oder ich weiß nicht wer, und da gäbe es verschiedene Meinungen! ((Abg. Brandl: „Die drei sind ohnehin genug!“) Nun, es dürfte den geschätzten Mitgliedern des Hohen Landtages, die der Sozialistischen Partei angehören, entgangen sein, daß die Österreichische Volkspartei eine Volkspartei ist, die keinen monolithischen Block darstellt. Diese gewisse Ausgerichtetheit, diese Uniformiertheit, die liegt eher in einer marxistischen Tradition und feiert ja in China, wie jeder weiß, schon rein äußerlich durch die Gwandln, absolut ihren Höhepunkt und ist dort in bester Form verwirklicht. (Abg. Brandl: „China ist weit hergeholt!“ — Abg. Prensberger: „Herr Abgeordneter Fuchs, wollen Sie die „Rote Katze“ wieder ausgraben?“ — Abg. Nigl: „Kollege Prensberger, da muß man Dr. Strenitz fragen!“ — Abg. Klobasa: „Was hat das mit dem Straßenbau zu tun?“) Es ist sicher erstrebenswert, wenn eine Partei so einheitlicher Meinung sein kann, daß sie überhaupt nur eine Meinung hat und daß man mit dem Parteibuch dann auch gleich die eigene Meinung abzugeben hat. Es ist nur gefährlich, denn wie man in China sieht, ändern sich die Verhältnisse manchmal. Ich könnte mir leicht vorstellen, daß Ihren vier Herren in der Regierung plötzlich, wenn eine Wahl daneben geht, dasselbe Schicksal zuteil wird wie der Viererbande in Peking (Abg. Zdarsky: „Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen!“), die über Nacht von dem monolithischen Block und von der einheitlichen Meinung der Partei hinweggefegt und auf Straßenplakaten angeprangert als die einzig Schuldigen dargestellt wurden. Das ist der Nachteil von dieser einheitlichen Meinung. (Abg. Nigl: „So ist es dem Veselsky auch ergangen!“) Nun, der Herr Kollege Loidl hat hier auf seine Art zu den Fragen des Straßenverkehrsbeitrages gesprochen und hat damit selbstverständlich das getan, was ein guter Sozialist tut, er hat die Maßnahmen der Bundesregierung verteidigt. (Abg. Hammerl: „Weil sie gut sind!“)

Die Maßnahmen sind in diesem Punkt ausgezeichnet, sie haben nur den einen Nachteil, daß sie nämlich Arbeitsplätze gefährden. Bei dem Vorrang, die die Arbeitsplatzsicherung hat — dieser Vorrang wird ja auch von der Bundesregierung immer wieder herausgestrichen —, erstaunt es mich, daß dieser Aspekt dem Herrn Abgeordneten Loidl völlig entgangen ist. Ich will mich jetzt gar nicht hier zum Nationalökonom aufspielen. Ich kann Ihnen nur aus dem eigenen Bereich sagen, wir sind heute mit meiner Firma in gewissen Bereichen konkurrenzfähig, noch in Deutschland und dann noch ein bißchen so an der französischen Grenze, und wenn wir

nach Portugal kommen, dann ist es halt schon aus, weil die Frachtkosten einfach alles auffressen und die Anbotstellung unmöglich wird. (Abg. Ing. Turek: „Weil du zuviel verdienst, dort liëgt es!“) Es wird der Export durch diese Maßnahmen schwer belastet und die Ziffer, die errechnet wurde, — und der Herr Abgeordnete Loidl, der sich ja bei den Dingen sehr gut auskennt, wird mir also sicher recht geben, — die auf die Exportwirtschaft hier zukommt, ist mit 3,6 Milliarden ganz sicher nicht angetan, unser Defizit der Außenhandelsbilanz in Ordnung zu bringen. Hier frage ich mich also, was man eigentlich wirklich will? Auf der einen Seite sagt man: „Bitte schön, Vorrang für die Arbeitsplätze! Wir müssen den Export ankurbeln, daher erhöhen wir die Steuern.“ Das haben wir ja schon gesehen.

Das zweite Abgabenänderungsgesetz soll zusätzliche Arbeitsplätze durch Steuererhöhungen sichern und auf der anderen Seite belastet man die Wirtschaft. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage Schiene oder Straße ist auch eine Frage derer, die an der Straße wohnen. Es ist aber ganz sicher so, daß, wenn ich gewaltsam von der Straße auf die Schiene verlagern will, was an sich zu begrüßen ist — wogegen auch gar niemand etwas haben kann —, es dann gefährlich und schädlich ist, die Wirtschaft belastet, und zwar nicht die Unternehmer, sondern die Unternehmen, die Arbeitsplätze gefährdet, wenn dadurch der Export unserer Waren in das Ausland erschwert wird. Und genau das findet hier statt. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit einer Belastung von 1,— Schilling pro Nutzlast-Tonnen-Kilometer und 60 Groschen bei der Leerfracht werden einfach unsere Produkte international teurer werden. Jetzt erklären Sie mir, worin Sie nun das Begrüßenswerte sehen aus der Sicht eines sozialistischen Gewerkschafters, wenn unsere Konkurrenzfähigkeit verschlechtert wird. Das ist die Frage und das, Herr Abgeordneter Loidl, erklären Sie uns noch einmal! (Abg. Loidl: „Sie lassen es sich nicht erklären.“) Ich verstehe, daß Sie alles das nachbeten müssen, was aus Wien kommt, und ich verstehe auch, daß Sie Ihre Bundesregierung in Schutz nehmen müssen (Abg. Brandl: „Das sagen Sie jetzt!“), ich kann Ihnen aber sagen, daß die Handelskammer Steiermark in der letzten Vollversammlung eine Resolution gefaßt hat, die expressis verbis, bitte schön, durch Wortmeldung vom Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes, der ein Mitglied der Sozialistischen Partei ist, begrüßt und unterstützt wurde. Und jetzt sagen Sie mir dann, wer eigentlich die Meinungsverschiedenheiten in seiner Partei hat. (Abg. Zinkanell: „Meinungsfreiheit!“ — Landesrat Pelzmann: „Aber das ist doch Uneinigkeit!“) Wo ist jetzt Ihre vielgepriesene Solidarität? (Abg. Prensberger: „Das paßt nicht in Ihr Bild!“) Das paßt überhaupt nicht in unser politisches Bild! Ich glaube nur, daß Ihre Maßnahmen kurzfristig sind. (Abg. Zinkanell: „Nicht Meinungsabgabe mit Parteibüchler!“) Sie sind in der Lage, immer wieder zu sagen: „Ihr müßt mehr Steuern zahlen, damit Arbeitsplätze gesichert werden.“ Und auf der anderen Seite wird abgewürgt. (Abg. Prensberger: „Der Gassner von Ihrer Seite hat auch mitgestimmt!“) Herr Kollege Prens-

berger, Sie wissen es ganz genau, daß verschiedene Produkte der Firma Waagner-Biro heute im Ausland erzeugt werden müssen, weil wir im Inland nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Auftragslage bei Waagner-Biro ist ausgezeichnet (Abg. Ing. Turek: „Weil der Prensberger so tüchtig war!“), die Auslastung der Werkstätten ist miserabel, weil wir einfach in Österreich nicht mehr konkurrenzfähig sind. Durch die Maßnahmen der Bundesregierung wird diese Konkurrenzfähigkeit weiter beeinträchtigt. Das ist die Wahrheit und wenn es nicht wahr ist, dann kommen Sie heraus, Herr Abgeordneter Loidl, und sagen Sie hier, das ist gelogen, die Konkurrenzfähigkeit wird verbessert. Bitte sehr, ich lade Sie herzlich dazu ein! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

Im Zusammenhang mit der Gruppe 6 möchte ich gerne ein anderes Thema behandelt haben. In der Gruppe 6 sind Beiträge zur Wasserversorgung und -entsorgung, Beiträge also an Gemeinden und gemeinwirtschaftliche Einrichtungen dieser Art vorgehen. Im Zusammenhang mit diesen Beiträgen ist es absolut erforderlich, einmal auch die Frage der Privatisierung, Reprivatisierung, oder, wie das Herr Dr. Schüssel vom Wirtschaftsbund schon ausgeführt hat, der Entstaatlichung näher zu behandeln. Meine Damen und Herren, ich möchte dazu als Sozialist; aber vor allem als Verantwortlicher der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Stellung nehmen. Verantwortlich für 14.000 Mitglieder und in der Funktion, in der ich die Beschlüsse dieser Körperschaften zu exekutieren habe und selbst natürlich um tausende Arbeitsplätze im Bereich dieser Gebietskörperschaft Sorge haben muß.

Meine Damen und Herren, wie schaut es also derzeit in Österreich aus? Wir verzeichnen ein gemischtes Wirtschaftssystem, und wir haben dabei einen sehr beachtlichen Anteil des öffentlichen Sektors. Ich möchte hiebei auch den Bereich der verstaatlichten Industrie einbeziehen. Meine Damen und Herren, wir sind mit diesem gemischten Wirtschaftssystem in Österreich bisher gut, ja sehr gut, gefahren, und ich meine, daß es schon eine gewisse Gefahr bedeutet, wenn nun eine Interessengruppe hier an den Gegebenheiten zu knabbern beginnt. Eine Gefahr, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Aber vielleicht doch auch einige Aussagen, welche Vorteile diese Einrichtungen bisher gebracht haben: etwa die Preisbildung, Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, daß etwa beim Wohnungsbau in Österreich sehr viel bei der Preisbildung im Inland an der verstaatlichten Industrie gelegen war, und zwar bei der Preisbildung für Waren, die die verstaatlichte Industrie erzeugt hat. Sie wissen, daß bei der Tarifgestaltung im Bereich der öffentlichen Gebietskörperschaften natürlich entsprechende Rücksichten auf den Lebensstandard genommen wurden, daß Politiker hiebei die Tarifsätze beschlossen und daß letztlich auch Politiker den Be-

reichsumfang der Leistungen dieser öffentlichen Gebietskörperschaften entscheidend mitbeeinflusst haben. Nicht nur wir als eine Gruppe, sondern insgesamt die Gruppen der großen politischen Kräfte in Österreich. Nach unseren verfassungsgesetzlichen Rechten sind nun einmal die Gemeinden jene, die entscheiden, inwieweit sie Betriebsführungen in ihrem Bereich und inwieweit sie Betriebsgründungen veranlassen. Das sind ja keine Zufallsbeschlüsse in diesen Gebietskörperschaften, meine Damen und Herren, sondern es werden die Wünsche der Bevölkerung an die verantwortlichen Körperschaften herangetragen und diese Wünsche sind es letztlich, die dann zu den entsprechenden Einrichtungen der kommunalen Wirtschaft geführt haben. (Abg. Pözl: „Sie reden also für die Reprivatisierung!“) Die Serviceleistungen in Österreich sind, ich glaube, daß wir das zu Recht behaupten können, auf einem sehr hohen Stand. (Abg. Ing. Turek: „Da war viel Ideologie dabei!“) Das gesamte Bildungswesen, der öffentliche Verkehr, die gesamte Versorgung und Entsorgung, alles was mit den Begriffen Umweltschutz zu tun hat, all das ist einbezogen in den Begriff der öffentlichen Serviceleistungen. Es gibt keine starre Interpretation, was nun die öffentliche Hand zu machen hat oder was Private zu tun haben. Hier gibt es eine Entwicklung, die in Österreich aus den Gegebenheiten heraus entstanden ist, eine Entwicklung, die nun einmal zutage gebracht hat, daß Private seit dem Jahre 1945 an sich sehr wenig Interesse gezeigt haben, sich eben solcher öffentlichen Dienstleistungen anzunehmen (Abg. Pözl: „Das stimmt ja nicht!“), weil Gewinne nicht in der Größenordnung, wie man sie normalerweise in einem Privatbetrieb erwartet, gelegen waren und weil verständlicherweise Sozialtarife in einem solchen Fall nicht akzeptiert werden konnten. Diese Entwicklung seit 1945 hat die große Ausdehnung des Bereiches der öffentlichen Dienstleistungen nach sich gezogen, wobei wir wissen, daß es sicher Randbereiche gibt (Abg. Pözl: „Das ist ein sehr breiter Rand!“), einige Gemeinden haben sehr gute Erfahrungen mit Einrichtungen, die sie über Private führen lassen.

Es haben Gemeinden sicherlich schon aus ihrer Größen heraus oft gar nicht die Möglichkeit, im eigenen Bereich solche Servicearbeiten durchzuführen. Soweit sind die Dinge in einem völlig vernünftigen Fluß gelaufen und sie hätten sich auch so weiterentwickeln können; in jedem Fall etwa abzuwägen, was das Wirtschaftlichere im jeweiligen Bereich ist, die Arbeiten privat oder über die Kommune durchführen zu lassen. Aber, meine Damen und Herren, was ich für eine völlig verfehlte Politik halte ist, daß man nun hergeht, Einrichtungen und Betriebe, die vorhanden sind, die mit hohen Mitteln, natürlich aus Steuergeldern, modernisiert oder neu errichtet wurden, daß man hier zur Reprivatisierung ansetzt, weil sich aus diesen guten Betrieben auch für Private Gewinnmöglichkeiten abschätzen lassen und daß man deshalb darangehen will, diese Betriebe aus den Gemeindeverwaltungen herauszulösen.

Man übersieht hier völlig die Gefahr der Monopolbildung (Abg. Pözl: „Aber hören Sie doch auf!“)

des Wegfalls von Sozialtarifen, man übersieht völlig, daß zu den jetzigen Tarifen natürlich noch der Gewinnzuschlag kommen muß. (Abg. Pözl: „Euer Abendgebet ist ein Kapitel von Karl Marx!“ — Abg. Premsberger: „Jetzt gib Ruhe, er hat schon recht!“) Natürlich, meine Damen und Herren, ist Ideologie auch mit diesen Fragen verbunden.

Die ÖVP ist der Auffassung, daß die Privatwirtschaft den unvermeidbaren ersten Anspruch hat, und erst wenn die Privatwirtschaft etwas ausschlägt, die öffentliche Hand einspringen darf. (Abg. Pözl: „Sie verdrehen die Wahrheit!“) Daß wir hier als Sozialisten ein völlig andere Auffassung haben, ist klar. Wir sind der Meinung, daß zuerst die optimale Versorgungssicherheit gegeben sein muß. Wir sind der Auffassung, daß es Sozialhilfetarife geben muß (Abg. Pözl: „Für alle!“), wir sind der Auffassung, daß die öffentliche Versorgung ohne Gewinnquote durchgeführt werden soll. (Beifall bei der SPO. — Abg. Pözl: „Das ist die größte Demagogie, die es gibt, weil es der Steuerzahler aus der anderen Tasche zahlen muß!“)

Herr Kollege Pözl vom Wirtschaftsbund, weil Sie schon den Karl Marx genannt haben. Die ÖVP hat in dieser Frage hier auch ihren Herrn Karl, nicht den, den der Qualtinger so treffend charakterisiert hat, sodann den Dr. Karl Lueger, den ehemaligen christlich-sozialen Bürgermeister von Wien. Lueger hat nämlich vor 80 Jahren in Wien begonnen, die Bereiche der Serviceleistungen der öffentlichen Versorgung vom Privatbereich zur öffentlichen Hand zu führen. Warum ich die Notwendigkeit gesehen habe, zu diesem Problem jetzt Stellung zu nehmen, war nicht der Umstand, daß sich da und dort Einzelpersonen oder auch der Wirtschaftsbund in einer eigenen Enquete im Juni dieses Jahres mit den Fragen Privatisierung, Reprivatisierung und „Entstaatlichung“ befaßt haben. Das war für uns als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes sicherlich nicht so von entscheidendem Interesse. Das waren eben Meinungen von Interessenvertretungen, die das Recht haben, solche Fragen aufzugreifen.

Gewerkschaftsaufgabe wird es sein, die Grenzen des Möglichen aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, die Situation hat sich wesentlich verschlechtert, als vor kurzem der ÖVP-Bundesparteirat drei Grundsatzbeschlüsse gefaßt hat, wovon einer die Privatisierung, Reprivatisierung von kommunalen Einrichtungen war. Und jetzt ist das entscheidende Faktum da, daß man fragen muß, was ist beabsichtigt, wie weit will man gehen und wie liegen die Dinge tatsächlich? Sind Arbeitsplätze im Bereich der Gemeinden in Gefahr, will man Druck ausüben, daß Gemeinden Zuschüsse nur dann bekommen, wenn damit gleichzeitig verbunden ist, daß diese Einrichtungen auch privat geführt werden? (Abg. Pözl: „Er spricht zur Gruppe 6. Der Krampus war gestern da!“) Etwas ganz Interessantes darf ich Ihnen dazu noch sagen: Weil der ÖVP-Bundesparteirat diesen Beschluß gefaßt hat, haben sich natürlich auch das Präsidium und die Zentrale der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten dieser Frage annehmen müssen. In der letzten Sitzung hat es

natürlich eine eingehende Diskussion gegeben, es wurden Beschlüsse in der Richtung gefaßt, daß die Gewerkschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern wird, daß bestehende Betriebe aus Gemeinden ausgegliedert werden. Für uns völlig überraschend sind nun die Christlichen Gewerkschafter einfach der Linie der Sozialisten in der Gewerkschaft und deren Beschlüssen voll beigetreten. (Abg. Preamberger: „Das gefällt uns!“ — Abg. Pözl: „Wo war das?“) Wo das war? Das war vorigen Mittwoch in Mitterndorf anlässlich der Sitzung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, wobei gleichzeitig der Wiener Landesvorstand an dieser Sitzung teilgenommen hat. Ich sage Ihnen einen Namen, der sicherlich nicht unbekannt sein wird. (Abg. Pözl: „Bitte lauter!“) Lauter? Ich habe nicht gewußt, daß du schwer hörst.

Es war der ehemalige Nationalratsabgeordnete Stohs aus Vorarlberg, der namens der christlichen Fraktion erklärt hat, daß sie bedauerlicherweise keine Möglichkeit hatten, am Parteirat ihre Meinung zu dieser Frage zu sagen und daß sie daher an diesen Beschlüssen des Parteirates unschuldig sind. (Abg. Gerhard Heidinger: „Den Stohs kannst du vergessen!“ — Abg. Nigl: Hammerl, das ist jetzt dein Stoßseufzer!“) Unschuldig!

Kollegen, ich bin seit 20 Jahren Arbeitnehmervertreter und mich interessiert immer besonders, was meine Konkurrenzgruppe beim ÖAAB, die auch Arbeitnehmervertreter sein wollen, zu solchen Fragen aussagt. (Abg. Ing. Stoisser: „Aber ein bißchen betriebsblind!“) Na ja, es ist ein Konkurrenzunternehmen. (Abg. Pözl: „Da gibt es keine Konkurrenz, werten sie das nicht ab!“) Ich bin neugierig, was die ÖAAB-Vertreter hier in diesem Hause sagen werden. Jedenfalls alle Ehre den Christlichen Gewerkschaftern. Stohs ist ja nicht der einzige, auch Gassner hat sich ja schon einmal ausgezeichnet. (Abg. Brandl: „Jawohl!“) Da ist halt ein bißchen ein Unterschied zwischen einem Mann, der Gewerkschaftsvertreter ist, und einem Mann, der nur die politische Seite vertritt. (Beifall bei der SPO. — Abg. Pözl: „Für wen klatschen Sie, für Gassner oder für Hammerl?“ — Abg. Ing. Turek: „Der wird jetzt zur Belohnung für sein politisches Wohlverhalten Vizepräsident!“)

Nun, meine Damen und Herren, ich muß mich aber fragen, weil wir ja nicht nur Gemeinden als öffentliche Körperschaften sind, sondern auch die Länder, wie weit die ÖVP nun diese Beschlüsse ihres Parteirates selbst konsequent durchführt? (Abg. Pözl: „Kann!“) Ich habe im Bereich des Landes ein bißchen herumgeschaut und finde also nichts auf diesem Sektor. Ich habe sicherlich nicht so die Möglichkeit wie Sie, in die kleinen Dinge Einsicht nehmen zu können und über weitgehende Zukunftsbeschlüsse Bescheid zu wissen. Praktische Gegebenheit: Bisher hat auch im Land die Absicht bestanden, einige Hundert Kindergärtnerinnen, die in den steirischen Gemeinden arbeiten, in den Landesbereich zu übernehmen. Also keine Abgabe von Macht, sondern hier konzentrierte Macht auf dem Landesbereich. Es gibt zur Zeit — (Abg. Pinegger: „Zum Wohle der Gemeinden!“) Da sind wir halt,

Herr Bürgermeister, anderer Auffassung. Wir von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zum Bürgermeister, durchaus natürlich. Obwohl also sehr wenige Bürgermeister diese Äußerung in dieser Richtung machten. Das muß ich auch sagen. (Abg. Pinegger: „Welche Bürgermeister sind das? Bürgermeister der SPO oder ÖVP?“)

Meine Kollegen, die zweite Frage! Zur Zeit sind Verhandlungen im Gange, die Bezirksberufsschulen, die noch Gemeinden unterstehen, nun auch in den Landesbereich zu übernehmen. Wieder eine Vermehrung der Macht im Landesbereich. Darüber hinaus habe ich bei bestem Willen nirgendwo feststellen können, daß etwa Betriebe des Landes — es gibt eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Betriebe und Werkstättenbetriebe, es gibt die Straßenerhaltung — reprivatisiert werden sollten.

Nein, meine Damen und Herren, so weit geht man nicht! Die Entmachtung will man also nur gezielt auf den Gemeindebereich ausdehnen. Hier, meine Damen und Herren, denkt man daran, die Müllabfuhr, gemeindeeigene Schlachthöfe zu privatisieren. Auch beim Schlachthof Graz ist etwas sehr interessant! Die Gemeinde Graz hat um 107 Millionen Schilling den Schlachthof neu erbaut, der modernste Europas. (Abg. Ing. Stoisser: „Was hat das mit dem Thema zu tun?“ — Abg. Pözl: „Hammerl spricht zum Thema Schmutzwasser!“) Die Amerikaner lassen hier schlachten und führen das Fleisch bis Sizilien zu ihren Truppen hin. Jetzt, weil dieser Betrieb über eine Million Schilling Gewinn abwirft, erwägt man, ob man diesen Schlachthof nicht doch privatisieren könnte. Aber es geht weiter, Werkstättenbetriebe, Gärtnereien — (Abg. Dr. Schilcher: „11 Millionen Schilling Defizit lese ich da!“) Ich habe es gelesen. Die Bestattungsanstalten, alles Betriebe ohne Defizit, gewinnträchtig klarerweise, die sollen nun privatisiert werden. Meine Damen und Herren — (Abg. Pözl: „Ihr braucht doch ein paar Steuerzahler in der Zukunft! Wer zahlt eure Gehälter?“ — Beifall bei der ÖVP.) — Kollege Pözl, da wärst du zu schwach dazu, daß du das allein bezahlst. Das, was derzeit allein in Graz auf diesem Sektor genannt wird, umfaßt ein Drittel des Personalstandes, das sind rund 1500 Dienstnehmer. (Abg. Dr. Maitz: „Ich habe gedacht, Sie reden zum Wasser!“) Die 1500 Bediensteten der Stadt, die überführt werden sollen, das sind nun nicht die Beamten in dem Sinn, wie man sie in der Verwaltung meint — diese wird ja kaum entstaatlicht werden können —, sondern es sind Facharbeiter, Spezialarbeiter, Kraftwagenlenker und vor allem die große Zahl der Reinigungsfrauen, die in städtischen Bereichen tätig sind. 1500 Arbeitsplätze der öffentlichen Hand mit guten sozialrechtlichen Bedingungen, Herr Kollege, wären verloren, ohne dafür gleich sichere und sozialrechtlich gleichwertige Arbeitsplätze zu erhalten. Meine Damen und Herren, diese Absicht ist besonders grotesk. (Abg. Dr. Maitz: „Bitte Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!“ — Abg. Heidinger: „Nachher darf er!“ — Abg. Zinkanell: „Ausreden lassen!“ — Zweiter Präsident Gross: „Meine Damen und Herren, um klarzustellen: Feststellungen zur Geschäftsordnung werde ich, wenn der Redner beendet hat, erteilen!“ — Abg. Gerhard

Heidinger: „Lernt die Geschäftsordnung!“ — Abg. Dr. Maitz: „Was hat das mit Wasserbau zu tun?“)

Diese 1500. Arbeitsplätze in Graz aufzulassen, finde ich für besonders grotesk in dem Zeitpunkt. (Abg. Pözl: „Sollen sie aufgelassen oder reprivatisiert werden? Da besteht doch ein Unterschied. Sie sagen aufgelassen, das ist Demagogie!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Glaubst du vielleicht an das Christkind?“) Bitte? Reprivatisiert oder privatisiert? Im Bereich der Stadt werden sie aufgelassen. Völlig klar!

Nun, die Absicht finde ich also deshalb für besonders grotesk, weil auf der anderen Seite Millionenbeträge dazu verwendet werden, um sichere Arbeitsplätze schaffen zu können.

Wenn ich für den Bereich der Stadt Graz noch etwas sagen kann. Von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurde ein Rationalisierungsverfahren durchgeführt und dabei erreicht, daß etwa eine jährliche Summe von 80 Millionen Schilling am Personalsektor eingespart werden konnte. Wir haben das in Zusammenarbeit mit den politischen Kräften der Stadt getan unter der Bedingung, daß natürlich Privatisierungen und Reprivatisierungen von gemeindeeigenen Betrieben unterlassen werden. (Abg. Ing. Turek: „Und die Beamten ein bißchen Geld dafür kriegen!“ — Abg. Dr. Maitz: „Da kann man nur sagen: Zur Sache Schätzchen!“)

Es hat in Graz eine Überprüfung durch eine Rationalisierungsfirma stattgefunden. Diese Rationalisierungsfirma hat einen Vorschlag in Richtung einer Privatisierung des Werkstättenbetriebes im Städtischen Wirtschaftshof gemacht, was dann dazu geführt hat, daß die über 500 Bediensteten dieses Städtischen Wirtschaftshofes eine Streik- und Protestversammlung durchgeführt haben. (Abg. Doktor Maitz: „Herr Präsident, in welcher Gruppe befinden wir uns? Ich habe gedacht, beim Gemeinderatswahlkampf!“) Und hier hat sich ergeben — ich sage Ihnen etwas, das Freude bereiten wird —, bevor diese Streikversammlung im Wirtschaftshof abgehalten worden ist, habe ich Gespräche mit Bürgermeister Götz und Vizebürgermeister Hasiba geführt. Beide haben mich bevollmächtigt, bei dieser Streikversammlung vorzubringen, daß sie nicht daran denken, gemeindeeigene Betriebe zu privatisieren oder zu reprivatisieren. Ein Umstand, wo wir sagen hätten können, nun ist die Frage in unserem Bereich ausgestanden, nun haben die verantwortlichen Politiker ihre Zusage gegeben. (Abg. Dr. Maitz: „Zum Straßenbau oder zum Wasserbau?“) Meine Damen und Herren, wenn dem so wäre.

Kurze Zeit später nimmt Herr Stadtrat Edegger bei einer Veranstaltung des Wirtschaftsbundes diese Frage zum Anlaß, einmal zu sagen, daß alle diese Rationalisierungen und Einsparungen, die wir von der Gewerkschaft nachweislich vorgelegt haben, in jedem einzelnen Fall ein Erfolg der ÖVP wären und zum zweiten erklärt der Herr Stadtrat Edegger, daß Werkstätten im Städtischen Wirtschaftshof, dort also, wo dieser Aufstand entstanden ist, nun doch reprivatisiert werden sollen. Meine Damen und Herren, was würden Sie in einem solchen Zustand machen (Abg. Dr. Schilcher: „Ich würde

diese Rede im Gemeinderat halten!“), wenn zwei verantwortliche Funktionäre ein- und derselben Partei in der Stadt Graz so verschiedenartige Erklärungen abgeben. Einmal unter dem Druck der Arbeitnehmer zu sagen, nein, nein, wir denken nicht daran, in dieser Sache etwas zu tun, zum anderen, weil es vor dem Wirtschaftsbund so schön klingt, zu sagen, was nun in nächster Zeit alles in Graz getan werden wird. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist unfair, er greift einen an, der gar nicht da ist!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Wieso, ist der Wirtschaftsbund nicht da?“)

Meine Damen und Herren. Vielleicht doch noch ein paar Hinweise, weil diese Enquete des Wirtschaftsbundes ja so viele Erkenntnisse mit Beispielen von kleinen Gemeinden oder Lienz, da und dort größere, etwa von Deutschland gebracht hat, und einige Worte zu den Erfahrungen, die man im Ausland in der Zwischenzeit gewonnen hat. Am Beispiel Frankreich: Frankreich hat die Wasserversorgung zu einem großen Prozentsatz Privaten übertragen. Da gibt es einen Bericht des Französischen Rechnungshofes, der die Wasserversorgung bei diesen Privaten und in den öffentlichen Bereichen überprüft hat. Dieser Rechnungshofbericht sagt wörtlich: „Im großen und ganzen sind die Preise in den privaten Bereichen den möglichen Schätzungen zufolge um etwa 20 oder 30 Prozent höher als die Preise, die bei Lokalbehörden festgestellt worden sind.“ Und der Rechnungshofbericht sagt weiter: „Es ist wahrscheinlich üblich, aus solchen Unternehmungen Profite abzuzweigen, doch soll hier darauf hingewiesen werden, daß sich bei der durch die Lokalbehörden vorgenommenen Wasserversorgung meistens auch eine positive Bilanz ergibt trotz der niedrigen Preise.“

In Deutschland, das ebenfalls bereits Erfahrungen auf diesem Sektor hat, ist völlig klar, daß privatisierte öffentliche Dienstleistungen nicht die Haushalte der öffentlichen Hand entlasten. Das ist auch eine Behauptung, die der Wirtschaftsbund aufgestellt hat. Für die Bereiche, sagt dieser deutsche Bericht, für die bisher keine kostendeckenden Preise erhoben wurden, kann kein Ausgleich mehr stattfinden, wenn die gewinnbringenden Bereiche aus dem öffentlichen Dienst herausgebrochen werden. (Abg. Ing. Turek: „Das hast du aus der ‚Solidarität!‘“)

Und aus dem Bericht der amerikanischen Gewerkschafter bei der Internationale des öffentlichen Dienstes. Hier darf ich wörtlich zitieren: „In der letzten Zeit waren einige der schlimmsten politischen Skandale und einige der größten Erpressungen der Steuerzahler ursächlich mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Ländern und Gemeinden verbunden. Auch wenn man nur auf die jüngste Vergangenheit blickt, ist die Liste immer noch erschreckend. Ein Vizepräsident Spiro T. Agnew wurde im Jahre 1973 aufgrund seiner Verwicklungen in die Maryland-Privatisierungsskandale gestürzt. Unzählige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Abg. Dr. Schilcher: „Jetzt ist der Edegger in bester Gesellschaft!“), allein in New Jersey, Westvirginia und Maryland mußten in den letzten

zehn Jahren wegen Skandalen, die mit der Privatisierung zusammenhängen, ins Gefängnis gehen." (Abg. Nigl: „Er redet vom Bauskandal in Wien!") Meine Damen und Herren, man sieht also aus Berichten anderer Länder, daß jede Privatisierung oder Reprivatisierung oder Entstaatlichung eng mit dem Kapitel „Gewinne“ verknüpft ist. (Abg. Dr. Schilcher: „Stadtrat Mayr macht es, der läßt durch einen privaten Multi verkabeln!")

Wir werden sehr aufmerksam, vor allem jetzt nach diesen Grundsatzbeschlüssen des OVP-Partei Rates, die Entwicklung verfolgen. Meine Damen und Herren, es geht gerade im Bereich der Gemeinden um sichere Arbeitsplätze, um sozial bestens abgesicherte Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, Sie müssen wissen, daß die Gewerkschaft in allen ihren Instanzen, gemeinsam mit den Vertretern der Christlichen Gewerkschafter Beschlüsse gefaßt hat, die aussagen, daß alle gewerkschaftlichen Kampfmittel zum Einsatz gebracht werden. Das heißt, daß wir in dieser ernstesten Frage dem Kampf, der Konfrontation mit Ihnen, mit der OVP, nicht ausweichen werden. Ich glaube, daß wir gut bestehen werden. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz nunmehr das Wort. (Unverständlicher Zwischenruf. — Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, daß zur Gruppe 6 die Vor- und Entsorgung gehört, das ist Wasser, Müll und Abwasser. Die Probleme, die der Abgeordnete Hammerl angeschnitten hat, bewegen sich in diesem Kreis. Ich glaube daher, daß er im Rahmen der Thematik der Gruppe 6 gesprochen hat.

Bei mir ist als nächster Redner der Abgeordnete Ing. Stoisser gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich habe die Absicht, über Wasserversorgung, Entsorgung und kommunale Dinge, die in ähnlicher Richtung liegen, zu sprechen.

Eingangs möchte ich aber doch einiges dem Kollegen Hammerl erwidern, was Privatisierung und Reprivatisierung betrifft. Ich glaube, das war schon sehr demagogisch gesagt, „es werden Arbeitsplätze gefährdet“. Wenn ein Wasser hergebracht oder wenn ein Wasser durch einen Kanal abgeleitet wird, bleiben doch die Arbeitsplätze erhalten, denn es wird mit oder ohne Privatisierung gleich viel Wasser gebraucht und gleich viel Wasser abgeführt werden müssen. Es ändert sich nur das Dienstverhältnis für einzelne Leute. Sollten wirklich tatsächlich Arbeitskräfte übrig werden, dann sind sie jetzt zu viel gewesen. Das wäre im Zeichen der Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung nur gut, daß man Dienstposten, die zu viel sind, einfach nicht mehr besetzt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Haben Sie in der Gemeinde Leibnitz zu viele?“) Das habe ich nicht behauptet. (Landesrat Peltzmann: „Warum hat die Verstaatlichte Aufnahmesperre, dann schießt ihr ein Eigengoal!“)

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns zu einer Privatisierung dann bekennen, wenn ein privater Betrieb bestimmte Aufgaben preisgünstiger machen kann. Man kann es hier sicherlich nicht generalisieren, daß die Gemeinden immer schlechter sein werden und die Privaten immer besser. Das möchte ich sagen.

Aber ich möchte auch nur in Ihren Reihen ein bißchen herumschauen. Nehmen Sie den Stadtrat Mayr, warum hat er das Kabelfernsehen in Wien nicht durch die Stadt durchführen lassen, sondern durch eine private Gesellschaft? Oder Ihr Generaldirektor der Grazer Stadtwerke, der Professor Doktor Schachner-Blazizek. Die Grazer Stadtwerke sind privatisiert und meines Wissens läuft es seitdem tadellos. Also, warum sollte man das nicht machen? Oder nehmen wir als Beispiel die Tierkörperverwertung in der Steiermark, die privat durchgeführt wird, die Gewinne abwirft und nehmen wir die Tierkörperverwertung in Ober- und Niederösterreich, wo jährlich das Landesbudget damit belastet wird. Also, warum nicht dort, wo es geht, etwas besser machen? Es ist im Interesse der Steuerzahler! Man soll doch nicht generell sagen „Ja“ oder „Nein“. (Abg. Hammerl: „Kennen Sie die Schwierigkeiten bei der Mülldeponie Halbenrain?“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das muß man berichtigen: Die Schwierigkeiten bestehen nicht deshalb, weil es ein privater macht, sondern sie ergeben sich aus den örtlichen Verhältnissen!“ — Abg. Hammerl: „Nicht nur!“)

Bitte, ich möchte vielleicht dazu auch sagen, daß ein Monopol immer schlecht ist. Wenn ein Monopol der Staat hat, kann er den Preis bestimmen und wenn ein Monopol ein Privater hat, kann er auch den Preis bestimmen. Wir sind immer für einen freien Wettbewerb, denn das ist immer das Beste für den Konsumenten. Preisvergleiche, ob das jetzt hier oder da ist, durch die Gemeinde billiger oder durch einen anderen teurer, das hängt immer von den Zuschüssen ab. Eine kameralistische Buchhaltung ist eine andere als die Bilanz eines Privatunternehmens.

Was zur Berufsschule als Beispiel gesagt wurde — von den Bezirksberufsschulen — ist mir nicht ganz klar, Kollege Hammerl, denn die Bediensteten in den Bezirksberufsschulen waren vorher schon Landesbedienstete und sind es heute, da hat sich doch überhaupt nichts geändert. (Landesrat Peltzmann: „Nur Landesberufsschulen, Bezirksberufsschulen sind ausgenommen!“ — Abg. Hammerl: „Dann kennen Sie das Gesetz nicht. Es werden Verhandlungen durchgeführt!“)

Zu dem Trauma Gewinn möchte ich mich gar nicht mehr äußern, denn ich verstehe die Einstellung dazu nicht. (Landesrat Peltzmann: „Wir sind einverstanden, daß die Bezirksberufsschulen herausgenommen werden!“ — Abg. Hammerl: „Die Verhandlungen laufen aber anders!“)

Sind wir froh, wenn wir Betriebe haben, die Gewinne erzielen, denn von dort bekommen wir Einkommenssteuern und gute Löhne. (Landesrat Peltzmann: „Vielleicht kennen Sie den Unterschied zwischen Landes- und Bezirksberufsschulen nicht!“)

^Nun zur Gruppe 6. Wenn wir heute in der Politik das Wort von der Lebensqualität in den Mund nehmen, so wird es im räumlichen Nahbereich am ehesten umzusetzen sein. Diese Qualität der Nähe, die im überschaubaren Landesbereich, aber noch besser in der Gemeinde realisiert wird, steht in engem Zusammenhang mit dem Bild des heutigen Menschen. Es ist daran zu denken, daß alle politischen Entscheidungen grundsätzliche Wertentscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft enthalten. Schon allein deswegen haben wir als bestimmenden Höchstwert unserer Politik die menschliche Person als Orientierungspunkt unserer politischen Entscheidungen zu wählen. Der Maßstab der Überprüfungen und Durchführungen des politischen Handelns in der Gemeinde ist daher der Mensch. Er ist heute abhängig von der Ausstattung der Gemeinde, wenn er bei der Verwirklichung seiner sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen sowie politischen Lebensziele weiterkommen will. Wir wissen, daß die Gemeinde dabei vor schwierigsten finanziellen Aufgaben steht, die sie ohne Hilfe der übrigen Gebietskörperschaften — und wir sprechen heute hier vom Landesvoranschlag —, also auch nicht ohne Hilfe des Landes bewältigen kann.

Denken wir beispielsweise an den Umweltschutz. Unsere Städte und Gemeinden sind Ballungszentren der meisten Umweltprobleme geworden. Auf der einen Seite brachte die Konzentration fortschreitender Technisierung durchaus beachtenswerte Leistungen, auf der anderen Seite nahm das Lärmproblem, die Luftverunreinigung und die Verunreinigung der Gewässer zu. Um diese Probleme lösen zu können, bedarf es vieler einzelner Maßnahmen und es bedarf vor allem einer zielorientierten ausdauernden Umweltschutzpolitik.

Wir haben in der Steiermark auf diesem Sektor schon vieles erreicht. Auf dem Sektor der Gewässerreinigung beispielsweise kommt dem Kläranlagen- und Kanalisationsanlagenbau besondere Bedeutung zu. In der Steiermark sind mit Ende dieses Jahres rund 300 Abwasseranlagen in Betrieb. Die Investitionen, die dafür getätigt wurden und werden, sind gewaltig. Im Rahmen des Mursanierungsplanes, der einen Schwerpunkt im Rahmen der steirischen Abwasserbeseitigung darstellt, sind wir in den vergangenen Jahren ebenfalls bedeutende Schritte weitergekommen. So wurden bisher 49 mechanisch-biologische und vollbiologische Reinigungsanlagen für insgesamt 700.000 Einwohner errichtet. Das sind rund 60 Prozent der Steirer. Allein im laufenden Jahr sind elf zentralkommunale Kläranlagen hinzugekommen, wovon ich vor allem die biologischen Anlagen der Stadt Graz besonders herausgreifen möchte. Aber auch die Anlagen des Mürzverbandes sowie der Stadtgemeinden Judenburg, Zeltweg, Knittelfeld, des Abwasserverbandes Leibnitz und die Reinigungsanlagen für die Papierfabrik der Firma Leykam-Josefstal in Gratkorn sowie der Pölser Zellulose- und Papierfabrik stellen Schwerpunkte dar, deren Auswirkungen für eine Verbesserung der Gewässergüte deutlich meßbar sein werden.

Mit diesen Wasserbauten in unmittelbarem Zusammenhang steht aber auch die Wasserversor-

gung, die nebst einer Versorgung mit Strom wohl zu den wichtigsten Voraussetzungen eines modernen Lebensstandards gehört. Ohne Wasser kein Leben, ohne reines Wasser kein gesundes Leben! Das laufende Landesbauprogramm umfaßt 150 Wasserversorgungsanlagen größeren und kleineren Umfanges. Anlagen größerer Dimensionen sind beispielsweise die Versorgungsanlagen der Stadtgemeinde Fehring, der Grazer Stadtwerke, der Marktgemeinde Gratkorn, der Gemeinde Pöllau sowie der Marktgemeinden Trofaiach, Bad Aussee, Kindberg oder der Fremdenverkehrsgemeinde Ramsau am Dachstein. Dazu kommen noch die Großbauvorhaben der Wasserverbände Koralm, Grazer Feld-Südost, Leibnitzer Wasserfeld Ges. m. b. H., Oberes Raabtal, Köflach-Voitsberg und andere mehr.

Auf dem Sektor der Abfallbeseitigung wird die Errichtung der regionalen Abfallbeseitigungsanlagen nach Maßgabe des steirischen Müllbeseitigungsplanes insbesondere in den Regionen Hartberg, Weiz, Murau, Voitsberg, Bruck, Leoben, Mürzschlag, Radkersburg und im Gerichtsbezirk Frohnleiten intensivst fortgesetzt.

Die Hygienisierungsanlage im oberen Ennstal wird demnächst in Betrieb gehen. Wir sind im Jahre 1977 auf diesem Sektor vorangekommen. Die schwierigen Standortfragen, die im Vorjahr mitunter noch ausweglos schienen, konnten in diesem Jahr zu einem guten Teil gelöst werden.

Damit Hand in Hand gehen die Detailprobleme für die Beseitigung von Sondermüll, wie etwa Altölverwertung, die Altreifenbeseitigung oder die Beseitigung von Autowracks. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei der Steirischen Bergwacht herzlichst bedanken, die bei der Auffindung der Autowracks ganz entscheidend mitgeholfen hat. Auf diese Weise ist es gelungen, eine besondere Art des Zusammenwirkens zwischen dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung und den einzelnen Einsatzstellen der Bergwacht zu finden. Rund 3000 Autowracks werden jährlich gefunden, abtransportiert und einer Wiederverwertung zugeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt wird im kommenden Jahr auf dem Sektor der Müllverwertung das Herauslösen des Altglases aus dem allgemeinen Hausmüll sein. Zu diesem Zweck wird eine landesweite Sammelaktion in den steirischen Gemeinden durchgeführt werden. Es werden eigene Container aufgestellt, um von Haus aus die Trennung zwischen dem üblichen Müll und dem Glasabfall herbeizuführen. Ich bin überzeugt, daß die Steirerinnen und Steirer bei dieser Aktion gerne mitwirken, denn auf diese Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Bürger und Industrie wird es dabei in besonderem Maße ankommen.

Die finanziellen Voraussetzungen für die notwendige Haftpflichtversicherung konnten geklärt werden, so daß die erforderlichen Verträge zwischen den einzelnen Gemeinden und Wiederverwertungsgesellschaften abgeschlossen werden könnten. Leider ist der Kapitalaufwand für die Müllbeseitigung außerordentlich hoch, wozu noch die gegenwärtige schlechte Finanzlage der Gemeinden kommt. Die Finanzsituation der Gemeinden ist durch stark an-

steigenden Finanzbedarf, ständig wachsende Verschuldung, sinkender Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen und dafür steigenden Anteil von Zuweisungen durch Bund und Länder gekennzeichnet. Im Zuge der kommenden Finanzausgleichsverhandlungen muß daher im Interesse der Lebensqualität, die wir, glaube ich, ohne Ansehen der Partei haben wollen, folgendes erreicht werden:

Die Finanzzuweisungen der anderen Gebietskörperschaften müssen stärker als bisher dem Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden dienen. Ein Grundsatz, den die Volkspartei in ihrem Kommunalprogramm und in der Praxis seit jeher hatte. Sicherlich ist es aber auch notwendig, den Anteil der Gemeinden am Gesamtaufkommen konjunkturabhängiger Steuern zu erhöhen und auch eine bedarfsgerechte Verteilung des Steueraufkommens vorzunehmen.

Mit der fortschreitenden Bauinangriffnahme von Müllbeseitigungsanlagen ist aber auch ein besonderes Finanzierungsproblem herauszugreifen. Wie bekannt, fördert der Wasserwirtschaftsfonds nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen. Müllbeseitigungsanlagen sind jedoch von dieser Förderung ausgenommen, obwohl gerade diese Müllbeseitigungsanlagen mit der notwendigen Gewässerreinigung in Zusammenhang zu bringen sind. Ich möchte daher aus diesem Anlaß anregen, das Wasserbautenförderungsgesetz entsprechend zu novellieren. Ich glaube, daß dieses Anliegen ein gesamtösterreichisches darstellt, dem man sich nicht verschließen können.

Auf dem Sektor des Güterwegebaues wurden mit diesem Landesvoranschlag 1978 die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau des Güterwegenetzes geschaffen. Derzeit werden bei vier Bauprogrammen 1881 Vorhaben gefördert, wovon durchschnittlich 62 Prozent an öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Die Gesamtlänge der derzeit im Bau befindlichen Vorhaben beträgt 3980 Kilometer. Wenn man die Bilanz des Jahres 1977 zieht, so können wir immerhin feststellen, daß es nicht weniger als 475 Kilometer und 56 Brücken waren, die fertiggestellt wurden. Damit haben wir im Land Steiermark seit 1945 insgesamt 9175 Kilometer an Güterwegen gebaut und dadurch die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Infrastruktur gesetzt. Derzeit sind noch 1800 Kilometer offen.

1978 wird daher unser Landeshauptmann Dr. Niederl einen neuen Weg beschreiten. In Form eines sogenannten Wegebaubeschleunigungsprogramms wird versucht werden, im Vorfinanzierungswege die jährlichen Bauraten etwa zu verdoppeln. Voraussetzung dafür ist, daß auch die Interessentenleistungen in derselben Quote erhöht werden. Unter Berücksichtigung der jährlichen Preisauftriebenden, in den letzten fünf Jahren war dieser Preisauftrieb immerhin rund 40 Prozent, wird diese Vorgangsweise äußerst wichtige Vorteile bringen. Einerseits werden die anhängigen Bauwerke rascher und ökonomischer fertiggestellt, andererseits wird es dadurch möglich sein, der heimischen Wirtschaft wich-

tige Impulse zu geben, werden doch rund 80 Prozent aller Aufträge und Ausbaumaßnahmen von der Privatwirtschaft durchgeführt werden können.

Aus diesem einen Detail kann entnommen werden, in wievielen Bereichen dieser Landesvoranschlag, den wir hier beraten, 1978 trotz der allgemeinen Probleme, in denen wir uns befinden, auch zu einer Sicherung der Arbeitsplätze beitragen wird.

Ein ständiges Anliegen stellt auch die Schulwegsicherung dar. Landeshauptmann Dr. Niederl hat auch hier bereits im Laufe dieses Jahres eingehende Erhebungen über den tatsächlichen Bedarf in den steirischen Gemeinden durchführen lassen, die nunmehr ihren Niederschlag in einem neuen Ansatz in diesem Landesvoranschlag 1978 gefunden haben. Demnach werden den steirischen Gemeinden für konkrete Maßnahmen der Schulwegsicherung Landesförderungsmittel gewährt werden, damit die Sicherheit unserer Kinder nicht an finanziellen Problemen scheitern soll. Es müßten eigentlich in einem 5-Jahres-Programm die wichtigsten Vorhaben auf diesem Sektor durchgeführt und abfinanziert werden können. Das Land Steiermark zeigt mit diesen Ansätzen und neuen Maßnahmen dieser Voranschlagsgruppe, daß man damit zur notwendigen Lebensqualität der Steirer beitragen kann und gleichzeitig einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung setzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Straßendebatte ist eigentlich schon abgeschlossen, aber ich kann nichts dafür, ich muß trotzdem noch einmal dazu Stellung nehmen.

Wenn ich mich so zurückerinnere an die Debattenbeiträge der Gruppe 6 vor 15 oder 20 Jahren, da war die Hauptsorge der Kolleginnen und Kollegen besonders diejenige, daß die Gemeindestraße sowieso oder die Gemeindestraße sowieso endlich vom Land übernommen wird. Das war damals das größte Problem. Ich kann mich genau erinnern, es gab damals sogar Orte, Märkte, ja sogar Städte, die sich vehement dagegen gewehrt haben, weil man sie umfahren wollte, weil sie geglaubt haben, wenn die Ortschaften umfahren werden, sind sie sterbende Orte.

In der Zwischenzeit durften wir einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, der damit verbunden eine wesentliche Steigerung des Fremdenverkehrs mit sich gebracht hat, was sehr erfreulich ist. Weniger erfreulich ist bei dieser Entwicklung allerdings, daß mit dem Fremdenverkehr auch eine Flut von Fremdarbeitern gekommen ist. Unsere Straßen waren einfach nicht mehr in der Lage, all das zu verkraften. Es wäre undankbar, wenn man nur kritisieren oder nur schimpfen würde.

Ich darf feststellen, es wurde im letzten Jahrzehnt auf dem Sektor Straßen Beachtliches geleistet und gebaut.

Daß natürlich noch viele Wünsche offen sind, ist völlig klar. Was mir dabei aber nicht gefällt, ist das ständige Geplänkel hin und her, wenn irgendwo etwas nicht klappt. Einer gibt dem anderen die Schuld. Wenn irgendwo ein dringlicher Antrag gestellt wird, das Straßenstück muß geschwind ausgebaut werden, dann sagt der Geldgeber, natürlich, gern, machen wir, aber mir fehlt der Plan. Wenn man zum Planer sagt, geh, mach weiter, daß das endlich gemacht werden kann, sagt der Planer, es ist fertig, aber wir haben kein Geld. Und so geht dies ständig hin und her und das dient und nützt der Entwicklung wirklich nicht. Der Bund ist geradezu an diesen Bürgerinitiativen, die quer durchs Land gehen, direkt interessiert, weil nämlich damit genau das erreicht wird, was er braucht. Er gewinnt Zeit, damit er ja nicht in Verlegenheit kommt, doch etwa eingestehen zu müssen, daß er wirklich kein Geld hat. Wenn es eine Bürgerinitiative zufälligerweise einmal nicht gibt, dann wird eine solche künstlich hervorgerufen.

Der Karl Wimmeler hat davon in seinem Beitrag schon gesprochen. Der Bosrucktunnel. Da gibt es drei Varianten. Der Bund hat sich für die Variante des sechs Kilometer langen Tunnels entschieden. Die Bauern haben schweren Herzens dies zur Kenntnis genommen und sind bereit, die Grundablöse durchführen zu lassen, sind bereit, die Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Es wäre eigentlich nichts mehr im Wege gewesen. Man hätte mit dem Bau beginnen können. Da fällt auf einmal dem Herrn Lütgendorf ein — das hat mit dem Verteidigungsminister nichts zu tun, das dürfte ein Verwandter sein, das weiß ich nicht —, der hat gesagt, diese Variante baue ich nicht. Ich baue die andere Variante, drei Kilometer. Ich mache dafür eine Hangbrücke. Wir ersparen uns eine Milliarde Schilling.

Bitte sehr, eine Milliarde ist sicher ein Haufen Geld. Aber so kann man das wirklich nicht machen. Die Grazer haben vehement mit hartem Kampf erreicht, daß in der Nacht ein Lkw-Fahrverbot ist, damit sie wenigstens einmal eine Ruhe haben von dem ganzen Krawall. Und mit dieser einen Milliarde will man jetzt die Bevölkerung einer ganzen Gemeinde einfach verkaufen. Eine Hangbrücke entlang durch die Gemeinde Ardning, durch das ganze Tal ziehen, daß sie für immerwährende Zeiten, so lange sich die Erdkugel dreht, jetzt durch den Verkehr, durch den Lärm und durch den Schmutz ständig berieselt werden! Das ist unmöglich. Da muß die Milliarde auch noch drinnen sein, daß man doch die Variante wählt, die zuerst beschlossen worden ist, mit diesem 6-Kilometer-Tunnel.

Was ebenfalls nicht in Ordnung ist, daß man sich das sehr leicht macht von oben herab und die Entscheidung, was für eine Variante jetzt gemacht wird, die eine oder die andere, das darf das Land bzw. unser Straßenreferent machen. Der darf dann entscheiden, damit dann im nachhinein, wenn er entschieden hat, wenn dann wieder der Wirbel losgeht, gesagt werden kann, bitte sehr, wir hätten das ja so gemacht, aber das Land oder Krainer Josef hat so entschieden. Ich lade alle ein, meine Damen und Herren: In diesem Fall müssen wir schon steirisch denken und steirisch handeln und

diese Variante wählen, die sowohl als auch so rasch als möglich den Bau ermöglicht und eine Variante, die auch der Bevölkerung zugute kommt. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Meine Damen und Herren!

Ich komme auf den Beitrag des Kollegen Hammerl zurück, der hier grundsätzlich Dinge aufgezeigt hat, von denen ich glaube, daß es richtig ist, daß man sie einmal ausspricht und daß die einzelnen Parteien auch ihre Standpunkte dazu abgeben. Nach meinem Dafürhalten besteht auch in diesem Hause viel zu wenig Gelegenheit dazu, daß man sich auch einmal über Grundsatzfragen auseinandersetzt und Fragen diskutiert, an denen sich auch die einzelnen politischen Auffassungen zu scheiden scheinen. Ich finde deshalb den Beitrag des Kollegen Hammerl positiv, obwohl ich natürlich — wie ich ausführen werde — nicht in allem und jedem mit seinen Ausführungen konform gehe. Wenn er sich in seinem Beitrag damit beschäftigt hat, inwieweit eine Reprivatisierung oder eine private Führung von Betrieben zweckmäßig ist oder nicht, und gleichzeitig eine Lanze für die Gemeinwirtschaft gebrochen hat, so ist es, glaube ich, auch notwendig zu beleuchten, warum es jetzt gerade so in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist, über diese Frage zu sprechen. Ich bin persönlich doch schon einige Jahre in der Politik, kann mich aber nicht erinnern, daß vor sieben oder acht Jahren solche Debatten stattgefunden haben. Nämlich auch nicht dort, wo eigentlich die Betroffenen sitzen, und zwar in den Gemeinden. Der Landesbereich ist ja sehr wenig und nur sehr bedingt davon betroffen.

Wenn wir über solche Betriebe sprechen, über Betriebe gemeinwirtschaftlicher Natur, so betrifft das ja meist die Kommunen. In letzter Zeit allerdings wird sehr heftig darüber diskutiert, und wir haben Ursache, die Gründe zu untersuchen. Diese Gründe sind nach meinem Dafürhalten eindeutig in der miesen Budgetlage der einzelnen öffentlichen Körperschaften zu suchen. Die Gemeinden haben ja die größten Defizite zu bewältigen, dann kommt der Bund, den Ländern geht es ja relativ gut, aber das ist ja schon bald Legende im Vergleich mit den zwei anderen Körperschaften. Wenn man sich mit der Deckung der Defizite, der Abgänge in den einzelnen Haushalten, befaßt, so ist schon seit Jahren als erstes die Durchleuchtung des Verwaltungsaufwandes im Vordergrund gestanden. Es gibt ja schon seit Jahren diese Einsparungskommissionen — mir ist nie ein Ergebnis bekannt geworden, aber man hat zumindest in der Öffentlichkeit den Anschein erweckt, daß man sich der Tatsache bewußt ist, daß die Verwaltungskosten steigen und daß hier zu einer wirtschaftlicheren Gestaltung der Verwaltungskosten gekommen werden muß. Einsparungskommissionen haben bisher nichts gebracht. Im vorigen Jahr hat plötzlich der Bund mit einem Federstrich — ich möchte jetzt gar nicht Stellung nehmen, ob es richtig oder falsch war — gesagt, wir kommen mit dem Diskutieren nicht weiter,

es werde generell ein Prozent der Verwaltungsposten eingespart. Ich kann mich nicht erinnern, daß damals aufgeheult worden wäre und man gesagt hätte, jetzt sind Arbeitsplätze gefährdet. Sondern es wurde auch von der Gewerkschaft zur Kenntnis genommen, daß man — wenn uns die Decke zu kurz geworden ist —, ohne daß man jetzt differenziert bzw. sehr stark differenziert hätte, wo die Einsparungen erfolgen, einfach gesagt hat: linear ein Prozent weg. Ich glaube, es war vielleicht eine richtige Maßnahme. Aber niemand hat damit verbunden und aufgeheult, daß Arbeitsplätze gefährdet werden. Das ist nicht erfolgt.

Das zweite, meine Damen und Herren, ist in letzter Zeit aktuell geworden, daß man natürlich auch eine zweite sehr wesentliche Post hier in die Betrachtungen einbezogen hat. Das sind diese Betriebe, die die öffentliche Hand heute betreibt und die Dienstleistungsfunktionen erbringen. Hier muß ich schon sagen, wenn man die Abschlüsse dieser einzelnen Betriebe hernimmt, gibt es sehr wohl Ursache, einmal zu untersuchen, inwieweit die öffentliche Hand weiterhin solche Betriebe betreiben soll oder inwieweit nicht andere Formen gefunden werden müssen — das muß ja nicht gleich mit dem Reizwort Privatisierung verbunden sein, es gibt ja Zwischenformen auch —, damit diese Betriebe wirtschaftlicher geführt werden.

Ich möchte hier nur ein Beispiel zitieren. Ich habe es schon einmal angezogen, aber ich habe jetzt ganz genau den Bericht da — ein Beispiel dafür, daß halt die öffentliche Hand nicht so erfolgreich wirtschaftet wie in manchen Bereichen die private. Das sind die Bundesapotheken in Wien. Ich habe hier aus dem Jahre 1975 den Bundesvoranschlag, betreffend die Bundesapotheken. Es handelt sich hier um drei Apotheken mitten im Zentrum von Wien. Die alte Hofapotheke, die Apotheke „Mariahilf“ und die Apotheke „Schönbrunn“. Diese drei Apotheken haben es im Jahre 1976 zuwege gebracht, ein Defizit von 1,8 Millionen Schilling zu erwirtschaften. (Landesrat Peltzmann: „Das gibt es nicht! Es hat doch geheißsen, man soll die Apotheken verstaatlichen!“) 1,8 Millionen Schilling! Das glaubt man nicht! Ein beredtes Beispiel, meine Damen und Herren, das ich nicht — (Abg. Hammerl: „Das ist eine völlig andere Bilanz!“) Nein, nein, das ist die Bilanz. 1,8 Millionen; seit dem Jahre 1977 privatisiert und jetzt schaut es anders aus.

Meine Damen und Herren, das ist ein Beispiel, und wenn man diese Ziffern sieht, so glaube ich, besteht Berechtigung, daß man grundsätzlich diesen Bereich der Gemeinwirtschaft, wie man ihn nennt, einmal durchleuchtet.

Der Kollege Hammerl hat im Zusammenhang mit Reprivatisierungsfragen hier die Frage der Gefährdung von Arbeitsplätzen aufgezeigt.

Herr Kollege Hammerl, du weißt ganz genau, daß wir im Bereich der Stadt Graz ein Musterbeispiel für Reprivatisierung haben. Das ist der große Bereich der Grazer Stadtwerke AG. Ich kann behaupten — und du weißt das auch, daß kein einziger in diesen Betrieben Tätiger seinen Arbeitsplatz ver-

loren hat, sondern es hat da Übergangsbestimmungen (Abg. Hammerl: „Das ist die Stadt Graz und kein Privater!“) gegeben. Es gibt dort zum Teil noch pragmatisierte Bedienstete. Diese werden dann aufgrund der Altersstruktur auslaufen und die Neueingestellten sind halt nach Kollektivvertrag eingestellt worden. Kein Mensch hat hier seinen Arbeitsplatz verloren.

Was ich sagen möchte, ist, meine Damen und Herren, daß es hier kein absolutes Sowohl-als-auch gibt oder ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch geben kann. Wir haben an Hand des einzelnen Beispiels sehr wohl Anlaß, hier diese Situation zu beleuchten nach dem Gesichtspunkt und bitte frei von jedem ideologischen Ballast. Das möchte ich noch einmal betonen. Weil ich nämlich der Auffassung bin, daß die Aufblähung dieser kommunalen Unternehmungen sehr wohl ihre ideologischen Gründe hat oder hatte. Es ist nun einmal Gut der Sozialistischen Partei, daß sie seinerzeit zumindest sehr vehement das Eigentum an den Produktionsmitteln gepredigt hat. Sie ist inzwischen von dieser vehementen Forderung abgegangen. Das gestehe ich zu. Aber diese Bereiche haben ja auch ihre Ursachen weit in der Vergangenheit. Sie haben uns seinerzeit glauben machen wollen, daß Eigentum an den Produktionsmitteln auch größere Arbeitszufriedenheit bei den dort Beschäftigten bringt. Wenn die Rechnung aufgegangen wäre, würde ich mich auch dazu bekennen. Aber die Beweise haben gezeigt, daß es keine größere Arbeitszufriedenheit in diesen Betrieben gibt, wo er selber sich einbildet, Eigentümer zu sein, sondern daß es ebenso eine große und manchmal eine größere Arbeitszufriedenheit in anderen Bereichen unserer Wirtschaft gibt. Das ist ein Relikt aus der Vergangenheit, von dem sich die Sozialistische Partei — ich weiß es — schon gelöst hat. Also hier, völlig emotionsfrei, völlig ohne ideologischen Ballast, eine Sachdiskussion führen, und ich glaube, daß es dann doch zu einvernehmlichen Lösungen kommen kann, ohne jetzt ins einzelne auf Betriebe der Gemeinde Graz einzugehen, denn den Vorwurf möchte ich mir vom Kollegen Hammerl auch nicht einhandeln, sondern da ist halt von Fall zu Fall zu entscheiden.

Was als vorletztes die Sozialtarife anbelangt: Eines wird nicht funktionieren, daß man einem kommunalen Unternehmen zumutet, hier Sozialtarife in einer gesunden Wirtschaft zu geben. Wenn hier von einem wirtschaftlich zu führenden Betrieb Sozialtarife gegeben werden sollen, so hat die Hoheitsverwaltung die Zuschüsse oder einen entsprechenden Ausgleich zu leisten. Der Betrieb muß in der Lage sein, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bilanzieren.

Auch ein Beispiel in Graz, du weißt es, Kollege Hammerl, das ist der Bereich der Seniorenkarte, da ist eine sehr taugliche Lösung zustande gekommen. Die Grazer Stadtwerke AG., die Verkehrsbetriebe, übrigens Seniorenkarte ist eine Erfindung von mir, das muß man sagen, weil es in den Schriften der SPO anders zu lesen ist, das ist mir jetzt nur so eingefallen, meine Damen und Herren, daß die Belastung für diese Seniorenkarte selbstverständlich vom Magistrat Graz, vom Sozialamt, den

Grazer Verkehrsbetrieben refundiert wird. Das ist eine korrekte und sachliche Lösung.

Und als letztes zum Gewinn muß ich auch etwas sagen, lieber Kollege Hammerl. Du hast recht, dort, wo eine Versorgungsfunktion ausgeübt wird und eine Bedarfsbedeckung erfolgen soll, sollte man, und ich glaube, das ist auch ein Relikt aus der Vergangenheit, ein bißchen eine künftige Entwicklung im Gesamtzusammenhang überdenken. Es stellt sich nämlich heraus, daß trotzdem die öffentliche Hand keinen Gewinn ausweist, in der größeren Zahl der Fälle sogar Defizite, daß, wenn Private das nehmen, trotz Gewinn, die Leistung noch billiger erbracht wird. Auch diese Beweise sind zu erbringen.

Ich glaube, abschließend sagen zu können, daß noch einmal das gesunde Sowohl-als-auch hier Platz greifen muß, daß aber grundsätzlich vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit her die Frage beleuchtet werden muß. Dem Staatsbürger ist es völlig egal, wer eine Leistung erbringt, ihm kommt es nur darauf an, wer sie besser, billiger und unter Umständen menschlicher erbringt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Schlußwort zur Gruppe 6 hat sich der Herr Landesrat Dr. Krainer gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser dritte Tag von Budgetdebatten scheint seine eigene Gesetzmäßigkeit zu haben. Das, was zwei Tage lang eingespart wird an Zeit, das wird dann spätestens am dritten Tag wettgemacht, und es ist eigentlich jetzt die siebente Budgetdebatte, in der ich dieses Schlußwort zu halten habe, und jedes Mal ist es etwa die Mittagsstunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie immer, hat sich auch diesmal wieder gezeigt, daß es im Laufe dieser Budgetdebatte Beiträge gibt, die einen sehr tiefen Einblick in die sachliche Seite der Probleme ermöglichen.

Wir haben gestern am Abend eine sehr beeindruckende Spitalsdebatte erlebt, und es steht außer Zweifel, daß auch ein erheblicher Teil der heutigen Vormittagsdebatte so eingestuft werden kann. Es ist das, glaube ich auch, kein Zufall, weil schon in den Ausführungen des Landesfinanzreferenten und natürlich auch zuvor in den Verhandlungen der Regierung und auch der Klubs wie auch des Finanzausschusses die Enge deutlich geworden ist, in der sich die öffentlichen Budgets zunehmend zu bewegen haben. Es ist eine Gepflogenheit, von der ich auch diesmal nicht Abstand nehmen möchte, nämlich, wenigstens kurz einen Blick zu tun in den Gesamtzusammenhang der Konjunkturentwicklung und dann speziell auch ein Wort zur Baukonjunktur zu sagen, bevor ich mich den Fragen zuwende, die heute auch hier im Landtag von den Herren Abgeordneten angeschnitten wurden.

Die Prognose 1977 des Instituts für Wirtschaftsforschung für das Jahr 1978 sagt kurz folgendes als Kernpunkt: Das Institut erwartet für 1977, im neunten Heft ist das ausgeführt, mit plus 4 Prozent

ein etwas geringeres Wachstum des Sozialproduktes, als bisher angenommen wurde. Das ist neuerdings ein Hinweis darauf, daß die Prognosen auch sehr ernst zu nehmender Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa und auch in der westlichen Welt ihre Fragezeichen haben. Die Arbeitsmarkt- und Preisprognosen bleiben immerhin unverändert. Die Prognose für 1978 geht davon aus, daß die Auslandskonjunktur zwar wieder mäßig in Gang kommt, aber in Österreich als Folge von Zahlungsbilanzorientierten, die privaten Einkommen dämpfenden Maßnahmen, — eine sehr noble Diktion — für dieses Institut ja kein Wunder —, nur mit einer sehr geringen Expansion zu rechnen ist. Scheint für die europäischen OECD-Länder im Durchschnitt ein Wachstum von 2 bis 2,5 Prozent erreichbar, so dürfte es in Österreich unter den getroffenen Annahmen vielleicht nur 1,5 Prozent erreichen. Wenn man diese Entwicklung auf einem Schaubild verfolgt, dann ist sehr deutlich, daß wir nach der Rezession 1975 und dem Anstieg im Jahre 1976 auf 1977 bereits deutlich das Wachstum sinken sehen, und daß die Prognose 1978 bei 1,5 Prozent deutlich nach unten zeigt.

Wenn man die Entwicklung der Preise hier auch aufträgt, dann sieht man, daß sich dieser Unterschied leider im Jahre 1978 wieder vergrößert, daß also die Entwicklung, die etwa seit dem Beginn der Siebzigerjahre deutlich geworden ist, nämlich, daß sich die Preise zum Teil weit über das Wachstum hinaus entwickelt haben, leider auch für das Jahr 1978 zu erwarten steht.

Nun zur Baukonjunktur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben im selben Heft eine kurze Feststellung über die Baukonjunktur, die sagt, daß sie sich nach der schweren Rezession im Jahre 1975 und nach der allmählichen Erholung im Jahre 1976 erst in der Bausaison 1977 deutlich gebessert hat. Schon im ersten Quartal des Jahres 1977 erzielte die Bauwirtschaft einen realen Zuwachs von 3,5 Prozent. Mit der weiteren Nachfragebelebung erhöhte sich die reale Bauproduktion im zweiten Quartal um 5,5 Prozent, und dies entspricht einem saisonbereinigten Wachstum von 2,8 Prozent.

Die Aussagen, die nun folgen, sind auch von großer Wichtigkeit. Die derzeit noch anhaltende Konjunkturbelebung der Bauwirtschaft ist vorwiegend auf die Nachfrage im privaten Hochbau zurückzuführen. Die Impulse wurden durch investitionsfördernde Maßnahmen ausgelöst. Die Möglichkeit der 50prozentigen vorzeitigen Abschreibung für Bauinvestitionen bis Ende 1977 hat die Nachfrage nach gewerblich-industriellen Bauten besonders stark stimuliert. Allerdings entwickelte sich die Baukonjunktur in den einzelnen Bausparten ziemlich unterschiedlich. So lag der Wohnbau im vergangenen Quartal wegen Finanzierungsengpässen der öffentlichen Hand bereits real unter den vergleichbaren Vorjahreswerten. Und von dieser ungünstigen Entwicklung war der geförderte Wohnbau besonders stark betroffen. Insgesamt lagen die Produktionszuwächse im Tiefbau deutlich unter jenen im Hochbau. Das Bauhauptgewerbe war besser

ausgelastet als die Bauindustrie, die zum Großteil von der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand abhängt. Das Baunebengewerbe konnte sich weiterhin Dank der regen Nachfrage nach Umbauten und Installationsleistungen gut behaupten. Die für die Baukonjunktur relevanten Indikatoren, wie Auftragsbestand der Bauindustrie, günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Ergebnisse des Konjunkturturtestes, sprechen dafür, daß die Konjunkturbelebung in der Bauwirtschaft voraussichtlich bis Ende dieses laufenden Jahres anhalten wird.

Was nun die Prognose betrifft — und wenn Sie sich das hier ansehen, so ist das auch deutlich erkennbar. Der Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttonationalprodukt, der Tiefstand 1975, die leichte Erholung 1976, der Anstieg auf 1977. Was nun aber die Prognose betrifft, und wir haben eigens eine neue Qualität in unserer Baudirektion zu verzeichnen, insofern als wir ein Referat für Bauwirtschaftsfragen eingerichtet haben. Dieses Referat ist mit einem Herrn, der viele Jahre an der Technischen Universität Betriebswirtschaftslehreassistent gewesen ist und der aber auch in der Praxis in der Bauwirtschaft gearbeitet hat, besetzt, und zwar mit Herrn Doktor der technischen Wissenschaften Dipl.-Ing. Marchner. Wir haben für die Prognose des Jahres 1978 leider eine durchaus analoge Entwicklung zu stellen wie in der allgemeinen Konjunktur. Es zeichnet sich im Jahre 1978 in der zweiten Hälfte eine deutliche Abschwächung ab.

Die Gründe sind: Die vorzeitige Abschreibung wird von 50 auf 30 Prozent reduziert, budgetseitig im Bundeshochbau keine Impulse, eher Stagnation, der Kreditrahmen für private Wohnbauvorhaben wird eingeengt, es wird weniger Förderungsmittel geben, die Auftragslage der Bauwirtschaft ist rückgängig und die Zahl der offenen Stellen ist kleiner geworden, und zwar über das saisonale Maß hinausgehend.

Es ist daher sicherlich bedeutsam für unser Budget — ebenso für das Bundesbudget —, daß den Forderungen, die etwa die VIBO erhoben hat, nachgekommen wird. Nämlich, daß man bei Einsetzen dieser Abschwächungstendenz das Konjunkturausgleichsprogramm des Bundesbudgets zum Tragen bringt. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Sondervormerke, die Sie in Ihren Budgets finden, gerade auch was die Bauwirtschaft im Hinblick auf ihre Multiplikatorwirkung anlangt, voll bedeckt werden müssen, wenn wir auch bei uns hier im Land die Baukonjunktur einigermaßen halten wollen. Es wird sich ja im Laufe des Jahres zeigen, wie diese Entwicklung läuft, aber es ist mit Sicherheit vorherzusagen, daß ohne eine volle Bedeckung dieser Sondervormerke eine entsprechende Entwicklung nicht zu erwarten steht. Wir haben — und das ist auch ein Ergebnis der Arbeiten unseres neuen Bauwirtschaftsmannes, und das wird auch Sie alle, glaube ich, sehr interessieren — für die Steiermark das Bauvolumen 1977 pro Kopf nach politischen Bezirken gegliedert.

Insgesamt zeigt sich, daß der Anteil der privaten Bauten, die statistisch erfaßbar sind, genau bei 50 Prozent liegt, der Anteil der öffentlichen Bauten macht die zweite Hälfte aus für die gesamte Steier-

mark. Die Wahrscheinlichkeit ist gegeben, daß der Anteil der privaten Bauten in Wahrheit größer ist, weil die Kleinbauten statistisch nicht erfaßt werden können. Sie sehen in der Rangordnung, die eine sehr seriöse Darstellung repräsentiert, daß wir mit Leoben, Liezen, Graz-Stadt, Judenburg, Leibnitz, Bruck an der Mur, Voitsberg — 85 Prozent öffentliche Bauten —, Knittelfeld, Mürzzuschlag, Murau — (Abg. Erhart: „Bundeshochbau!“) Ja, richtiger Zwischenruf, Herr Abgeordneter, erfreulicherweise. Hoffentlich sind Sie in der Lage, beim nächsten Budget einen solchen Zwischenruf zu tun, in unser aller Interesse! — Deutschlandsberg, Graz-Umgebung, Weiz, Hartberg, Feldbach, Radkersburg, Fürstenfeld.

Es zeigt sich, daß in den Bezirken der Oststeiermark etwa, die in der Bauentwicklung weit zurückliegen, der Anteil der öffentlichen Bauten weit größer ist als in den Bezirken, in denen wir die höchsten Bauleistungen pro Kopf der Bevölkerung ausweisen. Zum Beispiel im Bezirk Radkersburg 94 Prozent, im Bezirk Fürstenfeld 84 Prozent, im Bezirk Hartberg 47 Prozent, im Bezirk Weiz 57 Prozent. Wie entscheidend also gerade die Impulse der öffentlichen Hand für das Baugeschehen in diesen Bezirken sind und im weiteren Sinn des Wortes auch für die Einkommensentwicklung — man könnte die Korrelationen hier ganz deutlich zeigen, Sie sehen sie — steht völlig außer Zweifel. Daher eine Bestätigung und Unterstreichung dessen, was wir zur Frage der Notwendigkeit der öffentlichen Investitionen am Bausektor ganz allgemein vorhin gesagt haben.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Fragen, die heute hier angeschnitten wurden. Zunächst die Problematik der Autobahnvorfinanzierung. Ich möchte Ihnen auch hier zwei sehr klare Bilder zeigen. Der Plotter hat den durchschnittlichen täglichen Verkehr hier gezeichnet. Sie sehen also unser immer wieder unterstrichenes Problem, Pyhrnroute, Südautobahnroute, Mürztal-Schnellstraßen. Das kommt also ganz deutlich zum Ausdruck, wobei der Plotter hier den Raum Graz am allerstärksten zeichnet.

Wenn Sie nun die erfreuliche Tatsache hinsichtlich der Vorfinanzierung und auch hinsichtlich der Ausweitung der Pyhrnautobahn-Aktiengesellschaft registriert haben, so wird auf dieser Karte deutlich sichtbar, in einem wie großen Maß für diese Entwicklung der Beitrag des Landes Steiermark mitentscheidend ist. Wir haben die reine Bundesfinanzierung auf den Autobahnen hier rot aufgetragen. Wo sie strichliert ist, befindet sie sich im Bau; hier ist sie unter Verkehr und Sie haben dort, wo die grüne Farbe sichtbar wird, die Beteiligung des Landes nach diesen Verhandlungen. Vielleicht können Sie sich's auch gerne nachher ansehen.

Meine Damen und Herren, keine billigen Kurzschlüsse. Ich glaube, daß in dieser Frage der Umstand eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat, daß wir in dieser Frage gemeinsam aufgetreten sind. (Allgemeiner Beifall.)

Und ich habe auch heute für die ersten zwei Drittel der Rede des Bautensprechers der sozialisti-

schen Fraktion wiederum das Vergnügen gehabt, einen Mann zu hören, der nicht nur von außerordentlicher Sachkunde getragen spricht, sondern der auch aus den Erfahrungen, die wir gemeinsam in den letzten Jahren gemacht haben — gerade auch in dieser Frage, es hat Gott sei Dank gehalten, bedanke mich ausdrücklich dafür, spricht. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Strenitz.) Sie kommen schon dran Herr Kollege, Sie können sich darauf verlassen, keine Eifersucht. (Abg. Zinkanell: „Wir müssen ihn schützen!“)

Ich bin ganz froh, daß wir das durchgestanden haben, und ich möchte den Regierungsmitgliedern, die die Verhandlungen geführt haben, an der Spitze der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und vor allem auch der Herr Landesfinanzreferent, der jetzt tief geseufzt und durchgeatmet hat, als ich ihn angesprochen habe, wobei man das voll verstehen kann, danken.

Er hat mit Recht bei seiner Rede zum Budget gesagt, das Land bringt ein großes Opfer in dieser Frage, ein großes Opfer, 1,4 Milliarden Schilling insgesamt für die Vorfinanzierung und andererseits für die Ausdehnung. Ich möchte mich ganz aufrichtig bedanken, insbesondere auch für deinen persönlichen Einsatz, Herr Landeshauptmann, aber ich möchte auch den Herren Ministern sehr danken, dem Vizekanzler und Finanzminister Androsch und vor allem dem steirischen Bautenminister Moser, auch wenn er den Schlußverhandlungen nicht beigezogen wurde. Wir wissen sehr wohl, daß gerade auch die Kooperation, die wir durch viele Monate hindurch gehabt haben, zum Erfolg geführt hat. Aber ein besonderer Dank unseren Herren Machern im Teil der Verhandlungen (allgemeiner Beifall).

Die Herren Politiker stellen sich dann meistens hin und schütteln die Hände und unterschreiben große Verträge und wir haben die Freude, daß diese Verträge vorher von Beamten erarbeitet wurden, die auch das steirische Interesse getragen haben, der Herr Landesbaudirektor und vor allem der Straßenbaukoordinator Theußl und auch der Abteilungsvorstand der Rechtsabteilung 10, Herr Hofrat Dr. Tito Kriegseisen. Das ist alles, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, nicht so leicht gelaufen, wie es dann zum Schluß ausgeschaut hat, aber das gehört dazu und das Ergebnis zählt.

Vor allem auch Ihnen allen hier in diesem Hohen Haus einen herzlichen Dank, Sie haben diese steirische Linie mitgetragen.

Ich hätte eigentlich gehofft, daß wir im letzten großen und schwierigen Problem, das wir zu bewältigen haben, gerade in diesem Raum, der uns so viele Probleme und Sorgen aufgibt, eine ähnliche Gesinnung durchgehend gespürt hätten. Ich glaube, daß die Sozialistische Partei schlecht beraten war, ihren Generalredner gerade in dieser wichtigen Frage Passagen reden zu lassen, die ganz offenkundig dazu geführt haben, daß eine totale Verwirrung entstanden ist. (Abg. Nigl: „Jetzt kommt der Dr. Strenitz dran!“) Sogar eine Grazer Tageszeitung, Herr Kollege, ist offenkundig dieser Ihrer so mißverständlich formulierten Passage anheimgefallen.

Auch heute vormittag hat man den Eindruck gehabt, daß Sie ungeheure Verwirrung gestiftet haben. Vielleicht war Ihre tatsächliche Berichtigung, die keine war, auch ein kleines Zeichen dafür, daß es Ihnen leid tut (Abg. Pözl: „Das glaube ich nicht!“), daß Sie in Ihrer Generalrede so geredet haben. (Abg. Prensberger: „Da hat der Pözl einmal wirklich recht gehabt mit dem Zwischenruf.“) Schauen Sie, die verbale Kraftmeierei (Abg. Gerhard Heidinger: „Nicht schon wieder verdächtigen!“), und als mehr will ich das nicht qualifizieren, in diesem Zusammenhang, die tut Ihnen ja nicht gut, und ich habe es ja gehört, und wir haben es auch gespürt, sie tut Ihnen nicht gut. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß Sie mich persönlich enttäuscht haben mit diesen Passagen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das tut mir leid.“) Wissen Sie warum? Weil Sie immerhin aus einer Gruppe kommen, von der man doch erwarten kann, daß sie in der nächsten Generation auch für dieses Land eine ernste Verantwortung trägt. (Abg. Prensberger: „Und da darf er keine klaren Formulierungen haben?“)

Prensberger Toni, die Feststellungen, die ein so gewachsener Gewerkschafter wie Sie heute getroffen haben, sind ja imponierend, entschuldigen Sie, das ist doch ein Stil, den wir in diesem Haus auch Gott sei Dank gewohnt sind. Aber wenn ein Herr von Planungspleite redet und von Baupleite und solche Sprüche von sich gibt, dann hat er sich ja selbst qualifiziert. Es tut mir leid, weil in der Gruppe einige Leute sind, die das sicherlich besser können. (Abg. Hammerl: „Herr Landesrat, jetzt werden Sie verwirrend!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gott sei Dank, aber das ist ja Ihr Problem, ich will da nicht mehr sagen dazu. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das sind doch einmal die zukünftigen Partner!“) Das meine ich ja.

Jetzt muß ich Ihnen sagen, es hat diese sogenannte tatsächliche Berichtigung gegeben und es gibt nichts Schlechtes, wo es nicht auch etwas Gutes gibt. Ich nehme das auch zur Kenntnis, was Sie gesagt haben, daß Sie für den Plabutschunnel sind, aber das Gewicht, das die Äußerung des Präsidenten Gross diesem Wort gibt und Ihr Bautensprecher, das nehme ich als stark genug für eine wirklich ernste Aussage. Ich meine, mir ist klar, daß die Probleme, die Sie in Ihrer Partei in dieser Frage haben, nicht einfach sind, und daher ist es gar kein Zweifel, daß die Äußerungen, die hier erfolgt sind, außerordentlich wichtig sind. Ich bedanke mich auch dafür. (Abg. Dr. Strenitz: „Wie bei der Geisterbahn!“)

Und nun für die Damen und Herren des Landtages noch vielleicht einige nicht ganz unwichtige Hinweise:

Der Abgeordnete Loidl hat gemeint, wir hätten still und leise, — das geht gar nicht beim größten Caterpillar der Steiermark, der um 7 Uhr zu rattern begonnen hat heute draußen beim Beweissicherungsstollen (Abg. Loidl: „Wir hätten halt gerne ein großes Fest gehabt!“), — nein, das wollte ich mit Ihnen zusammen feiern.

Sie wissen es ja, die Sachen sind kritisch genug und schwierig genug, als daß man so mir nichts dir nichts über diese Dinge darüberläuft. Wir hätten